

17

Bonn, 22. September 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Arndgen, Blank, Blumenfeld, Brand, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hoogen, Frau Jochmus, Johnen, Katzer, Krone, [Lücke], Lünendonk, Rüschmeyer, Scheufelen, Schmidt, Schröder, Frau Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, Strauß, Stücklen.

Bericht zur politischen Lage. Krankenversicherungsreform. Notstandsgesetzgebung. Parteiengesetz. Wahlgesetz. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern in einer Kabinettsitzung feststellen können, daß wir seit vielen Monaten nicht mehr so vollzählig zusammengewesen sind wie gestern. Ich kann zu meiner großen Freude heute dieselbe Feststellung treffen. Über das allgemeine Interesse bin ich sehr froh. Es muß jedenfalls in den nächsten zwölf Monaten unbedingt anhalten; hoffentlich noch länger!

Es haben sich entschuldigt: Dr. Hellwig, Dr. Meyers, Osterloh, Schmücker, Dr. Rehling, Brauksiepe, Bauknecht, Dr. Zimmer, Schwarz, Dr. Weber, Dr. Altmeier, Dr. Fricke.

Auf Wunsch des Fraktionsvorsitzenden sind einige Mitglieder der Fraktion zu dieser Sitzung hinzugebeten worden – wieviel es sind, weiß ich nicht –, und zwar mit Rücksicht auf die Tagesordnung. Ich nehme an, daß Sie der Hinzuziehung dieser Damen und Herren aus der Fraktion keine Bedenken entgegenstellen. – Bedenken werden nicht geäußert. Dann darf ich das feststellen.

Dann bin ich gebeten worden, Ihnen folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier bekanntzugeben:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Laut dem mir jetzt bekanntgewordenen Wortprotokoll sind in der Sitzung des Bundesvorstandes vom 23. August 1960 Ausführungen unrichtigen und entstellenden Inhaltes über die Verhandlungen wegen des zweiten Fernsehens gemacht worden, die ich zurückweisen muß.

Das gleiche gilt für die bei dieser Gelegenheit gemachten, die Ministerpräsidenten und vor allem mich tief kränkenden und diffamierenden Bemerkungen.

Ich möchte mich heute auf diese Erklärung beschränken mit der Bitte, diese dem Bundesvorstand bekanntzugeben und mich für die morgige Sitzung entschuldigen zu wollen.“

Meine Damen und Herren! Da Herr Altmeier nicht angegeben hat, welche Erklärungen hier diffamierend und unrichtig sind, kann man natürlich nicht darauf antworten. Es handelt sich um die Aussprache wegen des zweiten Fernsehens. Sie wissen davon. Was soll man nun darauf sagen? Man kann nur eines sagen: Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn Herr Altmeier anwesend gewesen wäre. Dann hätte er ja sofort richtigstellen können, was nach seiner Meinung Falsches gesagt worden ist. Aber hinterher auf diesen Brief, der auch noch per Eilboten gekommen ist, kann man nicht eingehen. Ich weiß nicht, ob Sie darauf eingehen können. Ich kann nicht darauf eingehen. – Niemand! Dann darf ich damit die Sache als erledigt betrachten.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Auf das zweite Fernsehen werde ich als Hauptpunkt der Tagesordnung nicht eingehen, aber ich werde es doch erwähnen, und Sie müssen nun entscheiden, wie wir es halten sollen. Ich halte einen Überblick über die gesamte außenpolitische und innenpolitische Lage für dringend notwendig. Die außenpolitische Lage hat sich, seitdem wir im August hier zusammen waren, erheblich verschlechtert. Und alles das, was sich jetzt auf dem Gebiet der Außenpolitik ereignet, wird natürlich im Wahlkampf eine Rolle spielen und parteipolitisch und innenpolitisch von Bedeutung sein.

Ich darf daran erinnern, daß heute der 22. September ist. In zwölf Monaten ist also der neue Bundestag gewählt. Auf der Tagesordnung stehen heute einige Gesetze, die ganz sicher eine große Rolle spielen. Sie können nur richtig gewürdigt werden auf dem Hintergrund einer Betrachtung über die allgemeine außenpolitische und innenpolitische Lage. Deswegen möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir mit einer allgemeinen Darstellung und Besprechung der außenpolitischen und innenpolitischen Lage beginnen. Es erhebt sich kein Widerspruch; dann darf ich wohl so verfahren.

Die außenpolitische Lage, wie sie sich jetzt gestaltet hat, erfordert zunächst eine absolute Geschlossenheit des Kabinetts. Deshalb habe ich in der gestrigen ersten Kabinettsitzung nach den Ferien – die auch für das Kabinett peu à peu zwei bis drei Monate dauern, denn bald ist der eine und bald ist der andere nicht da – die Gelegenheit wahrgenommen, um über die außenpolitische Lage zu sprechen.¹ Ich habe den Vorsitzenden der Fraktion, Herrn Krone, dazugebeten

¹ Mitschrift in ACDP I-148-041/2.

und den Herren gesagt, daß sich das Kabinett in den kommenden zwölf Monaten irgendwelche Sonderschritte einzelner Bundesminister nicht gestatten könne. Dabei habe ich angeknüpft an die Südtiroler Geschichte², auf die ich noch zurückkommen werde, die völlig überflüssigerweise vom Herrn Kollegen Seehoß angeschnitten worden ist, aber auch noch andere Sachen.

Meine Freunde! Was für das Kabinett gilt, das gilt sicher auch für uns hier und für die gesamte Partei: Geschlossenheit und Einigkeit! Und wenn hier oder da Meinungsverschiedenheiten sind, dann soll man sie nicht an die große Glocke hängen, sondern soll sie in seines Herzens Kämmerlein bewahren; denn da gehen sie in der Regel von selbst vorüber.

In der außenpolitischen Frage haben natürlich eine sehr große Rolle gespielt diese neuen Vorgänge in und um Berlin.³ Die Berlin-Frage wird auch in den kommenden zwölf Monaten eine große Rolle spielen. Die Sache ist noch nicht zu Ende, und ein gesicherter Zustand ist nicht erreicht.

Ich möchte hier sagen, daß Herr Kreisky⁴ mir seinerzeit, als Chruschtschow in Österreich gewesen war und mehrfach mit Kreisky gesprochen hatte⁵, gesagt hat, daß man natürlich nicht alles, was Chruschtschow sage, als ernst gemeint zu nehmen brauche, aber das eine sei jedenfalls nach Kreiskys Überzeugung sicher, in der Berlin-Frage meine es Chruschtschow ernst. Um den Ernst der ganzen Berlin-Frage richtig beurteilen zu können, darf ich in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß höchstwahrscheinlich die Mehrheit der drei westlichen Mächte, wenn Chruschtschow damals im Mai nicht diese Geschichte in Paris gemacht hätte⁶, in irgendeiner Form dem Status einer freien Stadt zugestimmt hätte.

Ob sich an dieser Einstellung etwas ändern wird durch die amerikanischen Wahlen, kann ich nicht beurteilen. Es scheint mir aber reichlich zweifelhaft zu sein. Das Ergebnis der Wahlen in Amerika kann kein Mensch jetzt vorausschauen. Kennedy steht jedenfalls diesen außenpolitischen Vorgängen ziemlich weit entfernt gegenüber.

2 Rede Seehoßs auf einem Vertriebenentreffen in Frankfurt/M. am 18. September 1960; Seehoß soll erklärt haben: „Wir sind Deutsche und keine Italiener: deshalb kennen wir nicht das Wort ‘Irredentismus’, ein Begriff, der der Südtiroler Bevölkerung so viele Leiden verursacht.“ (Zit. nach „Die Welt“ vom 20. September 1960; vgl. auch KOERFER S. 498).

3 Die DDR hatte anläßlich einer Heimkehrer-Tagung und des Tags der Heimat in Berlin (West) am 29. August 1960 für Deutsche aus der Bundesrepublik ein fünftägiges Einreiseverbot für Ost-Berlin verhängt. Text der Anordnung und diplomatische Reaktionen in AdG 1960 S. 8605f. und S. 8650f.

4 Dr. Bruno Kreisky (1911–1990), österreichischer Politiker (Sozialist); 1959–1960 Außenminister, 1970–1983 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 140 Anm. 5; Memoiren: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986.

5 Besuch vom 30. Juni bis 8. Juli 1960 in Österreich, wobei es auch zu Gesprächen mit Kreisky kam. Vgl. Nr. 15 Anm. 6.

6 Gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris. Vgl. auch Nr. 16 Anm. 16; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 550–562.

Er hat sich einen Gehirntrust gebildet, und zwar – soviel ich weiß – von Professoren der Havard-Universität. Ich bin davon nicht besonders entzückt, meine Damen und Herren! Wir müssen also damit rechnen, daß die Situation in Berlin andauernd kritisch bleiben wird.

Es ist in der Öffentlichkeit ein Tatbestand nicht erwähnt worden, den ich aber hier erwähnen möchte, nämlich die Gefahr, die besteht durch die Aufstellung der Arbeiterbrigaden in Ost-Berlin und in der gesamten Ostzone.⁷ Diese Arbeiterbrigaden umfassen nach unseren Informationen mindestens 200.000 Mann. Es sind darin etwa 70.000 Reservisten der Volkspolizei-Armee. Diese Arbeiterbrigaden sind sehr gut mit Waffen ausgerüstet. Sie sind, immer rotierend zu 25 %, in Kasernen untergebracht, um sie in der Schulung zu behalten. Was eine solche Volksarmee, wenn sie losgelassen oder kommandiert wird, anfängt, kann kein Mensch überschauen. Aber mit der Möglichkeit, daß plötzlich irgendwelche Vorstöße nach West-Berlin erfolgen, muß man jederzeit rechnen.

Was dann die drei Westmächte mit ihren paar tausend Mann, die sie da haben, tun werden, das weiß ich nicht. Und das ist für mich – ich möchte das gerade auch den Herren aus Berlin hier sagen – das Gefährlichste an der ganzen Situation: Das Vorhandensein dieser Verbände, die ziemlich stark sind und die jedenfalls West-Berlin über den Haufen rennen können von heute auf morgen. Wenn ich dann höre, daß nicht einmal die im Haushaltsplan von Berlin vorgesehenen Stellen der Bereitschaftspolizei besetzt sind⁸, dann kommt einem doch ein leises Gruseln an. Ich will hier nicht weiter auf diese Sache eingehen. Der Kreis ist zu groß, aber ich möchte doch sagen, daß ich über diese ganze Angelegenheit mit dem Bürgermeister Brandt eine sehr ernste briefliche Auseinandersetzung⁹ gehabt habe, die aber einen Erfolg bis jetzt, soviel mir bekanntgeworden ist, nicht gebracht hat.

Alles das, was jetzt dort geschieht – wo die Verbindung zwischen Ost- und West-Berlin fünf Tage lang unterbrochen worden ist¹⁰ –, ist ein Vorspiel, um eben zu dokumentieren, daß Pankow ein souveräner Staat sei. Deswegen kann ich nur nochmals wiederholen: Es ist eine sehr enge Verbundenheit zwischen dem Senat von Berlin und der Bundesregierung, und zwar enger und vertrauensvoller, Herr Gradl, als sie bis jetzt ist, eine absolute Notwendigkeit. Ich spreche absichtlich mit sehr

7 Sog. Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Auf Betriebsbasis aufgestellte paramilitärische Verbände mit zuletzt ca. 400.000 Angehörigen. – Die Kampfgruppen hatten die Aufgabe, die NVA zu unterstützen. Nachdem ihr organisatorischer Aufbau 1959 abgeschlossen war, spielten die Kampfgruppen eine zentrale Rolle beim Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Vgl. DDR Handbuch S. 707f.

8 Vgl. dazu AdG 1960 S. 8700: Bildung einer Polizeireserve in Berlin.

9 Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 5. September 1960: „Der Kanzler schrieb an Bürgermeister Brandt. Dieser wie Amrehn hatten Bonn erst spät über die Gespräche des englischen Botschafters wegen Aufstellung einer Miliz in Berlin unterrichtet. Der Brief ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.“ (ACDP I-028-068/3).

10 Vgl. Anm. 3.

großem Ernst über diese Angelegenheit; denn wenn etwas dort passiert, dann wollen wir nicht die Schuldigen sein. Dann ist jemand ganz anderes daran schuld, wenn es einen schlechten Ausgang geben sollte, aber nicht wir. Ich bin aber gern bereit, Ihnen, Herr Gradl – weil Sie mir gerade gegenüber sitzen, spreche ich Sie so an –, nähere Auskunft über diese ganze Angelegenheit zu geben. Herr Kollege Krone ist darüber unterrichtet. Ich glaube, er sieht die Sache genauso ernst an, wie ich sie ansehe.

Meine Damen und Herren! Ich brauche über die Außenpolitik nicht mehr sehr viele Worte zu verlieren, aber über die Europapolitik und über die NATO möchte ich allerdings etwas sagen. Die Welt ist sehr unruhig. Ich brauche Sie nur an den Kongo und an die Vorgänge zu erinnern, die sich jetzt vor der UNO abspielen.¹¹ Aber lassen Sie mich zunächst zur NATO zurückkommen und auf die Europapolitik, auch auf unsere Europapolitik und speziell auf meine Stellungnahme zu diesen Ideen, die von Frankreich aus aufgestellt worden sind.¹²

Ich habe zu meinem großen Erstaunen von Herrn Etzel gestern gehört, daß hier bei uns das Gerücht kursiere und in der Presse auch laut werde, daß ich mit diesem französischen Gedanken über die Gestaltung der Dinge in Europa einverstanden sei. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich keineswegs damit einverstanden bin und daß ich das auch gegenüber Herrn de Gaulle, als ich in Rambouillet gewesen bin, sehr klar und deutlich gesagt habe. Aber das hat nun die französische Regierung oder Herrn de Gaulle nicht abgehalten, diese Gedanken doch allen Staatschefs der verschiedenen EWG-Länder mitzuteilen. Ich bedaure, daß das geschehen ist; denn nach meiner Meinung ist das das Schlechteste, was irgend jemand tun kann, nämlich den Anschein bei Chruschtschow zu erwecken, als wenn die freien Völker des Westens doch heute oder morgen auseinanderfielen; denn das ist doch der Nährboden für seine ganzen Ideen und Gedanken. Wenn aber Chruschtschow überzeugt wäre, daß die freien Völker des Westens unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten, die natürlich immer kommen können, fest zusammenständen, dann würde er seine Pflöcke doch weiter zurückstecken. Aber es hieße wirklich, die Augen zu verschließen, wenn man sich nicht klarmacht, daß in den letzten neun oder zwölf Monaten das Ansehen – ich sage: das Ansehen – Chruschtschows und der Einfluß des kommunistischen Blocks in der Welt sehr gewachsen sind, während das Ansehen und der Einfluß der freien Völker dementsprechend gesunken sind.

11 Nach der Unabhängigkeit von Belgien kam es zur Sezession von Katanga und kriegesischen Wirren im Kongo. Vgl. AdG 1960 S. 8636–8641.

12 Zur Europapolitik vgl. die Äußerungen de Gaulles beim Treffen mit Adenauer in Rambouillet am 29. und 30. Juli 1960 (ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 59–67; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 565–580), weiter die Erklärungen des französischen Staatspräsidenten während einer Pressekonferenz in Paris am 5. September 1960 zur Reform der NATO und einer national orientierten Verteidigungspolitik (AdG 1960 S. 8614) und zuletzt die Erläuterungen Couve de Murvilles vor der französischen Nationalversammlung (FAZ vom 19. September 1960).

Ich hoffe, daß es gelingen wird, auf der UNO-Vollversammlung das Ansehen des Westens wieder einigermaßen herzustellen. Lassen Sie mich, damit Sie meine Worte verstehen, sagen, was sich ereignet hat.

Der amerikanische Präsident bekam seine Zusage, Rußland zu besuchen, zurück. Das war damals im Mai. Das russische Volk will ihn nicht sehen. Auch der japanische Ministerpräsident Kishi¹³ mußte seine Einladung verschieben, weil er es nicht wagen konnte, damals Eisenhower in Japan zu empfangen. Ich hoffe, daß dadurch ein heilsamer Schrecken auch in den Vereinigten Staaten eingetreten ist.

Ernste Sorgen macht mir das Verhalten Frankreichs gegenüber der NATO.¹⁴ Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber glauben Sie mir, daß das Verhalten Frankreichs gegenüber der NATO geradezu beängstigend ist und einen davor fürchten läßt, was jetzt noch kommen wird im Laufe der nächsten Entwicklung. Selbstverständlich haben auch wir Sorgen wegen der NATO und Wünsche vorzubringen. Ich hoffe, daß die Sorgen, die wir speziell haben und die wir mit anderen NATO-Freunden teilen, beseitigt werden. Ich habe darüber mit Norstad während meines Urlaubs ein längeres Gespräch am Comer See gehabt¹⁵. Aber Frankreichs Verhalten gegenüber der NATO ist nach wie vor dazu angetan, uns sehr besorgt zu machen. Die Europapolitik Frankreichs ist reichlich unbestimmt und vage. Sie hat aber das eine zur Folge gehabt, daß die fünf EWG-Länder – also Frankreich ausgeschlossen – sich einig sind. Insbesondere ergab das eine Verhandlung, die ich während meiner Ferien mit Fanfani und Segni in Varese – etwa 60 km von Cadenabbia entfernt – gehabt habe. Die beiden Herren waren auf der Reise nach Paris. Wir haben eine volle Übereinstimmung zwischen der italienischen und unserer Politik festgestellt. Ich glaube, wir alle können über die politische Entwicklung in Italien zufrieden sein. Die innerpolitische Lage war zu Anfang des Jahres dort mehr als beängstigend¹⁶, weil damals noch eine große Gefahr bestand, daß die Democrazia Cristiana in verschiedene Gruppen auseinanderfallen würde und daß nur eine Regierungsbildung möglich wäre unter starker Anlehnung an Nenni. Das wäre für Europa eine Katastrophe geworden. Gott sei Dank ist diese Gefahr behoben. Das jetzige Kabinett Fanfani hat eine ganze Reihe erprobter Europäer und erprobter Anhänger der NATO, so daß wir da beruhigt sein können. Neuerdings hat Nenni auch insofern geholfen, als er ausdrücklich aus Anlaß der bevorstehenden Kommunalwahlen in Italien erklärt hat, daß eine Lösung

13 Dr. Nobusuke Kishi (1896–1987), japanischer Politiker, Jurist; nach Krieg und Inhaftierung als „Kriegsverbrecher“ durch die Amerikaner erstmals 1953 ins Parlament gewählt (Liberal Democratic Party), 1956–1957 Außenminister, 1957–1960 Ministerpräsident. – Eisenhower wurde am 16. Juni 1960 wieder eingeladen (ADG 1960 S. 8461f.).

14 Vgl. Anm. 12.

15 Am 9. September 1960. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

16 Zeitweise bestand die Möglichkeit, die Krise, die im Februar 1960 durch die Weigerung der Liberalen ausgelöst worden war, die Regierung weiter zu unterstützen, durch eine Allianz der Christlichen Demokraten mit den Linkssozialisten Nennis zu beenden, die mit den Kommunisten liiert waren. Vgl. AdG 1960 S. 8235, 8271, 8300, 8533f., 8546.

seiner sozialistischen Partei von der Kommunistischen Partei überhaupt nicht in Frage komme.

Damit ist in Italien die Entwicklung im Sinne einer guten NATO-Politik und einer guten europäischen Politik bis auf weiteres gesichert. Ich sage: bis auf weiteres. Es sind Kommunalwahlen im Oktober.¹⁷ Anfang des nächsten Jahres werden dort allgemeine Wahlen stattfinden, die hoffentlich gut ausgehen werden. Um so mehr müssen wir Wert legen auf eine gute Verbindung mit Italien, und deshalb habe ich bedauert, daß – ausgehend von einem Artikel in der „Kölnischen Rundschau“¹⁸ – nun in Italien geradezu eine Welle der Empörung gegen uns ausgebrochen ist. Ich glaube aber, nach den Nachrichten, die ich gestern abend noch bekommen habe, ist diese Sache nunmehr beigelegt, auch in der öffentlichen Meinung Italiens.

Unser Verhältnis zu England ist gut. Ich möchte erwähnen – aber bitte nicht in die Presse bringen –, daß Herr Macmillan mir vor kurzem einen längeren Brief über seine Gedanken zur UNO-Vollversammlung, über seine Teilnahme dort usw. geschrieben hat.¹⁹ Ich konnte ihm nur antworten, daß seine Gedanken auch die meinigen seien und daß ich mich dafür bedanke, daß er mich ins Bild gesetzt habe.

Das ist im wesentlichen die außenpolitische Situation. Italien ist beruhigt. Ich meine jetzt nicht nur wegen Südtirol, sondern überhaupt die innenpolitische Lage Italiens, die sehr beängstigend war, scheint gefestigt zu sein. Frankreich ist seit einigen Monaten in der ganzen Politik ein sehr unberechenbarer Faktor geworden, so will ich mich einmal ausdrücken. England haben wir uns genähert, England sich auch uns. Und diese Annäherung wird von uns und von England aus gepflegt. Die Wahlen in den Vereinigten Staaten sind völlig in der Schwebe. Sie wissen, daß nach den neuesten Feststellungen Nixon und Kennedy gleich und gleich stehen, während bei den Umfragen vom Gallup-Institut nach der papiernen Stärke die Demokraten den Republikanern weit vorausliegen. Wie sich das bis November entwickeln wird, wissen wir nicht. Jedenfalls bringt aber dieser Zustand der Schwebe in Amerika der Welt und besonders für uns neue Unsicherheitsfaktoren mit sich, die wahrscheinlich Chruschtschow in der einen oder anderen Weise geschickt ausnützen wird.

Nun komme ich zur innenpolitischen Situation. Lassen Sie mich an die Spitze folgendes stellen: Die Uneinigkeit, die unsere Partei zeigt, ist ein schwerer Schaden für die ganze Partei. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Diese Uneinigkeit hat sich besonders gezeigt – ich werde mich sehr vorsichtig ausdrücken – auf dem Gebiet des zweiten Fernsehens. Warum das von den Ministerpräsidenten und Landesregierungen, die zu uns gehören, nicht eingesehen wird, daß es sich hier um eine innenpolitische Frage allergrößten Ausmaßes handelt, das ist mir wahrhaftig ein Rätsel. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

17 Am 6. und 7. November 1960 (AdG 1960 S. 8749f.).

18 Vgl. dazu „Kölnische Rundschau“ zum Thema „Südtirol“ vom 15., 20. und 21. September 1960.

19 Schreiben vom 17. September 1960 (StBKAH III.5).

Ich kann mir nicht helfen, mir fehlt dafür eigentlich jedes Verständnis. Gestern bekam ich eine Zusammenstellung von Allensbach²⁰, und an einem einzigen Beispiel ist die innenpolitische Bedeutung klar erwiesen. Hier ist eine Rundfrage gemacht worden über die Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat?“ und die später gesendete Diskussion über das gleiche Thema „Mietenerhöhung und Wohnungsbau“. Es handelt sich bei dieser Rundfrage nicht darum, ob die Leute dem zugestimmt haben oder nicht, sondern darum, daß sieben bis acht Millionen erwachsener Personen von einer dieser beiden Sendungen erfaßt worden sind. Nun stellen Sie sich mal vor, was das bedeutet! Sieben bis acht Millionen erwachsene Menschen, die hier betroffen werden, werden von einer solchen Sendung erfaßt! Es ist also ein politisches Instrument von der größten Bedeutung, so daß man sagen kann, es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die nächste Wahl entschieden wird durch die Fernsehsendungen und nicht durch Reden und auch nicht durch die geleistete Arbeit, weil man mit dem Fernsehen wirklich an die Menschen herankommt.

Nun will ich nicht lang und breit erzählen, ob die Rundfunk- und Fernsehsendungen, die wir jetzt empfangen, parteipolitisch neutral sind. Ich glaube, kein Mensch wird es wagen, diese Behauptung aufzustellen. (*Beifall.*) Von allem abgesehen, hat das Publikum ein Recht darauf, aus einer anderen Quelle Fernsehen zu empfangen als von den Rundfunkanstalten, die nun seit Jahr und Tag daran herumoperieren. Ein zweites Moment, das, wie mir scheint, auch von den CDU-Ministerpräsidenten überhaupt nicht bedacht wird, ist folgendes: Es ist geradezu himmelschreiend, wie vom Rundfunk und vom Fernsehen die Zone in den weitesten Randgebieten vernachlässigt wird.

Es ist so, daß z.B. bis nach Bamberg die Rundfunk- und Fernsehsendungen der Ostzone gehört und gesehen werden, weil die Leute sagen, das ist viel interessanter als das, was wir von hier zu hören und zu sehen bekommen. Ich weiß aus allerbesten Quelle folgendes: Herr Springer hat in seiner Rundfunkzeitung „Hör zu“ immer die Programme der Ostzone abgedruckt. Herr Springer ist ein national fühlender Mann und hat den Anstalten der Ostzone mitgeteilt, er würde das nur dann noch weiter tun, wenn sie auch die Programme der Westzone abdruckten, worauf die ihm haben sagen lassen, ob er komplett verrückt sei. Und was war der Erfolg? Er hat das Ostzonenprogramm nicht mehr abgedruckt, und schlagartig sind 300.000 Exemplare von „Hör zu“ weniger an den Kiosken verkauft worden.

Und unser Nationalgefühl? Wenn Sie sehen, daß die Firma Siemens im Harz eine Sendeanlage für die Ostzone baut, die dazu bestimmt ist, kommunistisches Gedankengut in der Bundesrepublik zu verbreiten, (*Albers*: Geld riecht nicht!) dann möchte man fast verzweifeln. (*Gurk*: Warum muß man sich das von Siemens bieten lassen?) Wir können ja gleich darüber diskutieren. Also, man muß fast verzweifeln an dem Nationalgefühl weiter deutscher Kreise. Und wenn zu derselben Zeit, da in Berlin

20 Allensbacher Bericht (vertraulich) vom 31. August 1960: „Die Stimmung im Bundesgebiet“ über die Sendung „Verwirrung im Quadrat?“ (Laut Auskunft des Instituts für Demoskopie Allensbach vom 30. Juli 1991).

diese Trennung eingesetzt hat, 16.000 Leute zur Leipziger Messe gehen, dann kann man sich nur die ernstesten Sorgen im tiefsten Innern machen. (*Albers*: Sehr richtig!) Man erinnert sich an den Satz Lenins: Die Kapitalisten sind so, daß sie den Strick, mit dem sie später aufgehängt werden, noch vorher bezahlen. – Daß man demgegenüber uns verwehrt seitens der Herren Ministerpräsidenten, das zweite Fernsehen nun zu errichten, wo man doch die ganze ungeheure Gefahr sieht und weiß, daß man uns helfen muß gegenüber der übermächtigen kommunistischen Propaganda, das ist mir unverständlich. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun habe ich gehört, daß heute abend noch eine Besprechung stattfinden soll.²¹ (*Unruhe und Bewegung*.) Meine Herren! Lassen wir nicht über die Sache lachen! Sie ist wirklich sehr ernst, und ich bin so verbittert, wie ich in meiner ganzen parteipolitischen Tätigkeit bisher noch nicht gewesen bin. Ich habe trotzdem gestern die Gesellschafterversammlung, um die Aufsichtsratsmitglieder zu bestimmen, nicht abgehalten, sondern warte das Ergebnis der heutigen Zusammenkunft der Herren Ministerpräsidenten ab. Aber ich möchte Ihnen doch eins mit auf den Weg geben, Herr von Hassel, für Ihre Kollegen.

Wenn die Ministerpräsidenten sagen: Wir haben ein Gesicht zu verlieren, dann sage ich Ihnen darauf folgendes: 1. Die Ministerpräsidenten haben ihr Gesicht von unserer Partei her, und 2. unsere Partei hat auch ein Gesicht zu verlieren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich würde mich natürlich freuen, wenn eine Verständigung zustande käme. Aber das können Sie bitte mit auf den Weg nehmen: Der Weg wird weitergegangen, und zwar schnellstens weitergegangen, weil auf diesem Weg des ewigen Hinausziehens die Sozialdemokraten das erreichen, was sie wollen, daß nämlich am 1. Januar keine Geräte da sind und wir nicht senden können, weil wir schon Monate darüber verloren haben durch dieses ewige Hin und Her mit den Ministerpräsidenten.

Ich habe hier einen objektiven Mann neben mir sitzen, Herrn Krone, der bei den Besprechungen zugegen gewesen ist und der genau wie ich bezeugen wird – das können Sie bitte dem Herrn Altmeier auch auf seinen heutigen Brief an mich sagen –, daß ich in dieser Sitzung damals auf Veranlassung des Herrn Krone, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, jeden der Herren einzeln, auch Herrn Altmeier, gefragt habe: Sind Sie einverstanden? Und dann hat jeder gesagt: Jawohl, ich bin einverstanden! Und nun entschuldigen Sie, manchmal muß man sich auch etwas Luft machen in der ganzen Sache.

Nun weiter zur Innenpolitik! Ich muß Ihnen sagen, den Kommunalwahlen sehe ich mit großer Sorge entgegen. Zunächst hat es sehr ungünstig gewirkt, daß man den

21 Zum Treffen der Ministerpräsidenten von CDU und CSU vgl. FAZ vom 23. September 1960 („Bonn sucht den Fernseh-Ausgleich mit den Ländern“); STEININGER S. 512.

Termin der Kommunalwahlen, z.B. in Nordrhein-Westfalen, hat verschieben müssen.²² (*Albers*: Sehr richtig!) Die Leute in den kleinen Orten sind empört darüber. (*Dufhues*: Nein!) Ich habe vielleicht mehr Föhlung mit den kleinen Leuten als Sie, Herr Dufhues! (*Dufhues*: Nein!)

Die Leute schütten bei mir ihr Herz aus. Ich weiß, was die kleinen Leute getan und wie sie alles vorbereitet haben. Nun wissen sie plötzlich nicht mehr, was sie überhaupt tun sollen. Das ist doch allen bekannt, und ich brauche keine Zuschriften und keine Gespräche dafür. Wer jemals Wahlen in seinem Leben vorbereitet hat, der weiß ganz genau, wie notwendig es ist, daß ein Termin eingehalten wird. Diese Schwebel in der ganzen Sache und diese Differenzen bei uns, die wirken doch sehr zurück auf die Wahlfreudigkeit. Alles in allem genommen: Einige Landesparteien haben die Frage der Kommunalwahlen zwölf Jahre lang einfach nicht genügend beachtet. Und das läßt sich nicht im Handumdrehen nachholen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das war nicht Sache der Bundespartei, sondern der Landesparteien. Die Landesparteien stehen dem kommunalen Wahlkörper näher als die Bundespartei. Das Ergebnis werden Sie ja sehen. Wenn die Kommunalwahlen keinen Erfolg haben – und ich habe große Sorge, daß sie keinen Erfolg haben –, wird das natürlich von der Sozialdemokratie außerordentlich stark verwertet werden beim Kampf um die Bundestagswahlen.

Damit komme ich zu den Bundestagswahlen. Sie wissen, daß unsere Fraktion im Bundestag um eine Reihe von Herren aus der DP vergrößert worden ist.²³ Machen Sie sich aber bitte völlig klar, daß auch nicht die geringste Sicherheit dafür besteht, daß wir im nächsten Bundestag eine absolute Mehrheit haben. Ich will Ihnen auch sagen warum.

Erstens: Der Besitz macht faul. Wir sind nun zwölf Jahre lang im Besitz, und wir sind faul geworden, geradeheraus gesagt. Nach dem, was ich aus kleineren und mittleren Orten höre – Sie sollten nur einmal mit guten Freunden darüber sprechen –, ist man durch und durch faul, gleichgültig und verfilzt. Und die kommunalpolitischen Sünden sind gewöhnlich von beiden Seiten zusammen begangen worden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und selbst unsere eigenen Parteileute schrecken davor zurück, nun auf einmal das Kriegsbeil auszugraben. (*Bewegung und Heiterkeit*.) Sie lachen darüber! (*Dufhues*: Ich lache nicht darüber, sondern ...) Nehmen Sie die ganze Sache sehr ernst; denn Sie sind bei diesem Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner! (*Lebhafte Bewegung*. – *Dufhues*: Das muß ich auf das allerschärfste zurückweisen, Herr Bundeskanzler! So geht das nicht! – *Gerstenmaier*: Das geht zu weit! – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*.) Nun, so geht es wohl, Herr Dufhues. Ich bin bereit, den Beweis jederzeit vor einem Ehrengericht anzutreten. (*Dufhues*: Dann tun

²² Wegen Wahlrechtsänderungen mußten die Kommunalwahlen auf den 19. März 1961 verschoben werden (vgl. Nr. 10 Anm. 61). Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kommunalwahlgesetz vom 2. November 1960 (2 BvR 504/60). Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 11 S. 351–366. Vgl. hierzu auch AdG 1960 S. 8736.

²³ Vgl. Nr. 15 Anm. 21.

Sie das! Ich darf Sie jetzt selbst darum bitten, und zwar in aller Form!) Das werde ich tun.²⁴ (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Nun, meine Damen und Herren, kommen bald die großen Wahlen. Ich habe eben gesagt, wir können nicht damit rechnen, daß wir die absolute Mehrheit bekommen, weil wir faul sind und weil die anderen hungrig sind, und zwar hungrig nach der Macht, und sich die Sozialdemokraten die denkbar größte Mühe geben mit Programmen und allem Möglichen, was sie da gemacht haben.

Wir können zweitens nicht sicher sein über den Ausgang der Wahl wegen der außenpolitischen Situation. Stellen Sie sich bitte vor, in den zwölf Monaten, die jetzt vor uns liegen, geschieht irgend etwas mit Berlin, womit wir nicht einverstanden sind. Wie wird das im Wahlkampf? Welche Rolle wird das dabei spielen? Es kommt weiter hinzu, daß, wenn außenpolitische Erschütterungen kommen, wirtschaftspolitische Erschütterungen nicht ausgeschlossen sind. Das sind alles Unsicherheitsfaktoren, die einen sehr besorgt machen können.

Darum glaube ich, muß man daran denken, daß man sich rechtzeitig Koalitionspartner sucht. Die FDP hat sich namentlich des Herrn Kollegen Pferdmenes bedient, um sich uns zu nähern. Es wird Herrn Pferdmenes aber ebenso überraschen, wie es mich überrascht hat, daß Herr Mende in Berlin mit dem Herrn Brandt verhandelt hat über eine Koalition zwischen der SPD und der FDP.²⁵ Ich habe gestern gehört, daß bei der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl in Köln die drei gemäßigten FDP-Leute, die bis jetzt im Stadtrat waren, eliminiert und jetzt nur noch Kandidaten dort aufgestellt werden, die mit der SPD zusammengehen. Das ist auch ein Anzeichen dafür, aber das Erschütternde ist doch die Tatsache, daß Herr Mende mit Herrn Brandt über eine Koalition zwischen der SPD und FDP verhandelt hat und mir auch noch – ehe ich von diesem Gespräch hörte – jemand geschickt hat, der in seinem Auftrag versichern sollte, daß sie niemals mit der SPD zusammengingen. Die FDP ist also ein sehr unsicherer Faktor, auf den man sich nicht verlassen kann.

Die Deutsche Partei ist zertrümmert. Was aus dem Rest werden wird, weiß ich nicht. Ich glaube, die Herren wissen es selbst nicht. Und ob die in ihrer Ansicht uns nahestehenden Herren, die zu uns gekommen sind, so viel Stimmen bringen, wie sie bekommen haben, als sie Mitglieder der Deutschen Partei waren, weiß auch niemand.

24 Auslöser der Auseinandersetzung war die Ankündigung von Dufhues als Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats, gegen das Bundespostministerium wegen der Errichtung von Sendeanlagen für das zweite Fernsehprogramm zu klagen (vgl. „Bonner Rundschau“ vom 9. September 1960).

25 Lt. mündlicher Auskunft vom 8. Juli 1991 hat Mende, der sich Ende August 1960 in Berlin aufhielt, zu keiner Zeit mit Brandt über eine Koalition mit der SPD verhandelt. Vgl. aber die folgenden Ausführungen von Gerstenmaier (S. 819f.); MENDE S. 454.

Nun komme ich zum BHE. Der BHE hat mit mir schon vor einigen Wochen verhandelt.²⁶ Er hat mir sehr klar gesagt, daß er auch mit der SPD verhandeln würde. Ich bin überzeugt, daß das Gros der Wähler des BHE mehr zu uns neigt als zur SPD. Ich kann auch verstehen, daß diejenigen Vertriebenen, die zu uns gekommen sind, es bedauern würden, wenn der BHE wieder in den Bundestag käme, aber man schätzt doch bei ruhiger Abwägung aller Verhältnisse die Zahl der BHE-Abgeordneten, wenn es ihnen gelingt, die Sperren zu überspringen, auf 20 bis 22. Und darum halte ich es – ich habe darüber auch gestern mit Herrn Krone gesprochen – nicht für richtig, wenn jetzt von unserer Fraktion erklärt wird, eine Änderung des Wahlgesetzes kommt nicht in Frage. Ich meine, darüber soll man nicht sprechen. Änderungen von Wahlgesetzen sind niemals ein Vergnügen. Das tut keiner aus Freude. Aber warten wir zunächst einmal alles ab, schweigen wir vorerst und sprechen nicht darüber, sondern verhandeln wir weiter!

Ich möchte Sie darum bitten, darüber zu schweigen, was mit dem Wahlgesetz wird und was nicht wird. Das wird sich schon finden, wenn die Dinge reifer geworden sind und alles klarer erscheint. Ich wiederhole nochmals: Aus reinem Vergnügen wird niemand daran denken, ein Wahlgesetz zu ändern; denn das ist immer schwierig, und irgendeinem tritt man immer dabei auf den Fuß.

Nun haben wir eine Reihe von sehr wichtigen Gesetzentwürfen auf der Tagesordnung stehen, die auch politisch von sehr großer Bedeutung im Hinblick auf die Wahlen sind. Es handelt sich um die Krankenversicherungsreform, die Mietengesetzgebung – die steht allerdings nicht auf der Tagesordnung, weil sie ja vollendet ist –, die Notstandsgesetzgebung²⁷, das Parteiengesetz²⁸ und das Wahlgesetz²⁹. Ich möchte darum bitten, das Wahlgesetz zu streichen und heute nicht weiter darüber zu diskutieren. Das läßt sich noch nicht überschauen. Das hat auch noch Zeit. Über das Parteiengesetz müssen wir sprechen. Ebenfalls über die Notstandsgesetzgebung, die Krankenversicherung und den Lücke-Plan³⁰ insofern, als man nun nach Möglichkeiten sucht, um die eventuell vorhandenen Stacheln in der Gesetzgebung zu beseitigen oder schmerzlos zu gestalten. Darüber kann vielleicht Herr Lücke referieren. Nun möchte ich kurz pausieren und Sie bitten, über das, was ich gesagt habe, in eine Diskussion einzutreten. Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Bei allen Überlegungen über das Wiederhineinkommen des BHE in den Bundestag wird folgendes übersehen: Der BHE hat bei der vorigen Wahl nicht ganz 5 % bekommen, nämlich 4,8 oder 4,9 %. Das hätte bedeutet, daß der BHE – gäbe es die 5%-Klausel nicht – mit etwa 24 Mandaten im Bundestag vertreten wäre. Von diesen 24 Mandaten haben wir 14 bekommen. Wenn wir also

26 Am Freitag, dem 19. August 1960, mit Seiboth, Ahrens und Guthsmuths (TERMINKALENDER).

27 Vgl. hierzu: Michael SCHNEIDER; vgl. auch Anm. 66.

28 Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 22. Dezember 1959 (BT-Drs. 1509).

29 Vgl. Nr. 9 Anm. 34.

30 Vgl. Nr. 15 Anm. 15.

den Wunsch hegen, daß der BHE wieder in den nächsten Bundestag einzieht, dann bedeutet das, daß wir bereit sind, den auf uns fallenden Teil dieser nicht zum Zuge kommenden Mandate aufzugeben; d.h. also, 14 Mandate aufzugeben, um dafür einen unsicheren Koalitionspartner, dann aber nicht mit 14, sondern mit 24 Mandaten, zu bekommen.

Adenauer: Lieber Herr Stingl! Was habe ich denn gesagt? Ich habe gesagt, wir wollen heute nicht darüber sprechen. Wir haben heute wichtigere Dinge zu besprechen. Die Frage ist auch noch nicht spruchreif. Es wird nichts geschehen, ohne daß im Bundesvorstand darüber gesprochen wird. Aber warum denn heute? Herr Stingl! Ich bitte ausdrücklich darum, nicht darüber zu sprechen. Ich habe auch nicht darüber gesprochen. Ich wiederhole: Wir haben heute wichtigere Dinge zu besprechen als die Frage BHE und Wahlgesetz.

Stingl: Ich habe auch daraus keinen Vorwurf gezogen, Herr Bundeskanzler, aber in einem Punkt habe ich Bedenken. Es berührt uns als Vertriebene immer etwas seltsam, wie Sie es formuliert haben: die Vertriebenen, die zu uns gekommen sind. Darf ich bescheiden darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe von Vertriebenen gibt, die nicht zu uns gekommen sind, sondern von Anfang an bei uns waren.

Adenauer: Ich habe die gemeint, die zu uns gekommen sind, nachdem sie vertrieben waren. (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Ich möchte jetzt nur kurz etwas zu dem sagen, was Sie über die FDP ausgeführt haben. Ich hatte den Besuch von Herrn Mende einige Tage danach, als er in Berlin war. (*Zurufe:* Lauter, wir verstehen nichts!) Ja, meine Herren, meine Jugendkraft ist dahin, und das Schreien ist mir völlig fremd geworden. Aber ich darf wiederholen: Herr Mende war einige Tage, nachdem er das Gespräch mit Herrn Brandt gehabt hat, bei mir.³¹ Es ist nun nützlich, Herr Bundeskanzler, nachdem Sie das gesagt haben, daß auch die andere Version gehört wird. Herr Mende hat mir einen ausführlichen Bericht über sein Gespräch mit Brandt gegeben und gesagt, welche Faktoren und Elemente unter Umständen auch für eine Koalition SPD / FDP sprechen könnten. Diese Elemente habe ihm Brandt sehr einleuchtend dargetan. Mendes Reaktion war die, selbst wenn man das machen würde – und die unter Umständen haushohen Angebote der SPD seien viel größer als die von der CDU –, wäre die FDP zum Schluß der Verlierer. Ich sagte zu Mende: Sind Sie dessen sicher? Darauf sagte er betrübt und klar: Dafür gibt es leider einen historischen Vorgang, und der ist so einschneidend für uns, daß wir uns darauf nimmermehr einlassen können; auch wenn wir in die viel schwierigeren Bedingungen mit der CDU einwilligen müssen, müssen wir das tun, wenn wir nicht riskieren wollen, eines Tages unter die 5%-Klausel herabzusinken. Das wollen wir auf keinen Fall. Wir empfehlen deshalb: weitere Ablehnung einer SPD-Koalition um der Existenz der FDP willen.

31 Am 15. September 1960. Eintrag in Terminkalender in ACDP I-210-031.

Das war nun so vernünftig und so überzeugend dargetan, daß ich mir sagte, ich sehe in diesem Punkt ein bißchen weniger Gefahr als Sie, Herr Bundeskanzler. Das wollte ich nur zu Ihrem und zu unser aller Trost hier berichten.

Mit Ihrem Vorschlag, daß wir nicht über das Wahlgesetz reden sollen – womöglich erst in der nächsten Legislaturperiode –, bin ich ganz einverstanden. (*Heiterkeit.*) Ich bedaure nur, daß wir es hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. Da parteiinterne Vorgänge dieser Art nie ganz geheim bleiben, werden wir gefragt werden: Was habt ihr zum Wahlgesetz beschlossen? (*Von Hassel:* Wir haben Wichtigeres zu tun!) Das können Sie sagen, Herr von Hassel! Ich werde gar nichts dazu sagen. Ich bin fein heraus. (*Adenauer:* Nein, Herr Gerstenmaier, Sie stecken mitten drin!)

Herr Bundeskanzler! Was ich gesagt habe, wissen Sie. Das haben Sie aus der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen können.³² Aber wenn Sie sagen, wir wollen unseren Frieden haben, (*Adenauer:* Nein, wir wollen nicht darüber sprechen heute!) dann muß ich folgendes sagen: Wenn man überhaupt noch im Sinne hat, über das Wahlgesetz zu sprechen, dann muß es möglichst frühzeitig vor der Wahl geschehen und nicht möglichst nahe vor der Wahl. Je näher wir an die Bundestagswahl herankommen, desto aussichtsloser wird die Sache parlamentarisch. Es mag andere Gesichtspunkte geben, die für das Schweigen sprechen. Dafür habe ich Verständnis. Deshalb schlage ich vor: Wiedervorlage nach den Wahlen.

Adenauer: Es würde mich interessieren, ob Sie Herrn Mende für einen so starken Mann halten, daß er seine Partei auf dem als richtig erkannten Weg wirklich führen wird. (*Gerstenmaier:* Ich war niemals der Meinung, daß Mende und Adenauer synonyme Wesen sind. – *Heiterkeit.*) Es sitzt hier an diesem Tische eine Persönlichkeit, die noch viel genauere Nachrichten über dieses Gespräch Mende–Brandt in Berlin hat. (*Gerstenmaier:* War die Persönlichkeit dabei?) Ich sage nichts darüber. Man muß schweigen können. Aber es ist eine respektable Persönlichkeit, die noch viel genauere Nachrichten hat. Ich kann Ihnen unter vier Augen sagen, woher ich meine Nachrichten habe; aber die sind noch viel genauer, nicht wahr, Herr Etzel? (*Etzel:* Jawohl! – *Gerstenmaier:* Ich kann nur sagen, was ich selber weiß. Ob das richtig oder falsch ist, wird sich ja herausstellen. Aber es ist nützlich, diese andere Version auch zu hören.) Es ist bemerkenswert, daß Herr Mende schon das Bedürfnis gehabt hat, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen dieses Märchen zu erzählen. (*Gerstenmaier:* Wir haben dabei den Herrn Dehler unter Dach und Fach bringen müssen.) Herr Dehler hat aber noch weitere Aspirationen. (*Gerstenmaier:* Es genügt, wenn er Vizepräsident des Bundestages wird.) Er will aber weiter. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich darf jetzt noch etwas anderes sagen! Wenn ich Herrn Dufhues ansehe und mich selber, dann muß ich sagen, es ist mir ausnahmsweise nicht zum Lachen; sonst bin ich mehr für Lachen in der Politik, obwohl sie nicht lächerlich ist. Herr Bundeskanzler! Heute morgen sind hier zwei Sätze gefallen, die hätte ich lieber

32 FAZ vom 20. September 1960 („Gerstenmaier lehnt Wahlgesetzänderung ab“).

nicht gehört. Ich würde vorschlagen, daß wir uns nicht auf das Ehrengericht einlassen, das Sie anrufen wollen. Das können wir doch unter dem Aspekt, unter den wir uns zum Anfang unserer Aussprache gestellt haben, gar nicht gebrauchen in diesem Jahr vor den Wahlen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Wir gehen einem sehr ersten und schweren Wahlkampf entgegen. Wir werden uns zunächst einmal außenpolitisch ganz zu stellen haben, und wir werden innenpolitisch – da stimme ich mit dem Herrn Bundeskanzler überein – schwer um die unerläßlich notwendige Macht für die von uns als richtig erkannte Politik weiterkämpfen müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Deshalb brauchen wir heute mehr denn je die Einigkeit der Partei. Und dazu gehören, Herr Bundeskanzler, zwei Sachen. Ich bin in der Fernsehgeschichte weiß Gott Ihrer Meinung, und es liegen meinem schwäbischen Zorn auch Wutausbrüche gelegentlich sehr nahe, wo die anderen Herren anderer Meinung sind. Aber zwei Dinge haben mich stutzig gemacht. Das eine ist ein vertraulicher Brief vom Intendanten des Stuttgarter Rundfunks, Herrn Bausch³³. Ich habe neulich im Fraktionsvorstand der CDU gesagt³⁴, daß meiner Meinung nach auf diesen Brief geantwortet werden muß, und zwar von sachverständigen Leuten. (*Adenauer*: Den Brief kenne ich nicht!) Der Intendant des Stuttgarter Rundfunks hat in einem langen Schreiben, das zwölf Seiten umfaßt, Einwände geltend gemacht und manches zur Personalpolitik gesagt, was mich – einen Mann, der bis jetzt auf Ihrer Linie in dieser Sache agitierte – so stutzig gemacht hat, daß ich mich frage, sollen am Ende nicht der Herr Süsterhenn und diejenigen recht haben, die schwere Bedenken gegen dieses Unternehmen bisher geltend machen. Ich wäre also sehr dankbar, wenn diese Sache ausgeräumt würde.

Ich kann als Laie einstweilen nur sagen, alles das, was Herr Bausch – es ist nicht unser Bausch³⁵, sondern der Intendant und Landtagsabgeordnete aus Baden – gesagt hat, muß irgendwie sachlich widerlegt werden. Das beeindruckt einen doch sehr stark, und ich muß sagen, so einfach könnte ich nicht darüber hinwegkommen.

Das andere ist Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, von den Ministerpräsidenten, die ihr Gesicht von der Partei her haben. Ich kann Ihnen nachfühlen, was Sie damit sagen wollten. (*Adenauer*: Ich habe es auch von der Partei her!) Sie haben Ihr Gesicht nicht nur von der Partei her. Und die Ministerpräsidenten haben ihren Stuhl meinetwegen von der Partei, aber nicht ihr Gesicht. Und daß sich Herr Dufhues – der in vielen Sachen anderer Meinung ist als ich, der aber mein Freund ist – sagen lassen muß, daß er gegen die Einheit der Partei sei, weil er anderer Meinung ist als Sie ...

33 Dr. Hans Bausch (1921–1991), Rundfunkintendant; 1956–1958 MdL BW (CDU), 1958–1989 Intendant des Süddeutschen Rundfunks, 1961/1962, 1974/1975 und 1988/1989 Vorsitzender der ARD. – Druck des Schreibens vom 5. September 1960 in ZEHNER 1 S. 195–202.

34 Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. September 1960. Protokoll in ACDP VIII-001-1503/3.

35 Paul Bausch (1895–1981), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 12 Anm. 41.

Adenauer: Aber das verbitte ich mir, Herr Gerstenmaier, eine derartige Unterstellung, daß ich gegen Herrn Dufhues auftrete, weil er anderer Meinung ist. Ich habe meine sachlichen Gründe dazu. (*Gerstenmaier:* Sie haben gesagt, daß er ein Gegner der Einheit der Partei sei.) Das ist gar nicht wahr! (*Gerstenmaier:* Das sagen Sie nachher!) Ich will Ihnen sagen, was mich so geärgert hat am Verhalten von Herrn Dufhues. Wir hatten neulich eine Besprechung, und da hat Herr Dufhues erklärt: Ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen! Und ich dachte, damit wäre die Sache erledigt. Aber kurze Zeit darauf hat er als Vorsitzender des Westdeutschen Rundfunks auch zugestimmt der Erhebung der Klage. (*Dufhues:* Das stimmt wieder in dieser Form nicht!) Das „wieder“ schenken Sie sich mal und sagen Sie, inwiefern es nicht in dieser Form stimmt.

Dufhues: Ich kann Ihnen einen kurzen Überblick über das geben, was hier zur Erörterung steht. Bereits im Juli – etwa in den zwanziger Tagen – ist der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks mit der Frage befaßt worden, ob aufgrund des Postvertrages³⁶ eine Klage gegen die Post erhoben werden solle. Der Postvertrag räumt dem Norddeutschen und dem Westdeutschen Rundfunk das Recht ein, allein Rundfunk- und Fernsehanlagen im Sendebereich zu errichten. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn über die Erledigung dieses Vertrages Verhandlungen mit der Post aufgenommen und auch die Post zu Verhandlungen bereit gewesen wäre. Aber das ist nicht der Fall gewesen. WDR und NDR haben deshalb beschlossen, diese Klage zu erheben.³⁷ Ich habe mit einem zweiten Freund von uns im Verwaltungsrat die Erhebung der Klage von der Bedingung abhängig gemacht, daß gleichzeitig ein entsprechender Beschluß des NWDR in Liquidation gefaßt würde. Ich habe noch in der letzten Verwaltungsratssitzung vor 14 Tagen – ich bitte, die Zusammenhänge zu verstehen, Herr Krone, dann wird es klarer –, (*Krone:* Dann wird es gefährlich!) die nach der Vorstandssitzung war, die gleiche Haltung eingenommen. Die andere Sitzung war vier Wochen vorher, Ende Juli. Diese Sitzung, von der Sie sprachen, im Vorstand, war am 17. oder 18. August. Der Beschluß des NWDR in Liquidation ist nur möglich, wenn die Regierungen von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zustimmen. (*Zuruf:* Gemeinsam?) Nein, es genügt eine Mehrheit von vier Stimmen. Und hier besteht eine Möglichkeit, aus politischen Gründen Bedenken geltend zu machen, die aus rechtlichen Gründen vom Standpunkt der Anstalten aus nicht geltend gemacht werden können.

Wenn diese Zusammenhänge bekanntgewesen wären, Herr Bundeskanzler, würden Sie darin keinen Widerspruch sehen. Zweitens liegen die Dinge zeitlich anders, und drittens habe ich am Samstag bei Herrn Lensing Besprechungen gehabt, die zum Ziele hatten, Ihnen die Möglichkeit zu geben, die Aufsichtsratsmitglieder zu bestimmen, die

36 NWDR-Postvertrag vom Mai 1949. Auszugsweiser Abdruck in BAUSCH 1 S. 39–41. Vgl. Nr. 16 Anm. 47.

37 Die Klage wurde vom NDR am 30. August 1960 beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht. Westdeutscher Rundfunk. Jahrbuch 1960–1961 S. 267. Vgl. auch Anm. 24.

Sie wünschen, und die Kräfte und Einrichtungen zu veranlassen, den Aufsichtsrat zu beschicken, die heute noch mit größter Reserve diesen Dingen gegenüberstehen. Ich bitte Sie, Herrn Lensing darüber zu hören.

Ich habe erklärt: Ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen. Ich habe den Wunsch, daß drei ernsthafte Bedenken ausgeräumt werden. Dieses Recht muß ich für mich in Anspruch nehmen. Mir aber vorzuwerfen, ich würde die Einheit der Partei schädigen, das ist für einen Mann, der nichts anderes kennt, als dieser Partei zu dienen, der schwerste Vorwurf, der mich jemals getroffen hat.

Krone: Ich habe dem Herrn Flehinghaus in einem Gespräch gesagt, wenn wir uns in diesen schwierigen Fragen öfters unterhielten, würden wir manche Schwierigkeiten und Mißverständnisse beheben. Ich will aber nur sagen, ich bin des näheren seit drei viertel Jahren mit den Rundfunkfragen befaßt worden. Ich habe gesehen, wie diffizil und wie verheddert die Dinge hier liegen. Ich weiß, daß in früheren Jahren gesündigt worden ist, ohne daß wir aufgepaßt haben, daß Verträge abgeschlossen worden sind. Man nennt das sogar Staatsverträge, die nun als Hemmschuh dazwischenstehen. Es scheint mir auch, daß der Anlaß für Ihren Vorwurf gegen Herrn Dufhues, Herr Bundeskanzler, auf einer Anschauung des Herrn Dufhues beruht, die irgendwie in den obskuren Rechtsverhältnissen begründet liegt und die auch ich für sehr bedenklich halte. Ich entnehme den Worten des Kollegen Dufhues, daß er sich überlegt, wie er aus dieser verzwickten Lage herauskommen kann.

Ich möchte ihn so verstanden haben, daß die Klage dieser Gesellschaft in Liquidation noch nicht erhoben worden ist. (*Dufhues:* Es ist weder Klage des Norddeutschen Rundfunks noch des Westdeutschen Rundfunks, wohl aber die Klage des Nordwestdeutschen Rundfunks in Liquidation erhoben, und zwar auf Veranlassung von Freunden, die zur CDU gehören. Ich möchte feststellen, daß auch Ihr Wort, das Sie gesprochen haben, nicht mehr begründet ist.)

Ich möchte über die Fernsehfrage aber heute nicht mehr sprechen, um nicht noch einmal alles aufzureißen. Ich möchte heute und morgen noch einmal den Versuch machen, die Sache in Ordnung zu bringen. Und wenn es dann aus ist, ist es eben aus. Aber der Versuch sollte noch einmal gemacht werden. Ich enthalte mich jeder Kritik. Ich möchte hoffen und wünschen, daß eine Reihe von Personen, auf die es mit ankommt, sei es direkt oder als Unterhändler, heute abend von dem Willen zu einer Verständigung beseelt ist.

Das Wort vom Gesicht verlieren möchte ich so oder so unterstreichen. Dann haben beide das Gesicht zu verlieren. (*Zuruf:* Was heißt das?) Wir müssen uns finden für die CDU und für unsere Sache. Ich mache heute abend den Versuch.³⁸ Hoffentlich kommen die Herren.

Adenauer: Ich werde mir nachher das Stenogramm geben lassen, um zu sehen, was ich gesagt habe, und werde dann mit Herrn Dufhues darüber sprechen. Ich möchte Ihnen aber, damit Sie das Ganze verstehen, folgendes sagen: Der

38 Vgl. Anm. 21.

Nordwestdeutsche Rundfunk hat sich seinerzeit aufgelöst in den Norddeutschen und in den Westdeutschen Rundfunk.³⁹ Es ist ausdrücklich niedergelegt worden, daß weder der Westdeutsche Rundfunk noch der Norddeutsche Rundfunk Rechtsnachfolger des Nordwestdeutschen Rundfunks ist. Das haben diese selbst bestimmt.

Nun versetzen Sie sich bitte in meine Lage, wenn ich zehn Tage später, nachdem Herr Dufhues erklärt hat, er stelle sich auf den Boden der Tatsachen, in den Zeitungen lesen muß, daß er zugestimmt hat einer Klageerhebung des Nordwestdeutschen Rundfunks, der überhaupt nicht mehr existiert. (*Dufhues*: Das stimmt nicht!) Ich sage das, was in der Zeitung gestanden hat, Herr Dufhues.

Und nun möchte ich Herrn Gerstenmaier auch etwas sagen. Herr Gerstenmaier! Wenn ich nur ein Viertel von der Empfindlichkeit hätte, die Sie haben, dann würden Sie mal hier die Puppen tanzen sehen. Wohin sind wir gekommen, wenn der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU die Ministerpräsidenten zu einer Besprechung einlädt und die Herren überhaupt nicht kommen? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Darin stimme ich Ihnen ja zu, Herr Bundeskanzler, aber trotzdem muß doch in diesem Kreis frei gesagt werden: Es geht nicht, daß einem von uns, der unser Vertrauen hat, gesagt wird, daß er sein Gesicht von der Partei her habe. Er hat seinen Stuhl von uns, aber nicht sein Gesicht. (*Lebhafter Widerspruch und Unruhe sowie Bewegung*. – *Zuruf*: So ist es doch nicht gemeint! Vom Gesicht ist nicht gesprochen worden.)

Adenauer: Herr Gerstenmaier! Wenn ich dadurch, daß ich den Stuhl mit dem Gesicht verwechselt habe, (*Heiterkeit*) Ihnen zu nahe getreten bin, dann bitte ich um Entschuldigung. (*Gerstenmaier*: Mir sind Sie gar nicht zu nahe getreten; ich vermittele ja nur.) Ich bitte darum, im Stenogramm genau festzustellen, was ich gesagt habe. Ich komme dann darauf zurück.

Dufhues: Sie haben Kritik daran geübt, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen verschoben werden. Sie haben das als eine sehr schlechte Sache bezeichnet. Diese Entscheidung ist getroffen worden mit den Führungsgremien der CDU in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns sehr ernste Gedanken darüber gemacht, und wir glaubten, dazu verpflichtet zu sein. Es gab nur einen Ausweg, aber selbst der hätte eine Verschiebung der Wahl nicht ausgeschlossen. Dieser einzige Weg wäre der gewesen, die sogenannten Splittergruppen oder Rathausparteien zuzulassen, wie es in einzelnen Ländern geschehen ist. Kabinett und CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen sind einstimmig der Meinung, daß wir in Nordrhein-Westfalen damit diesen Gruppen, die unseren Stimmenanteil auf die Dauer vermindern, den Weg in die Parlamente eröffnen würden.

Aus dieser staatspolitischen Überlegung heraus, die sich auf Bund, Länder und Gemeinden gleichmäßig auswirkt, haben wir in Nordrhein-Westfalen – Kabinett,

39 Im März 1956. BAUSCH 1 S. 212. Zur Auflösung des NWDR und Gründung von NDR und WDR vgl. EBD. S. 204–234.

Fraktion und Vorstand einstimmig – es für richtig gehalten, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über eine Verfassungsbeschwerde gegen unser Kommunalwahlgesetz abzuwarten. Wir glaubten, eine kurzfristige Verlegung der Kommunalwahl um einige Monate in Kauf nehmen zu sollen und zu müssen, um die Möglichkeit zu erhalten, die bisherigen politischen Parteien, vor allem die CDU, von diesen Splittergruppen zu befreien. (*Adenauer*: Wann werden die Wahlen stattfinden?) Das kann ich nicht sagen, aber sobald der Spruch des Bundesverfassungsgerichts getroffen ist. Ich habe den Vizepräsidenten gebeten, möglichst bald einen Termin zu nehmen. Ich nehme aber an, daß wir keinesfalls vor dem 29. Januar wählen können. (*Adenauer*: Im Januar und Februar sind in Nordrhein-Westfalen wegen des Karnevals keine Wahlen möglich. Dann sind die Säle alle besetzt.) Dann muß ein Termin im Februar oder März in Kauf genommen werden. Die Fraktion in Nordrhein-Westfalen war nicht bereit, den Splittergruppen den Weg in die Parlamente zu eröffnen. (*Zuruf*: Die unabhängigen Wählergemeinschaften, die in Hildesheim und Wolfenbüttel ihren Sitz haben, haben gegen das niedersächsische Kommunalwahlgesetz beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde erhoben und in der vorigen Woche eine einstweilige Verfügung beantragt.)

Adenauer: Herr Dufhues, in der Karnevalszeit in Nordrhein-Westfalen Wahlen abzuhalten, das halte ich für unmöglich.

Albers: Ich habe schon in der letzten Bundesvorstandssitzung einige Ausführungen dazu gemacht und gesagt: Machen Sie keine Wahl während der Fasteloovendszik! Das ist ganz ausgeschlossen. Ich habe die Bitte, die Wahl drei oder vier Wochen vor Ostern zu legen. Im übrigen steht es gar nicht so schlecht mit der Partei, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß wir uns nicht gegenseitig Knüppel zwischen die Beine werfen. Über einige Fragen müssen wir uns noch klarwerden. Wir dürfen uns nicht bei den Punkten, die hier auf der Tagesordnung stehen, in aller Öffentlichkeit gegenseitig zur Sau machen. Entschuldigen Sie, wenn ich das so hart sage.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß wir nun auf das Thema „Termin Kommunalwahlen“ nicht mehr eingehen.

Dufhues: Ich habe lediglich die Frage beantwortet, wann frühestens die Wahlen sein können. Wann der Termin ist, kann ich aus gewichtigen Gründen nicht sagen. Ich bin sicher, daß das, was ich hier sage, in der Öffentlichkeit weitergegeben wird.

Adenauer: Das ist aber kein großes Vertrauen in die Verschwiegenheit des Bundesvorstandes! Ich kenne aber genug davon und wiederhole: Keine Wahl während der Karnevalszeit! Das hat keinen Zweck. Das wird mir auch jeder bestätigen. – Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Wir können nicht sicher sein über den Ausgang der Bundestagswahl im Hinblick auf die außenpolitische Entwicklung. Stellen Sie sich vor, es passiert in Berlin irgend etwas, was uns nicht gefällt. In dieser Feststellung liegt eine sehr ernstzunehmende Warnung hinsichtlich der Möglichkeiten, die vielleicht bei der kommenden Auseinandersetzung um Berlin bestehen. Ich bin überzeugt, daß der Bundeskanzler mit der Feststellung recht hat, daß an dem Beispiel

Berlins in der deutschen Öffentlichkeit der Erfolg oder Nichterfolg der deutschen Politik wesentlich gemessen und gewogen wird.

Wenn es uns also nicht gelingt, diese Angriffe auf Berlin so zurückzuschlagen, wie es bisher gelungen ist, dann wäre das in der Tat für uns auch als Partei – obwohl das natürlich in dieser Auseinandersetzung nicht der erste Gesichtspunkt sein darf – in der Auseinandersetzung mit dem Gegner und in der Öffentlichkeit eine unerhörte Belastung. Wenn das so ist, dann müssen wir uns heute erst recht Klarheit darüber verschaffen, wie ernst die Situation in der Auseinandersetzung um Berlin ist. Deshalb möchte ich Sie auf etwas aufmerksam machen, was mehr als viele Reden die kritische Zuspitzung der Situation kennzeichnet. Ich bitte Sie, wenn Sie wieder hinausgehen draußen in das Land, unsere Freunde fest an die Hand zu nehmen, damit sich nicht eine Entwicklung durchsetzt, die sich schon jetzt in Ansätzen beobachten läßt, nämlich ein schleichendes Mißtrauen gegen die Standfestigkeit in der Sache Berlins auf der Seite des Westens. Wenn sich das durchsetzt, ist es tödlich, weil der Osten darin eine Ermunterung erblicken kann, auf dem Wege fortzuschreiten, den er beschritten hat.

Und nun ein Beispiel, aus dem Sie ersehen mögen, wie ernst möglicherweise die Situation wird. Ulbricht hat am 11. Juni in einer Funktionärsversammlung der SED einen Lagebericht gegeben.⁴⁰ Diese Berichte pflegen in der Regel acht Tage später in den Parteiorganen veröffentlicht zu werden. Auf diese Rede hat man dieses Mal etwa ein Vierteljahr lang warten müssen. Die Neugierde war entsprechend groß. Vor kurzem ist in den Funktionärsorganen diese Rede veröffentlicht worden. In dieser Rede hat er gesagt – ich nehme an, das war der Grund, weshalb sie jetzt veröffentlicht worden ist, um deutlich zu machen, daß hinter den Maßnahmen gegen Berlin ein wirklich ernsthafter Wille steht, die Position Berlins aufzulösen –: Wir sind auf keinen Fall bereit, auf den sogenannten Status quo einzugehen.

Dieser Satz ist in der Öffentlichkeit aufgefallen. Aber viel ernster sollten wir den folgenden Satz nehmen, den er gesagt hat, man werde die Kontrolle über die Verbindungswege übernehmen, und nun wörtlich: „Das kann die Entstehung eines Konflikts bedeuten. Aber dieser Konflikt bringt weniger Gefahren als das Weiterbestehen der Herde des Krieges.“ Das bedeutet offenbar, daß er glaubt, das Risiko einer äußersten Zuspitzung einkalkulieren zu können. Er vertraut darauf, daß es eben doch nicht zum äußersten Widerstand des Westens kommen wird. Das ist ein gefährlicher Satz. Deshalb sage ich das hier in diesem Kreise mit der Nachhaltigkeit, die möglich ist.

Herr Bundeskanzler! Der einzige, der die Möglichkeit und das Ansehen hat bei den drei Westmächten, die ja dazu nötig sind, sind Sie, und Sie müssen noch stärker als bisher deutlich machen, daß bei diesem Vorstoß gegen Berlin die Gefahr entweder des Zusammenbruchs der westlichen Position in Berlin oder die Gefahr des Krieges

⁴⁰ Walter Ulbricht: Die Grundfragen lösen, um die Gesamtaufgabe zu erfüllen. Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin der SED am 11. Juni 1960. In: Neuer Weg. Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens (17/1960) S. 1014–1037, hier S. 1024.

besteht. Wenn nicht mit gebührender Deutlichkeit noch einmal zum Ausdruck gebracht wird, daß ein Angriff auf Berlin auch ein Angriff auf die Welt bedeutet, wenn das also nicht mit dem äußersten Ernst bei den Alliierten klargemacht wird, dann fürchte ich, Herr Bundeskanzler, kommen wir in den nächsten Monaten unter dem Druck dieser Versuche, die Position Berlins aufzulösen, in eine ungemein schwierige Lage, die innenpolitisch auf uns zurückschlagen wird.

Keiner von uns Berlinern wird anderer Meinung sein als Sie, daß nämlich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Senat gar nicht eng genug und nicht vertrauensvoll genug sein kann. Sie haben eben gesagt: noch enger und vertrauensvoller als bisher. (*Adenauer*: Das will ich Ihnen nochmals sagen!) Das wollen wir nicht im einzelnen erörtern. Ich wäre aber dankbar, wenn ich Gelegenheit hätte, darüber einmal konkret ... (*Adenauer*: Ich werde das erhärten!) Ich will ja nicht streiten mit Ihnen.

Adenauer: Herr Gradl! Was Sie gesagt haben, ist alles richtig, aber ich vermag nichts, wenn nicht der Senat von Berlin restlos an demselben Strick zieht. Und das tut er nicht! (*Gradl*: Das wollen wir erreichen, wenn das nicht der Fall ist.) Ich bin sehr gern bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen. – Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Mir ist gesagt worden, daß am Sonntag bei der Fernsehsendung „Internationaler Frühschoppen“ in der Form diskutiert worden ist: Evakuierung der Berliner Bevölkerung. Wenn das wahr ist ... (*Mehrere Zurufe*: Nein, das war anders! – Das stimmt so nicht.) Gut! Nun komme ich auf Ihre Bemerkung, daß die Firma Siemens für die Ostzone einen Sender baut. Ich habe den Eindruck, daß die Firma Siemens unseren Ideen schlecht gegenübersteht. Wäre es nicht möglich, der Firma Siemens zu bedeuten, was sie da tut. Können Sie darüber etwas sagen?

Adenauer: Ich habe gestern dem Herrn Berg gesagt⁴¹, er möchte das der Firma Siemens sagen. Stellen Sie sich vor, wie empört man sein muß, wenn man hört, daß eine Firma wie Siemens einen Sender für die Ostzone baut, und zwar nahe an der Grenze, um das kommunistische Programm auszustrahlen. Das ist doch geradezu schrecklich. (*Dufhues*: Vielleicht spricht einmal der Herr Postminister mit Siemens! – *Stücklen*: Ich bin zu jeder Aktion bereit!)

Damit dürfen wir den Punkt verlassen. Wir kommen zur Krankenversicherungsreform. – Das Wort hat Herr Blank.

KRANKENVERSICHERUNGSREFORM

Blank: Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, einen kurzen Bericht zu geben über die Krankenversicherungsreform. Ich werde mich bemühen, diesen Bericht so

41 Am Mittwoch, dem 21. September 1960, 16.15 Uhr (TERMINKALENDER).

kurz wie möglich zu halten; denn wir sind hier sicherlich nicht in der Lage, bis ins einzelne gesetzliche Formulierungen zu beraten. Im November des vergangenen Jahres hat das Bundeskabinett dieses Reformgesetz verabschiedet.⁴² Die erste Lesung hat am 17. Februar 1960 stattgefunden.⁴³ Das Gesetz bringt eine ganze Reihe von Verbesserungen in der herkömmlichen Krankenversicherung. Ich will sie nicht aufzählen. Für die Auseinandersetzung können sie zur Verfügung gestellt werden.

Das Gesetz war – ich darf das mit allem Freimut sagen – mit drei kritischen Punkten behaftet. Der erste Punkt war die Selbstbeteiligung. Ich erspare mir alle Worte darüber, warum wir eine Selbstbeteiligung für richtig gehalten haben. Der zweite kritische Punkt war das Kassenarztrecht, und der dritte Punkt war die Frage der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle. Sie alle können sich an die Auseinandersetzungen über diese Fragen entsinnen, die in der Öffentlichkeit mit großer Leidenschaft geführt worden sind. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages sind die Gegensätze hart aufeinandergeprallt. Sie haben zur Folge gehabt, daß seit Wochen die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf ruhen.

Nun ist die große Frage, die ich an den Anfang meiner Ausführungen stellen möchte: 1. Soll man überhaupt dieses Gesetz verabschieden? 2. Erst dann lohnt es sich, die zweite Frage zu untersuchen: Wie soll man es gestalten? Zu der ersten Frage – von der Freund Krone der Meinung ist, daß darüber der Parteivorstand einen Beschluß fassen sollte – möchte ich Ihnen sagen, daß wir so frei in unserer Meinungsbildung gar nicht mehr sind; denn wir haben jetzt ein Vorschaltgesetz der SPD⁴⁴ vorliegen. Das Vorschaltgesetz ist nichts anderes als die Herausnahme all der sozialen Vorteile, die der Entwurf bringt, vermindert um das, was unangenehmer Natur sein könnte. Und bei der Lage der Dinge im Hinblick auf die kommende Wahl werden SPD, FDP und auch unsere Freunde im Bundestag – ich hoffe, ich trete ihnen nicht zu nahe, wenn ich das sage – gar nicht anders handeln können, als auch diesen Verbesserungen zuzustimmen. Dann aber hätten wir dieses aufgrund der Initiative der SPD verabschiedete Vorschaltgesetz. Das aber wäre politisch nicht möglich; ohne Ihrer Meinungsbildung damit vorgreifen zu wollen, die ja auch schon in einigen Gremien der Partei stattgefunden hat. Ich erinnere an unseren Sozialausschuß. Wenn wir nicht unseren Entwurf durchbringen, dann wird eben der Entwurf der SPD kommen. Damit, so meine ich, ist schon viel von dieser Frage geklärt.

Nun zu den drei kritischen Punkten! Wir mußten den Versuch machen, diese kritischen Dinge so weit wie möglich abzumildern, um zu erreichen – ich will ein Wort gebrauchen, das der Herr Bundeskanzler in der Unterredung mit den Ärzten⁴⁵ formuliert hat –, daß man den sozialen Fortschritt, den dieses Gesetz bringt, beibehalten kann, und zwar unbelastet mit den – ich will es summarisch

42 Am 20. November 1959. Vgl. RICHTER/MÜLLER S. 31.

43 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5496–5572.

44 Vgl. Nr. 15 Anm. 43.

45 Am 17. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. auch RICHTER/MÜLLER S. 44f.

sagen – unangenehmen Dingen. Wir haben nun dank der Hilfe des Sozialpolitischen Ausschusses der Bundespartei unter der Führung unseres Freundes Lünendonk – der anwesend ist – eine Kompromißlösung erarbeitet.⁴⁶ Diese Kompromißlösung haben wir dann in den Sozialausschüssen der Partei – Kollege Albers ist auch anwesend – ebenfalls behandelt. Wir waren gemeinsam der Auffassung, daß dieser Vorschlag akzeptabel sei.

Dieser Vorschlag gliedert die Versicherten in drei Gruppen, und zwar 1. in die Pflichtversicherten bis zu einem Einkommen von DM 750,—, denen man keine Selbstbeteiligung auferlegt, sondern eine Krankenscheingebühr und Rezeptgebühr. 2. Bei der Gruppe mit einem Verdienst von über DM 9.000,— will man den Selbstverwaltungsorganen die Möglichkeit geben, in ihrer Satzung das Kostenerstattungssystem festzulegen, d.h., die Versicherten werden wie Privatpatienten beim Arzt behandelt; sie müssen ihre Rechnung bezahlen und bekommen einen in den Versicherungsbedingungen festgelegten Betrag zurückvergütet. 3. Die Gruppe derjenigen, die über DM 15.000,— verdienen: Da sollte das volle Kostenerstattungssystem im Gesetz verankert werden.

Die Frage der Selbstbeteiligung hat nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Ärzteorganisationen eine große Rolle gespielt. Sie wissen, daß die Ärzteorganisationen vielfach die Einwände gemacht haben, solche Pläne der Selbstbeteiligung würden den Zugang zum Arzt behindern. Es galt also, für diese Frage auch die Ärzte zu gewinnen. Ich darf noch erwähnen, daß sich auch der Gesundheitsausschuß unter Frau Dr. Steinbiß diesem Kompromiß angeschlossen hat.

Ich hatte auch Gelegenheit, mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer⁴⁷ und seinem Assistenten ein vertrauensvolles Gespräch zu führen. Dieses Gespräch ließ bei mir den Eindruck entstehen, daß es möglich sein könnte, die Ärzte auf diesen Kompromißvorschlag zu bringen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler davon Mitteilung gemacht, der seinerseits die Vertreter der Ärzteorganisationen zu einer Rücksprache gebeten hat. Am 17. August hat diese Rücksprache stattgefunden, wobei sich ergab, daß die Ärzte durchaus bereit wären, diesem Kompromißvorschlag zuzustimmen, und zwar war man sich über einen Vorschlag einig, den wir im einzelnen dort behandelt haben. Darüber ist eine Niederschrift angefertigt worden. Es wurde ausgemacht, daß diese Besprechung mit den Ärzten fortgesetzt werden sollte, um dann zu gewissen Formulierungen zu kommen. Dann haben zwei ganztägige Sitzungen am 2. und 7. September stattgefunden, wobei wir [uns] absolut klargeworden sind.⁴⁸

Wir haben nunmehr eine ins einzelne gehende Abmachung mit den Ärzten getroffen, wie das Kassenarztrecht im einzelnen gestaltet werden soll. Zuletzt hat eine Besprechung stattgefunden unter dem Vorsitz des Kollegen Dr. Krone, wobei

46 Dazu Materialien in ACDP VII-004-938.

47 Dr. Ernst Fromm. Vgl. Nr. 12 Anm. 57.

48 Am 2. und 9. September 1960. Vgl. FAZ vom 3. und 10. September 1960.

die Experten der Fraktion für sozialpolitische Fragen – Horn⁴⁹, Lünendonk und ich – die Dinge eingehend miteinander besprochen haben. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Kompromiß sowohl hinsichtlich des allgemeinen Rechts der Krankenversicherung als auch des Kassenarztrechts eine absolut akzeptable Sache sei. Wir haben dann eine Reihe von Dingen niedergelegt. Ich will das mit einem kurzen Satz sagen. Was das Kassenarztrecht anbetrifft, so sind wir mit den Herren übereingekommen, daß das derzeit geltende Recht erstens insoweit geändert wird, als dies durch die allgemeine Zulassung – wie sie durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen worden ist – erforderlich ist, zweitens daß die Globalüberweisungen der Gesamtvergütungen der Kassenärztlichen Vereinigungen nicht mehr in der Form stattfinden, daß der einzelne Kassenarzt nach den von ihm vollbrachten Leistungen vollen Anspruch auf das ihm zustehende Honorar hat, sondern es handelt sich um Einzelleistungsvergütungen, wobei die Kassenärztliche Vereinigung das Recht behalten soll, für soziale Aufwendungen und Verwaltungsaufgaben gewisse Abzüge zu machen.

Wir sind mit allen diesen Organisationen zu der Meinung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf durch die getroffenen Vereinbarungen nunmehr von dem entkleidet ist, was man als politischen Zündstoff angesehen hat, so daß aus diesem Gesetzentwurf ein Gesetz wird, das sich sogar zum Vorteil für uns bei den politischen Auseinandersetzungen auswirken könnte.

Zum dritten Punkt kann ich nicht viel sagen. Das muß ich dem Kollegen Albers überlassen. Mir ist es hierbei noch nicht gelungen, eine endgültige Absprache über die Frage zu finden, ob und wie weit man in Zukunft auch den Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gewähren soll. Dr. Voges hat in aller Offenheit erklärt, daß es sich unter dem Aspekt, wie die Dinge jetzt lägen nach dieser Absprache, die wir getroffen haben, um einen echten Reformentwurf handele, dem er vollinhaltlich zustimme. Und da dies auch unsere Sozialausschüsse tun, glaube ich, mit gutem Gewissen sagen zu können – wenn ich auch in vielem abgerückt bin oder abrücken mußte von dem, was mir zunächst vorschwebte –, das Ganze ist ein brauchbares Ding, mit dem wir uns in der politischen Auseinandersetzung nicht zu fürchten brauchen. Wir können mit dem Ding an die Öffentlichkeit treten.

Es wäre aber dem Herrn Bundeskanzler, dem Kollegen Dr. Krone und ganz sicher mir erwünscht, wenn auch der Parteivorstand für die Fraktion einen Beschluß faßte, damit nunmehr mit tunlichster Beschleunigung die strittigen Punkte ausgeräumt werden können und das Gesetz verabschiedet werden kann.

Krone: Ich hatte darum gebeten, daß sich der Bundesparteiivorstand mit dieser Frage befassen soll. Das soll nicht bedeuten, daß nun jede Detailfrage hier beraten wird. Das ist nicht seine Aufgabe. Das wird er auch im einzelnen gar nicht können.

49 Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU), 1953–1961 Vorsitzender des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Fraktion (Arbeitsrecht und Sozialpolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94; vgl. auch Nr. 7 Anm. 128.

Es kommt der Fraktion darauf an, von Ihnen zu hören: Das oder das sind politische Fragen, die sich so oder so auf die Partei oder auf die Wahlen auswirken, und deswegen beurteilen wir sie so oder so.

Das ist notwendig, denn auch der Lücke-Plan – so gut er auch ist – wird von der SPD gegen uns immer wieder mißbraucht. Es geht um die Frage, geht der Bundesvorstand konform mit der Fraktion, und zwar unbeschadet ihrer eigenen Zuständigkeit, über das Gesetz. Es haben Besprechungen seitens der Fraktion stattgefunden in einem Kreis, der aber auch alle Schichten der Fraktion umfaßte. Hier war man sich über folgende Empfehlung an den Parteivorstand einig: 1. Die Frage, ob die Diskussion zu diesem Gesetz noch in diesem Bundestag sein soll, ist von allen mit Ja beantwortet worden. 2. Der Kreis empfiehlt, den erwähnten Kompromißvorschlag mit Krankenschein- und Rezeptgebühr anzunehmen. Mit Ausnahme des Kollegen Stingl, der eine eigene Auffassung vertreten hat, war man sich über den sogenannten Lünendonkschen Vorschlag⁵⁰ einig.

In der Frage der Lohnfortzahlung ist von allen gesagt worden, daß man hier eine Kompromißlösung finden müsse, nicht eine hundertprozentige Lösung, sondern eine Kompromißlösung. Ich persönlich, der ich lange Zeit der Meinung war, wir sollten es nicht machen, neige heute mehr dazu, nunmehr zu sagen – da es inzwischen so weit gediehen ist –, wir sollten es auf dieser Grundlage machen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Albers. (*Albers:* Wenn Sie mich auffordern, etwas zu sagen, will ich es tun!) Ja, wenn Sie nicht wollen, Herr Albers!

Albers: Doch! Ich betrachte die ganze Angelegenheit rein politisch und parteipolitisch. Wir haben in den Sozialausschüssen den Vorschlag Lünendonk aufgenommen. Ich brauche nicht mehr darauf einzugehen. Wir haben gesagt, die Rezeptgebühr sehen wir als einen Schritt nach vorn an. Damit hängt aber die Lohnfortzahlung für die Arbeiterschaft im Krankheitsfälle zusammen. Wir können nicht den einen Schritt vorwärts und den anderen zurück machen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie, Herr Bundeskanzler, an die Zeit vor 1933, als Sie Oberbürgermeister von Köln waren. Schon damals hat die Lohnfortzahlung für die Arbeiterschaft eine Rolle gespielt, und Sie meinten damals, die Wohlfahrtsunterstützung muß beseitigt werden. Wenn jemand krank wird, so hat der Arbeitgeber einzutreten.

Bei dem gesamten Fragenkomplex haben wir vor allem die politische Situation zu sehen. In den letzten anderthalb Jahren hatten wir uns immer mehr auseinandergeredet. Nun sind wir heute endlich ungefähr einig geworden. Peter Horn brachte vor drei Wochen folgendes Beispiel: Der Zug ist abgefahren, und wir bringen ihn nicht mehr zum Stillstand. Deshalb müssen wir dieses Gesetz verabschieden, und zwar mit der Lohnfortzahlung! Wenn wir es nicht tun, dann werden im nächsten Frühjahr die großen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern neue Tarifverträge abschließen, in denen die

⁵⁰ Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 27./28. Juni 1960 (unter dem Vorsitz Lünendonks) in ACDP VII-004-938.

volle Lohnfortzahlung durchgesetzt wird. Nun stellen Sie sich vor, die Gewerkschaften machen es, wir aber nicht.

Die Folgewirkung wird sein, daß der Mittelstand immer weniger Arbeitskräfte bekommt, weil die Großwirtschaft sie für sich zu gewinnen sucht. Die Gewerkschaften werden sagen, wir haben durch das Vorschaltgesetz der SPD⁵¹ eine große Unterstützung gefunden. Denken Sie daran, meine Herren, daß 60 % unserer Wähler aus der Arbeiterschaft kommen. Wenn wir also die Wahl gewinnen wollen – und wir wollen sie doch und müssen sie gewinnen –, müssen wir auch mal etwas Besonderes tun. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Was nützt uns unsere ganze Arbeit, wenn wir die Wahl verlieren. Ich bin der Auffassung, an dieser Frage der Lohnfortzahlung wird die Haltung der Arbeiterschaft sehr kritisch werden. Ich bitte Sie also, daß Sie dem, was unter langen und schwierigen Verhandlungen erarbeitet worden ist, Ihre Zustimmung geben.

Ich wiederhole: Die Frage der Lohnfortzahlung und die Rezeptgebühr gehören zusammen. Wenn Sie das eine nicht wollen, dann muß selbstverständlich auch die Rezeptgebühr fallen. Aber weil ich das andere auch ermöglichen will, deshalb habe ich dem Kompromißvorschlag zugestimmt. Wir können diesen Vorschlag auch der Arbeiterschaft gegenüber als eine Leistungsverbesserung vertreten.

Adenauer: Ich habe gewußt, Herr Albers, daß Sie eine Rede präpariert haben. Aber es war eine gute Rede! – Das Wort hat Herr Arndgen.

Arndgen: Ich habe nicht die Absicht, auf die sachlichen Dinge einzugehen, nachdem der Herr Minister Blank Ausführungen dazu gemacht hat. Herr Minister Blank hat einige Organisationen genannt, mit denen Verhandlungen stattgefunden haben, aber er hat eine Organisation vergessen, nämlich den Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie wissen, wie ich zum Deutschen Gewerkschaftsbund stehe. Ich bin nicht mehr drin. Ich habe schon lange Zeit Differenzen mit diesen Herren. Aber ob es politisch klug war, diese größte Interessenorganisation für die Versicherten bei diesen Besprechungen nicht zu hören, hinter diesen Satz möchte ich ein großes Fragezeichen setzen.

Wir müssen daran denken, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund jene Arbeiterorganisation ist, die den größten Teil der Versicherten bei sich organisiert hat. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich möchte also wiederholen: Ob es richtig und klug war, mit dieser Organisation nicht zu reden, weiß ich nicht. Aber jedenfalls möchte ich ein großes Fragezeichen dahinter setzen. (*Unruhe und Bewegung.*)

In einem Schreiben dieser Organisation an den Herrn Bundeskanzler⁵² ist darum ersucht worden. Und diese Menschen – das ist von mir kein Vorwurf, Herr Bundeskanzler, denn ich weiß, daß Sie überlastet sind – sind verärgert, aber nicht nur, weil sie nicht eingeladen worden sind, sondern auch deshalb, weil dieses Schreiben nicht beantwortet worden ist.

⁵¹ Vgl. Nr. 15 Anm. 43.

⁵² Nicht zu ermitteln.

Einige Vorstandsmitglieder dieser Organisation sind an mich herangetreten, ich solle doch dafür sorgen, daß die CDU-Fraktion zu einem Gespräch bereit sei. Ich habe den Herren gesagt: Ich gehöre der Führung der Fraktion an, aber ich bin nicht in der Lage, Ihnen diese Zusage zu machen. Ich habe die Frage mit dem Chef und Boß Dr. Krone besprochen. (*Zuruf*: Boß ist gut!) Wir haben die Kollegen Horn und Steffen (?)⁵³ hinzugezogen und gestern ein Gespräch geführt. Sie waren irrtümlich der Meinung, daß heute, und zwar an dieser Stelle, die letzte Entscheidung getroffen werde. Ich habe ihnen gesagt, daß sie im Irrtum seien; denn schon rein institutionell ist es nicht möglich, daß der Parteivorstand Weisungen an die Fraktion geben kann. (*Anhaltende Unruhe.*) Was hier geschehen kann, ist nur, daß eine Empfehlung des Bundespartei Vorstandes an die Fraktion gegeben wird. Und es wird von der Geschicklichkeit der Betreffenden abhängen, ob nun die Empfehlung des Parteivorstandes von der Fraktion akzeptiert wird. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf*: Was heißt das?)

Nun haben Sie Ihren Gedankengang zu diesem Kompromiß vorgetragen. Und hier darf ich nur eines hervorheben: Wenn es uns nicht gelingt, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für die Arbeiter einen Schritt vorwärtszubringen, dann ist es schlecht. Wir müssen also etwas tun bei der Lohnfortzahlung, damit der Widerstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beseitigt wird. Wir erleben es heute schon, daß das soziale Gefälle von Mittelstandsbetrieben zu Großbetrieben sehr stark ist. (*Unruhe und Bewegung.*)

Wenn in dieser Frage nichts getan wird, dann wird das soziale Gefälle so steil werden, daß die Kleinwirtschaft in absehbarer Zeit überhaupt keine Kräfte mehr bekommt. Wenn wir diese Dinge nicht machen, werden bald die Verhandlungen über die Tarifverträge losgehen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich bin davon überzeugt, daß die Großbetriebe dann nachgeben werden. Bringen wir doch die Sache mit diesem Gesetz in Ordnung, und fahren wir es als Erfolg für die Partei in die Scheuer. Sorgen wir dafür, daß die Dinge nicht differenziert in der Wirtschaft gestaltet werden. Ich möchte darum bitten, daß Sie in Ihrer Empfehlung, die Sie an die Fraktion geben, auch entsprechend der Parteitagsbeschlüsse von Karlsruhe einen Schritt vorwärts machen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Meinung, man müsse eine arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung vorsehen. Ich will hier nicht lange auseinandersetzen, was das bedeutet, aber ich bin der Meinung, daß es für den Mittelstand, für die kleinen Gewerbetreibenden kaum möglich ist, die arbeitsrechtlichen Dinge durchzuführen. (*Zuruf*: Was heißt eigentlich Ding? – *Heiterkeit.*) Daher schweben uns andere Dinge vor. (*Zuruf*: Ein Ding an sich!) Es würde aber dazu führen, daß der Arbeiter im Krankheitsfall den Angestellten gleichgestellt wird. Wenn wir das fertigbringen, werden wir ein Ding hinbringen, das für uns zu Buche schlägt.

53 Vermutlich Heinrich Scheppmann, 1960 Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU. Vgl. Nr. 15 Anm. 45.

Blank: Ich bin der Meinung, daß wir den DGB nicht dazu bewegen können, diesem Kompromiß beizutreten, weil der DGB völlig klar sieht, daß wir auch in der Öffentlichkeit mit diesem Gesetz ankommen. Es kommt ihm aber darauf an, die Dinge in einer ganz anderen Weise zu regeln, und zwar im Hinblick auf den staatlichen Gesundheitsdienst.

Im übrigen aber muß ich sagen, wenn heutzutage irgend etwas besprochen wird, dann melden sich alle möglichen Organisationen, Vereine, Verbände usw., und jeder sagt, ich will auch dabei sein. Ich muß sagen, Herr Kollege Arndgen, das müssen Sie schon dem Herrn Bundeskanzler überlassen, wen er einlädt. Wohin sollte es denn kommen, wenn jeder zu dieser Frage gehört würde. Ich möchte meinen, es ist doch ziemlich klar geworden in den Besprechungen der Fraktion zwischen den – wenn ich so sagen soll – Abgeordneten von der Arbeitnehmerseite und den Abgeordneten von der Arbeitgeberseite. Wenn wir das hineinbringen, was Kollege Albers gesagt hat, nämlich die Lohnfortzahlung, dann ist das Gesetz nach Lage der Dinge das Beste, was wir tun können, und es ist ein sozialpolitischer Fortschritt. In dieser Frage sollten wir uns vom DGB nicht wieder auseinanderbringen lassen.

Adenauer: Wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, hat der DGB von mir verlangt, ich soll einen Vertreter von ihm zulassen bei den Verhandlungen mit den Ärzten.

Stingl: Ich habe Bedenken gegen eine Krankenscheingebühr, weil sie auf starken Widerstand stoßen wird. Es ist eine Barriere, vor der wir stehen. Das können wir nicht leugnen. Diese Angelegenheit muß im Zusammenhang damit gesehen werden, daß uns das Bundesverfassungsgericht dazu zwingen wird, alle Ärzte zuzulassen, d.h., jeder Arzt, der will, muß zur Versicherung zugelassen werden. Die Krankenkassen haben die Befürchtung, daß die Ausgaben in einem unangenehmen Maß steigen werden.

Dazu kommt, daß nach allen Erfahrungen eine Krankenscheingebühr nur für eine beschränkte Zeit eine retardierende Wirkung hat. Auch Österreich hat nach einem Jahr die Krankenscheingebühr wegen ihrer Unwirksamkeit wieder abgeschafft.⁵⁴ Ich habe Bedenken gegen die Einteilung der Versicherten in horizontale Gruppen, weil die freiwillig Versicherten aufgrund eines Beschlusses der Selbstverwaltungsorgane zum Kostenerstattungssystem gebracht werden. Dieser Beschluß ist ihrem Einfluß völlig entzogen, aber sie werden gezwungen, damit in einen Zusammenhang zu treten.

Ich glaube also, daß man hier die Selbstverwaltungsorgane überfordert. Wenn z.B. die Barmer Ersatzkasse die Selbstbeteiligung beschließt, werden die Versicherten zur Konkurrenz gehen, nämlich zur Deutschen Angestelltenkrankenkasse, sofern diese die Selbstbeteiligung nicht beschließt. Es ist damals gegen den Fraktionsbeschluß eingewendet worden, daß man die Verantwortung nicht auf die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen abwälzen könnte.

⁵⁴ Vgl. HOFMEISTER S. 679 und Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Krankenversicherung in Österreich. Entwicklung, Struktur, Probleme. Wien 1966 S. 100, 121.

Ich habe weiter Bedenken, die allerdings nicht so schwerwiegend sind, gegen die neue Formulierung des Kassenarztrechts. Ich darf Herrn Blank darauf aufmerksam machen – und nun wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir zuhörten –, daß die Ärzte trotz Ihrer Absprache hier, Herr Bundeskanzler, in der, soweit mir bekannt ist, auf die Einzelleistungen Bezug genommen wird, in Berlin beschlossen haben, man müsse für eine Gesamtvergütung weiter kämpfen. Und das, obwohl die Absprache mit Ihnen besteht. Es sind Einzelvergütungen mit den Kassen vorgesehen, obwohl die Kassen große Bedenken haben. Herr Fromm⁵⁵ oder Herr Voges hat gesagt, daß das, was jetzt vereinbart sei, vom Schlechtesten noch immerhin das Beste wäre. Ich meine, die Krankenscheingebühr und das Arztrecht gefährden die Kassen.

Wir wollen doch mit der Krankenversicherungsreform nicht nur eine Verbesserung der Leistungen erreichen und deren Finanzierung im Ganzen haben, sondern auch – wie Herr Blank ja mehrfach betont hat – gesellschaftspolitisch ein anderes Denken herbeiführen. Da wir alle miteinander, besonders als Bundesvorstand, das Interesse haben, bei der Bundestagswahl mit einem solchen Gesetz nicht in Konflikt zu kommen, habe ich aufgrund eines Gesprächs, das einige sozialpolitisch interessierte Freunde der Fraktion mit dem Herrn Bundeskanzler geführt haben⁵⁶, Überlegungen angestellt, wie man da herauskommen kann. Der Herr Bundeskanzler hat in diesem Gespräch betont, wir dürfen kein Gesetz machen, von dem die Bevölkerung sagen kann: Die CDU hat uns gezwungen, bei jeder Krankheit zu bezahlen.

Ich würde meinen, daß wir dieses Argument dadurch ausräumen sollten, daß wir es jedem einzelnen Versicherten überlassen, ob er sich für eine 20%ige Kostenbeteiligung mit einer Obergrenze entscheidet oder nicht. Wir könnten damit erreichen, daß weder die CDU noch die Regierung beschuldigt werden kann, irgend jemanden gezwungen zu haben, bei jeder Krankheit etwas zu bezahlen; denn es ist ja jedem dann überlassen. Wir würden damit auch unsere gesellschaftspolitische Vorstellung, wonach wir Freiheit wollen, ergänzen. Wir sollten denjenigen, die das wollen, eine Vergütung gewähren, indem wir ihren Beitrag ermäßigen.

Sie erinnern sich, daß der Einwand von Gewerkschaftsseite gegen den Plan von Herrn Blank nicht zuletzt der war, daß eine Selbstbeteiligung dazu führe, daß das ersparte Geld nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern zugute komme. Würden wir aber die Lösung finden, daß nur der Arbeitnehmer den Beitrag ermäßigt bekommt, dann hätten wir auch dieses Argument ausgeräumt. Man kann daran denken, daß man dem, der sich für eine 20%ige Beteiligung entscheidet, den Beitrag um ein halbes Prozent ermäßigt, und zwar für sich allein.

Die Krankenscheingebühr würde dann auf die Beteiligung angerechnet. Oder aber man ermäßigt noch mehr, wenn man die Krankenscheingebühr nicht berücksichtigt. Alles das ist zwar keine Ideallösung, aber wir sind heute nicht mehr in der Lage, eine Ideallösung zu finden. Die Einwände sind folgende: 1. Der Arbeitgeber

⁵⁵ Vgl. Nr. 12 Anm. 57.

⁵⁶ Das Gespräch fand am 11. Mai 1960 statt (TERMINKALENDER).

müßte unterschiedliche Beiträge zahlen, 2. müßte man bei den Ortskrankenkassen Karteien einführen. Die Solidarität wird durch nichts mehr gestört als durch eine Krankenscheingebühr. Nehmen wir an, sie bringt 150 Millionen. Dann sollte sie beitragsenkend wirken. Wenn ich den Beitrag senke, ist die die Solidarität störende Wirkung genauso, wie ich es gesagt habe.

Nun läßt sich beides verbinden, und zwar so, daß man damit bei dem Kompromißvorschlag bleibt, nämlich bei denjenigen, die über DM 1.250,- verdienen, das reine Kostenerstattungssystem vorzusehen, bei den Freiwilligen nicht die Selbstverwaltungsorgane, sondern jeden einzelnen entscheiden läßt, bei den Pflichtversicherten diese Möglichkeit aber zu den anderen noch einführt.

Was Herr Albers gesagt hat wegen der Lohnfortzahlung, müssen wir als Partei unter allen Umständen berücksichtigen. Dabei wäre die Idealvorstellung, daß der Lohn des Arbeiters im Krankheitsfalle voll weitergezahlt wird, also wie bei den Angestellten. Aber da müssen wir uns noch zu einem Kompromiß durchringen. Es wäre richtig, das Krankheitsrisiko vom wirtschaftlichen Sicherheitsrisiko zu trennen. Aber dafür ist die Zeit noch nicht reif. Jedenfalls sollten wir bei unserer Lösung diesen Weg nicht verbauen.

Adenauer: Erlauben Sie mir ein Wort, weil Herr Stingl gesagt hat, daß auf dem Ärztetag etwas anderes gesagt worden sei über die Verhandlungen mit mir, als Herr Blank berichtet hat. Herr Blank hat diese Frage nur sehr kurz gestreift; aber es sind keine Gegensätze da! Wir haben die Kassenärztlichen Vereinigungen durch ein Gesetz geschaffen.⁵⁷ Wir haben in dem Gesetz bestimmt, daß die Krankenkassen ihre Verpflichtungen gegenüber dem einzelnen Arzt dadurch loswerden, daß sie an die Kassenärztlichen Vereinigungen zahlen. Also, das muß bleiben. Wir haben nur davon gesprochen, daß die Weitergabe des Honorars durch die Kassenärztlichen Vereinigungen eine leistungsgerechte Honorierung der Ärzte in sich schließen muß. Und das haben die Ärzte auch als richtig anerkannt.

Stingl: Ich buche das als einen großen Erfolg. (*Zuruf:* Na also!) Ich wollte nur sagen, daß es bei den Ärzten immer noch Bestrebungen gibt, eine Gesamtvergütung zu bekommen, weil das Wort in Berlin wieder gebraucht wurde.

Lünendonk: Ich möchte von vornherein sagen, daß die Kompromißlösung, wie sie von uns erarbeitet worden ist, sicherlich keine geniale Lösung darstellt. Ich habe den Eindruck, daß die geniale Lösung z.Z. im Volke nicht verstanden würde, sondern ich bin der Meinung, daß wir politisch vernünftig und sachlich klar die Dinge unserer Bevölkerung nahebringen müssen.

Meine Damen und Herren! Das Entscheidende, was für uns als Ausschuß und insonderheit für mich eine Rolle spielte, war das, daß die festgefahrene Situation im politischen Klima beseitigt und unter allen Umständen die sich anbahnende Berufsgenossenschaft zwischen der Ärzteschaft und den Gewerkschaften gesprengt

⁵⁷ Gesetz über Kassenarztrecht vom 17. August 1955 – BGBl I S. 513.

werden mußte. Deshalb habe ich auch händeringend in einem Brief den Herrn Bundeskanzler gebeten, doch die Initiative zu ergreifen, um das Klima nach der Richtung hin zu verbessern. 70.000 Ärzte mal 30.000 Patienten bedeuten Millionen. Sie wissen auch, was die Autorität des Arztes und sein Verhältnis zu den Patienten bedeuten. Deshalb war es von größter Bedeutung, mit den Ärzten zu irgendeiner vernünftigen Lösung zu kommen.

Ich bin dem Herrn Bundeskanzler und Ihnen, Herr Blank, sehr dankbar, daß nun dieses Klima nach der Richtung hin entscheidend verbessert worden ist und daß sich nun im ganzen gesehen die Lösungsmöglichkeiten abzeichnen, die für uns durchaus zufriedenstellend sein können.

Was die Gewerkschaften angeht, so hätte ich es für falsch gehalten, Einzelheiten mit ihnen zu besprechen; denn es steht fest: Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird, ganz gleich, welche Lösung von uns vorgeschlagen wird, jede Lösung ablehnen. (*Zustimmung.* – *Zurufe:* Sehr richtig!) Aus diesem Grunde bin ich der Auffassung, wir sollten zwar die Form wahren und informatorische Gespräche mit den Herren nach der Richtung hin führen, aber nicht Einzelheiten erörtern. Wir sollten uns das Gesetz des Handelns nicht noch einmal aus der Hand schlagen lassen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das sage ich ganz offen. Ich habe auch mit Vertretern des DGB darüber gesprochen, und diese sind geradezu betrübt darüber, daß es uns gelungen ist, eine solche Lösung zu finden. Gegen diese Lösung können sie keine Krawalle machen. Das ist das Entscheidende. Der DGB wird sich [!] im Sinne des Vorschaltgesetzes mit der SPD koalieren. Darüber müssen wir uns klar sein.

Ich habe alle Vorschläge, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind, gelesen oder studiert. Nun sage ich Ihnen, es gibt in der sozialen Krankenversicherung, in der Krankenversicherung schlechthin, keine allgemein befriedigende Lösung. Ich bin in Frankreich, in der Schweiz, in Holland, ja fast überall gewesen und habe die Dinge studiert. Ich sage Ihnen offen, wenn wir schon ein Krankheitskostenerstattungssystem machen wollen, dann müssen wir es konsequenterweise eines Tages in seiner Ganzheit durchführen. Daß Sie mit diesem System auf die Dauer gesehen die Mobilität zurückhalten, ist nach unserer Erfahrung – 35 Jahre habe ich Erfahrungen gesammelt – einfach nicht drin.

Sie können zwar durch eine Selbstbeteiligung das Selbstbewußtsein der Persönlichkeit und die Überschaubarkeit dessen, was bezahlt wird, besser herausstellen, aber insgesamt gesehen haben doch alle Experten – die ich persönlich kenne und auch in der Literatur – erklärt, daß auf die Dauer gesehen ein allgemeines Kostenerstattungssystem lediglich eine der Finanzierungsquellen darstelle. Das bedeutet im Effekt nun nicht, daß ich es ablehne, sondern ich bejahe es. Denn wenn es nicht da wäre, wäre der Kollektivbeitrag noch größer. Wir sollten aber diese Dinge nicht auf einmal machen.

Nun stehen wir wieder vor einer Wahl. 1957 waren wir in einer besseren Situation, als wir den sieben Millionen Rentnern eine ausgezeichnete Verbesserung ihrer Bezüge gegeben haben. Heute stehen wir vor einer entscheidenden Wahl, die wir gewinnen müssen. Wir sind in der Lage, etwas Ausgezeichnetes zu bieten, wenn

wir die ganz klaren Leistungsverbesserungen herausstellen, die auch die Ärzte, die Sozialausschüsse und auch die Wirtschaft schlechthin bejahen.

Ich bezeichne den Weg, den wir hier beschreiten wollen, als einen ersten Schritt in der konsequenten Fortentwicklung eines reinen Krankheitskostenerstattungssystems, wobei ich aber ganz offen, wenn Sie mich fragen würden, Herr Bundeskanzler, ob wir das noch vor 1961 ganz machen können, mit einem entschiedenen Nein antworten müßte. Das ist nicht durchführbar. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, sollten wir nicht so sehr darüber streiten, wer das Beste gebracht hat, sondern erklären, wir haben im Augenblick das praktisch mögliche, aber immerhin auf die Dauer noch einigermaßen zu verbessernde Gesetz auf den Tisch gelegt. Wenn wir uns hier einig sind, dann können wir entsprechend handeln.

Verehrter Herr Stingl! Ich spreche nicht nur politisch, sondern auch fachlich-sachlich. Es liegt einfach im Wesen einer sozialen Krankenversicherung – das muß ich Ihnen ganz deutlich sagen –, die in Wahrheit keine reine Versicherung ist, sondern etwas ganz anderes darstellt, daß derjenige, der weniger verdient und weniger bezahlt, im Hinblick auf die Sachleistungen viel zu hohe Leistungen bekommt, und der, der viel verdient und hohe Beiträge zahlt, an sich zu wenig bekommt. (*Albers*: Solidaritätsprinzip!) Das ist das Solidaritätsprinzip in der sozialen Krankenversicherung. Ich bin der Auffassung, daß diese Art nicht durch eine zu große Freizügigkeit oder Freiheit gestört werden kann. Also, eine gewisse Kontinuität an Reinheit und Sauberkeit im Prinzip müssen wir erhalten. Ich sehe allenfalls den ersten Schritt bei den freiwillig Versicherten. Unser Vorschlag bedeutet eine gewisse Schwächung. Das möchte ich nicht verschweigen. Ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die DM 15.000,- und mehr verdienen, an sich nicht in eine soziale Krankenversicherung, sondern in eine andere Versicherung gehören und nach dem Grundsatz des Äquivalenzprinzips ihren Beitrag bezahlen. Die private Krankenversicherung muß sich etwas einfallen lassen, um nach der Richtung attraktiv in ihren Tarifen zu sein. Lesen Sie einmal, was dort für Prämien verlangt werden. Aber der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, daß wir einen radikalen Bruch des Systems nach der Richtung herbeiführen. Ich habe seinerzeit auf dem Stuttgarter Parteitag die Dinge formuliert.⁵⁸

Auf die Frage, können wir nun diese ganze Reform machen, kann ich nur antworten: nur unter der Bedingung, daß sie in der Lohnfortzahlung einen Schritt nach vorwärts tut. Auch hier werde ich entsprechend meiner Stellung im Bundesausschuß handeln. Ich bin schon dazu übergegangen, einige vernünftige Vorschläge zu machen. Ich bin nicht der Meinung, daß es arbeitsrechtlich schon an der Zeit ist, eine klare Rechtsstellung und Gleichstellung zwischen dem Arbeiter und dem Angestellten vorzunehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine Möglichkeit der Annäherung zum Nettolohn gegeben ist, und zwar in der Kombination zwischen Krankengeld und Lohnzuschlag. Ich mache deshalb diesen Vorschlag, weil ich Rücksicht nehmen

58 CDU, 6. Bundesparteitag S. 135–138 und S. 198–200.

muß auf die Landwirtschaft, auf das Handwerk und auf die mittelständischen Betriebe schlechthin.

Vergessen Sie nicht, daß ich ein sehr starker Befürworter in der Fraktion war, daß bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Altersversorgung der Handwerker manche Dinge beseitigt worden sind, die für das Handwerk von dessen Standpunkt aus nicht als günstig beurteilt wurden. Das Gesetz ist verabschiedet worden trotz großer Bedenken seitens der Arbeitnehmergruppen.⁵⁹

Es handelt sich also um die Kombination von Krankengeld plus Lohnzuschlag bis zum Nettolohn, wobei ich offen sage, wenn man mich fragt, ob zwei oder drei Karenztage, das liegt nicht mehr drin. Aber beim blauen Montag sollten wir überlegen, ob da nicht noch ein Karenztag möglich erscheint. Das sage ich nicht nur für die Arbeiter, das gilt auch für die Angestellten, nur daß sie in einer anderen Situation sind. Das ist aber keine Abwertung in der Stellung.

Die SPD hat mit dem Mittelstand und mit der Landwirtschaft genau dieselben Schwierigkeiten wie wir – Gott sei Dank –, und sie ist nicht in der Lage, eine reine Lohnfortzahlung arbeitsrechtlich so zu vertreten, wie sie es gerne möchte, sondern sieht die sogenannten Ausgleichskassen vor. Und gegen diese sogenannten Lohnausgleichskassen müssen wir uns wehren. Wir können auf dem Wege der bisher bestehenden Kombination zwischen Krankengeld und Lohnzuschlag die Dinge durchaus technisch und finanziell sauber regeln. Wir sollten auch die vertrauensärztliche Aufgabe, die nicht im Sinne einer Kontrolle liegt, richtig sehen. Bei einer Lohnfortzahlung kommt der Arbeitgeber mit einem Kontrolldienst nicht aus. Wir sehen im vertrauensärztlichen Dienst nicht nur ein Kontrollorgan, sondern auch eine Aufgabe des Arztes, der seinem Arzttum gerecht wird, nämlich eine Zusammenarbeit, und zwar eine saubere Diagnose zu treffen und einen entsprechenden Therapieplan aufzustellen.

Ich möchte mich darauf beschränken, darf aber noch einmal kurz wiederholen: Es ist nicht das Klügste und Beste, was wir vorschlagen, aber es scheint mir z.Z. das – auch politisch – am besten Realisierbare zu sein.

Schmidt: Wir können die Debatte, ob oder nicht, abkürzen; denn die Frage ist nach meiner Auffassung gar nicht mehr gestellt. Die ist erledigt. Wir verhandeln in der nächsten Woche über die Vorlage der Sozialdemokratie. Das bedeutet also, wir haben nur noch die Alternative, entweder den Leistungsverbesserungen zuzustimmen oder aber diesem Kompromiß zu folgen, der erarbeitet worden ist. Nach meiner Auffassung stellt sich gar keine andere Frage mehr.

Daß mir dieser Kompromiß nicht gefällt, werden Sie mir ohne weiteres unterstellen. Ich hatte nämlich eine bestimmte gesellschaftspolitische Vorstellung einer Reform, die hier verwirklicht werden sollte. Aber diese Frage, ob es uns gefällt oder nicht, braucht jetzt nicht mehr gestellt zu werden, sondern wir stehen vor der Tatsache, nunmehr eine breite Einigung herbeiführen zu müssen. Wir glaubten vor

⁵⁹ Vgl. Nr. 10 Anm. 93.

den Ferien, diese Einigung bereits gefunden zu haben. Sie ist in einem ähnlichen Kreise vorgetragen worden, und die Fraktion hat zugestimmt.

Wir stehen jetzt nur noch vor der Frage, ob der Fraktion verständlich und klargemacht werden kann, daß die Lösung, die wir Ende Juni der Fraktion angeboten haben und die sie gebilligt hat, schlechter war und daß jetzt eine bessere Lösung gefunden worden ist. Das müssen wir der Fraktion noch klarzumachen versuchen. Im übrigen versuchen wir, uns mit diesem Kompromiß abzufinden. Alle, die ihn vertreten haben, erklärten übereinstimmend: Eine Ideallösung ist das nicht!

Ich sehe zwei Punkte, die möglicherweise kritisch werden können, die also Gegenstand der Beratung sein sollten. Es genügt nicht, daß wir einige, einen Schritt voran zu tun, sondern wir müssen wissen, wie und wie weit er sein soll. Das war auch damals der offene Punkt Ende Juni in der Fraktion. Auch darüber ist damals keine Verständigung erzielt worden. Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir in diesem sehr wichtigen materiellen Punkt zu einer klaren Richtlinie kämen.

Der zweite Punkt, den wir nicht übersehen dürfen, ist die Tatsache, daß in unsere Fraktion Frau Margot Kalinke⁶⁰ aufgenommen worden ist, die ihre ganz bestimmten Vorstellungen hat. Ich würde empfehlen, diese Frau insofern zu respektieren, daß man ihre ausgeprägte Ansicht vielleicht vorher ... (*Lünendonk*: Ist bereits geschehen!) Hoffentlich mit einigem Erfolg; denn ich verrate kein Geheimnis, daß Frau Kalinke in unserer Fraktion immer wieder Widerhall gefunden hat. Das ist der neuralgische Punkt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Brand⁶¹.

Brand: Ich möchte etwas zur Lohnfortzahlung sagen. Sie haben gehört, daß es in der CDU-Fraktion des Bundestages einen Unterausschuß gibt⁶², der zusammen von Herrn Horn und mir geleitet wird, der sich speziell mit dieser Frage befaßt. Er wird am kommenden Mittwoch wieder zusammentreten. Wir konnten dort für die Abgeordneten aus dem Arbeitskreis IV und dem Arbeitskreis II eine tragbare und vernünftige Kompromißlösung finden. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden.

Zu den Ausführungen von Herrn Albers muß ich folgendes richtigstellen: Der Regierungsentwurf zu dieser Krankenversicherungsreform, der schließlich die Grundlage unserer ganzen Verhandlungen und Besprechungen gebildet hat, sah keine Änderung der Lohnfortzahlung, wie sie im Augenblick existiert, vor. Es wurde von seiten unserer Arbeitnehmer der verständliche Wunsch – ich sage ausdrücklich, der

60 Margot Kalinke (1909–1981), leitende Angestellte; 1946–1949 MdL Niedersachsen (NLP/DP), 1949–1953 und 1955–1972 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1969–1971 Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU Niedersachsen. – Kurzvita in: Christdemokratinnen S. 204–211.

61 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), Prokurist; 1946–1969 Stadtverordneter in Remscheid (CDU), 1953–1969 MdB, 1960–1964 Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft der CDU/CSU-Fraktion.

62 Arbeitsgruppe „Lohnfortzahlung“. Materialien in ACDP VIII-003-027/2 und -005-092/3.

verständliche Wunsch – geäußert, wenn wir draußen eine echte Selbstbeteiligung, die der Gesetzentwurf vorsah, vertreten sollen, dann müssen wir den breiten Schichten der Versicherungsnehmer auch ein Äquivalent bieten können, und dieses Äquivalent sehen wir in einer Verbesserung der Lohnfortzahlung.

Wir haben dann die Dinge im Unterausschuß besprochen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß in dem jetzigen Kompromißvorschlag, der hier zur Annahme empfohlen wird, von einer echten Selbstbeteiligung im Sinne des Regierungsentwurfs wirklich keine Rede mehr sein kann. Praktisch handelt es sich um eine Erhöhung der Krankenscheingebühr. Trotzdem sind wir gerne bereit, auch unter politischen Gesichtspunkten, einen für beide Teile tragbaren Kompromiß zu erarbeiten.

Wenn der Kollege Albers wieder einmal auf den Zusammenhang mit dem DGB und mit der SPD hingewiesen hat, dann möchte ich ihm ganz klar sagen: Sie können mit dieser Argumentation natürlich jede, auch die extremste, sozialistische Forderung zur Annahme empfehlen! Sehr schlimm wäre es für den Wahlkampf, wenn die Vertreter der breiten Schichten und des Mittelstandes sowie der Industrie in unserer Fraktion sich nicht in der Lage sähen, diesem Gesetz zuzustimmen. Es wird meine Aufgabe im Ausschuß sein, dafür zu sorgen, daß wir zu einer vernünftigen Regelung kommen. Herr Lünendonk und ich haben umfangreiche Unterlagen und viel Material, aber wir sollten hier nicht in die Einzelheiten gehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sollen wir auf diese Einzelheiten noch eingehen bei der vorgerückten Zeit? (*Viele Zurufe:* Nein!) Dann hat das Wort Herr Katzer.

Katzer: Dieser Gesetzentwurf hat zwei Jahre lang die deutsche Innenpolitik buchstäblich vergiftet. Ich bin der Meinung, wir müssen heute eine klare Entscheidung treffen, und zwar in dem Sinne, wie es Kollege Lünendonk und die anderen Kollegen gesagt haben. Niemand ist voll befriedigt davon, aber es ist doch eine Lösung, die die Zustimmung aller beteiligten Gruppen gefunden hat. Ich möchte also meinen, wir sollten diesem Vorschlag zustimmen.

Eine Schwierigkeit gibt es noch in der Frage der Lohnfortzahlung. Wir können aber hier nicht, Herr Dr. Schmidt, Einzelheiten erörtern. Die Formulierung, die wir gefunden haben, lautet: Wir wollen einen Schritt weiterkommen. Das müßte das sein, zu dem wir uns heute bekennen. (*Zuruf:* Das ist aber wenig!)

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, Herr Schmidt, daß es sich dabei um eine Lösungsmöglichkeit handeln muß, die den berechtigten Belangen der mittelständischen Wirtschaft Rechnung trägt, d.h., daß wir diese Frage zu einer Lösung führen müssen, wonach die berechtigten Belange der kleineren und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden. Wir haben einen solchen Weg gefunden, über den wir uns noch in kleinem Kreise unterhalten können. Auch über die Details, von denen Herr Stingl gesprochen hat, können wir noch sprechen. (*Widerspruch und Zurufe:* Nein!) Ich meine nicht hier, sondern in einem kleinen Kreis. Hier sollten wir nur den Grundsatz festlegen über a) Krankenversicherung und b) Lohnfortzahlung.

Gerstenmaier: In der heutigen Sitzung spreche ich nicht gern. Ich habe das vorhin

nicht gerne getan, und ich tue es jetzt nicht gern. Ich möchte nicht in die Situation eines Mannes kommen, der sich urbi et orbi an diesem Tisch sagen lassen müßte, daß er zwar jederzeit bereit ist, schöne Reden zu halten auf Parteitagen und anderswo, daß er aber, wenn die Sache in der praktischen Wirkung nicht zum Klappen kommt, den Mund hält. In diese Situation möchte ich nicht kommen.

Ich sehe ein, Herr Albers hat zu einem sehr gefährlichen Argument politisch etwas Richtiges gesagt. Ich will heute nichts dazu sagen, daß mir der alte Entwurf lieber wäre, nachdem man so viel Zeit und Kraft darüber verschwendet hat, aber offenbar ist es nicht klargeworden. Ich sage nichts zur Selbstbeteiligung und auch nichts zum Kassenarztrecht, von dem ich nicht viel verstehe. Aber bei einem Punkt bedaure ich, daß Sie nicht härter sind. Wie ist es mit unserem Kontrollsystem bei der Fortzahlung des Lohnes?

Sie werden nicht davon ausgehen können, daß der Mensch in Deutschland so edel und gut ist, daß man darauf wird verzichten können. Ist das vorgesehen? (*Zurufe*: Ja! – Aber wir wollen nicht in die Einzelheiten kommen!) Aber das ist keine Einzelheit, sondern das ist eine Charakterfrage. Und deshalb greife ich sie auf. Es gibt noch andere Fragen bei der Lohnfortzahlung. Ich will nicht davon sprechen, aber diese Frage ist eine Charakterfrage, und sie steht einer christlichen Partei wohl zum Gesicht.

Stingl: Bei der Frage der Kontrolle, Herr Präsident Gerstenmaier, muß man berücksichtigen, daß es nach dem bisherigen System für den Arbeiter nur das Entweder-Oder gab. Er konnte entweder in den Betrieb gehen, und damit war er nicht krank, oder, wenn er krank war, durfte er nicht in den Betrieb gehen. Wir müssen berücksichtigen, daß bei einer Milderung der Bestimmungen auf die Dauer der Arbeiter hingehen wird – weil er nicht mehr aufs Krankengeld angewiesen ist – und leichtere Arbeit verrichtet. Das ist eine Sache der Fortentwicklung, die man nicht übersehen darf. Ein großer Teil der Verantwortung liegt hier beim Arzt. Ich habe dazu praktische Gedanken. Ich glaube, daß wir hier einen Schritt weitergehen müssen, daß wir nicht eine Krankschreibung veranlassen beim Arzt, sondern eine gerechte Beurteilung über die Arbeitsfähigkeit.

*Rüschemeyer*⁶³: Ich möchte als Arzt dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Blank außerordentlich dafür danken, daß es ihnen anscheinend gelungen ist, mit der Ärzteschaft und den verschiedenen Organisationen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Das halte ich für die Ärzteschaft, für die Partei und nicht zuletzt für unser Volk für einen Erfolg von großer Bedeutung.

Ich will auch nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur folgendes sagen: Die Selbstbeteiligung dürfen wir nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Faktors sehen, sondern sie ist zugleich auch ein Faktor der Gesundheit. Professor

63 Dr. Philipp Rüschemeyer (1895–1972), Arzt; vor 1933 Stadtrat in Berlin (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1947–1962 Vorsitzender des BV Osnabrück-Emsland, 1947–1960 stv. Vorsitzender und 1960–1962 Vorsitzender des LV Hannover.

Voges hat in Hamburg⁶⁴ gesagt: Ich habe in einer chirurgischen Klinik festgestellt, daß Knochenbrüche von Privatpatienten schneller heilen als von Kassenpatienten. (*Heiterkeit.*) Der Wille, gesund zu werden, ist von einer ungeheuer großen Bedeutung.

Adenauer: Lassen Sie mich einige Worte dazu sagen. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Blank am Beginn seines Referates gesagt hat. Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine die Wahl im äußersten Maße entscheidende Frage. Wenn die SPD mit ihrem Vorschaltgesetz kommt, können wir das nicht ablehnen. Und dann ist die SPD diejenige, die dem großen Kreis der Kranken dieses Geschenk auf den Tisch des Hauses legt. Wenn wir das nicht wollen – und wir dürfen das nicht wollen –, dann, meine verehrten Damen und Herren, müssen wir doch das Große im Auge behalten und uns heute darüber verständigen, ob der Kompromiß zu erreichen ist. Eine Kleinigkeit fehlt noch, das ist der blaue Montag; ich greife das auf, was Herr Lünendonk eben gesagt hat. Deswegen würde ich vorschlagen – wir können jetzt nicht in die Details gehen –, in der Fraktion an dieses Wort zu denken, nämlich einen Schritt nach vorwärts zu machen; so etwa war Ihr Ausdruck.

Nun käme die Frage – das muß ich eigentlich dem Fraktionsvorsitzenden überlassen: Welchen Ausdruck wünscht er lieber von uns, eine Empfehlung oder einen dringenden Wunsch an die Fraktion? Ich würde sagen, wir nehmen beides zusammen, nämlich einen dringenden Wunsch an die Fraktion, dieses Gesetz möglichst bald zu verabschieden, und wir empfehlen daher diesen Kompromiß. Sind Sie damit einverstanden? Ist einer anderer Ansicht? – Das ist nicht der Fall. Dann hoffe ich, daß die Fraktion tief beeindruckt ist von diesem einmütigen Votum des Bundesparteivorstandes.

Ehe wir nun zu Tisch gehen, lassen Sie mich die Sache mit dem Kollegen Dufhues zum Ende bringen. Ich habe in der Zwischenzeit vom Stenographen das bekommen, was ich gesagt habe. Ich habe folgendes gesagt, und zwar:

„Bundeskanzler Dr. Adenauer (zu Dufhues gewandt, der lächelte): Nehmen Sie die ganze Sache sehr ernst; denn Sie sind bei diesem Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner.“

Ich habe also nicht gesagt: gegen die Einheit der Partei ein Hauptgegner, gegen die Einheit an sich, sondern „bei diesem Kampf“, bei dem es sich um die Einheit der Partei handelte.

Und nun will ich auch noch sagen, worauf gestützt ich das gesagt habe. Ich habe hier einen Ausschnitt aus der „Kölnischen Rundschau“ vom 9. September dieses Jahres.⁶⁵ Da heißt es:

64 Vermutlich im Rahmen von Presseseminaren der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die im Juni 1960 in Bonn; Münster, Hannover, München und Hamburg abgehalten wurden. Vgl. Ärztliche Mitteilungen. Deutsches Ärzteblatt, 1. Oktober 1960, S. 1831f.

65 Vgl. Anm. 24.

„Düsseldorf, 8. September: Der Westdeutsche Rundfunk beabsichtigt, seine angekündigte Klage gegen das Bundespostministerium wegen der Errichtung von Sendeanlagen für das zweite Fernsehprogramm gemeinsam mit einer entsprechenden Klage seines Vorgängers, des Nordwestdeutschen Rundfunks in Liquidation, bei dem Verwaltungsgericht in Köln einzureichen. Dies teilte am Donnerstag der Vorsitzende des WDR-Verwaltungsrats, Innenminister Dufhues, vor Pressevertretern mit.“

Und aus dieser Notiz, Herr Dufhues, habe ich geschlossen – das ist, soviel ich weiß, das Letzte, was erschienen ist –, daß Sie, wenn Sie das den Pressevertretern mitteilen und nicht sagen, ich bin dagegen, damit einverstanden sind. Und da Sie 14 Tage vorher hier in diesem Raum gesagt hatten, ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen, war ich mehr als erstaunt, als ich das gelesen habe.

Dufhues: Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie mir Gelegenheit gegeben hätten, zu dieser Pressenotiz Stellung zu nehmen. Sie wissen aus langjährigen Erfahrungen, daß Pressenotizen nicht immer den Sachverhalt richtig wiedergeben. Ich kann Ihnen versichern, daß ich in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates einige Tage später – ich kann mich auf den Termin jetzt nicht festlegen – ausdrücklich eine Haltung eingenommen habe, die die Einreichung der Klage, im Gegensatz zum Nordwestdeutschen Rundfunk, verhindern sollte. Ich habe vor drei Tagen im Rundfunkrat über die Situation berichtet in Gegenwart von vielen Parteifreunden. Ich will die Namen nicht nennen. Ich habe ihnen eine entsprechende Empfehlung gegeben, die praktisch darauf hinausläuft, diese vom Standpunkt des NWDR absolut gerechtfertigte, aber aus politischen Gründen vielleicht nicht erwünschte Klage nicht zu verhindern. Ich habe auf Anfrage von zwei Personen und zwei Gruppen, die Sie gebeten haben, dem Aufsichtsrat der Deutschland-Fernsehen-GmbH beizutreten, beiden erklärt: Bitte, treten Sie bei; denn es mußte der Streit irgendwie bereinigt werden. Ich bin bereit, den Name der beteiligten Gruppe zu nennen. Alles das zeigt die Haltung, die ich eingenommen habe und die ich auch durchzuführen gedenke. Ich wäre also dankbar gewesen, wenn Sie mir diese Notiz gegeben hätten, um Stellung zu nehmen. Dieser Vorwurf, Herr Bundeskanzler, ist wohl das Härteste, was ein Vorsitzender anderen Parteifreunden auf den Weg geben kann.

Adenauer: Ich konnte von dieser Notiz nicht vorher sprechen; denn wenn Sie nicht so gelächelt hätten, dann hätte ich überhaupt nicht daran gedacht. (*Dufhues:* Ich habe über ganz andere Dinge gelacht; Herr Blumenfeld hat mich angelacht wegen etwas, was mit Ihrem Vortrag nichts zu tun hatte.) Darf ich feststellen, daß Sie sich nach wie vor auf den Boden der Tatsachen stellen? (*Dufhues:* Ich muß darum bitten, eine Erklärung abzugeben, die uns beiden die Möglichkeit gibt, eine Klarstellung herbeizuführen.) Ich darf die Frage stellen, ob Sie nach wie vor auf dem Boden der Tatsachen stehen. (*Dufhues:* Das ist doch selbstverständlich!) Wenn das der Fall ist, dann sind Sie nicht einer der Hauptgegner in diesem Kampf, der die Einheit der Partei gefährdet. Ich freue mich, daß das klargestellt ist. (*Dufhues:* Ich hätte es lieber gesehen, wenn Sie eine etwas positivere Erklärung abgegeben hätten!) Was soll ich denn sagen? Ich freue mich, daß Sie bei Ihrer damaligen Erklärung, sich auf den

Boden der Tatsachen zu stellen, geblieben sind, so daß infolgedessen der Vorwurf, daß Sie ein Hauptgegner bei diesem Kampf sind, der die Einheit der Partei gefährdet, nicht mehr gilt. (*Johnen*: Nein, daß Sie sich geirrt haben! – *Unruhe und Bewegung*. – *Johnen*: Daß er ein guter CDU-Mann ist!)

Wollen Sie nun noch tiefer in die Sache hineingehen, Herr Johnen? Wie hat sich denn Nordrhein-Westfalen in dieser ganzen Sache benommen? Ich will Ihnen sagen, Herr Johnen, ich war fest dazu entschlossen: Wenn die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen früher stattgefunden hätte, dann hätten Sie mich nicht gesehen! Ihr Ministerpräsident kommt überhaupt nicht mehr hierher. (*Unruhe und Bewegung*.) Ich sage das dem Herrn Johnen, weil er nun dazwischengeredet hat. (*Dufhues*: Ich habe den Ministerpräsidenten seit einem Jahr nicht mehr beraten in dieser Frage. – *Unruhe*.)

Ich schlage vor, nunmehr die Sitzung zu unterbrechen.

Pause von 13.15 Uhr bis 14.05 Uhr.

Adenauer: Sollen wir uns nicht etwas konzentrieren und zusammenrücken? Die müden Wanderer haben sich schon hinten hingesetzt. Ich nehme an, daß die Lücken hier am Tisch dadurch entstanden sind, daß die Fraktionsmitglieder das Haus verlassen haben.

Über Mittag hat eine Besprechung zwischen Herrn Dufhues und mir stattgefunden. Herr Dufhues hat mir die Gründe erklärt, die der Meldung der „Kölnischen Rundschau“ zugrunde gelegen haben, über die man im großen Kreis nicht sprechen konnte. Ich stehe nicht an zu erklären, diese Gründe waren mir nicht bekannt. Wenn sie mir bekannt gewesen wären, hätte ich das nicht gesagt, was ich eben gesagt habe; (*Beifall*) denn ich weiß, daß Herr Dufhues ein Mann ist, der treu und fest auf dem Boden der Partei steht. (*Dufhues*: Vielen Dank!)

Burgbacher: Zur Geschäftsordnung! Im Einvernehmen mit dem Herrn Innenminister Dr. Schröder würde ich es dankbar begrüßen, wenn wir das Parteiengesetz zuerst besprechen könnten.

Adenauer: Herr Kollege Schröder! Die Notstandsgesetzgebung ist so schnell erledigt, daß Sie noch rechtzeitig fortkommen. Herr Schröder, ich würde Sie bitten, nur das Wichtigste wiederzugeben, damit wir nicht in eine endlose Diskussion kommen.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Schröder: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Parteifreunde! Wir haben am kommenden Mittwoch auf der Tagesordnung des Bundestages drei Gesetze stehen: ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, was als Notstandsgesetz⁶⁶ bezeichnet wird

⁶⁶ Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 20. April 1960 (BT-Drs.

und einer Zweidrittelmehrheit bedarf sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat. Die beiden anderen, das Notdienstgesetz⁶⁷ und eine Ergänzung des an sich schon bestehenden Bundesleistungsgesetzes⁶⁸, sind einfache Gesetze.

Der Hintergrund der Gesetzesvorlagen ist der, daß ein Großteil unserer zivilen und auch unserer militärischen Verteidigung auf tönernen Füßen steht, wenn wir nicht den notwendigen Hintergrund in der Verwaltung haben und wenn es nicht Bestimmungen gibt, die es erlauben, vorsorgliche Maßnahmen für den Ernstfall zu treffen. Ich habe gestern abend eine sehr realistische Analyse eines Professors des Staatsrechts über die Bundesrepublik und die rechtlichen Bestimmungen gelesen, die ungefähr so lautete, daß wir an sich ein Wohlstandsstaat seien, der überhaupt nur existieren könne unter dem Schuttschirm der Alliierten. In demselben Moment, in dem wir nicht mehr den Wohlstand und nicht mehr die Alliierten hätten, müsse man überhaupt ganz neue Dinge machen, und es würden unsere verfassungsmäßigen Bestimmungen überhaupt nicht ausreichen. Deshalb brauchten wir uns mit einer Notstandsgesetzgebung gar nicht erst zu versuchen, weil die unter ganz anderen Bedingungen ins Leben getreten sei.

Ich erwähne das – das war übrigens eine prominente Stimme –, um zu zeigen, welche Art von schleichendem Defätismus tatsächlich in vielen Kreisen ist. Es ist schade, daß Kollege Strauß nicht mehr da ist. Die eigentliche Sorge, die wir haben, ist die: Wir sprechen viel zuviel über Geld und wie wir den Leuten zu noch mehr Geld verhelfen können. Darin erschöpft sich unsere Sorge. Aber bei dem Bemühen, den Zement für den Staat und seine Institutionen zu besorgen, sind wir bisher aus mancherlei Gründen sehr zögernd gewesen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß wir tatsächlich von alliierter Seite laufend gedrängt worden sind, dafür zu sorgen, unsere innenpolitischen Bestimmungen so auszuweiten, daß wir auf das Rückgreifen auf die Alliierten verzichten können. In diesem Sinne bitte ich das zu verstehen, was die Bundesregierung vorgelegt hat.

Die Frage der Realisierbarkeit muß man ganz nüchtern sehen. Ich fange mit dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes an, das für den Notstandsfall der Bundesregierung ganz bestimmte Befugnisse geben soll. – Herr Strauß ist wieder da. – Das ist ein Gesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Wir haben keine Aussicht, diese Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Die Lage stellt sich für die Sozialdemokraten – wir wissen das teils aus ihren öffentlichen Erklärungen, teils aus internen Informationen – etwa so dar: Sie wissen, daß der größere Teil der öffentlichen Meinung auf unserer Seite ist in dem Verlangen nach stabilen staatlichen Handhaben. Aber die Sozialdemokraten sind absolut entschlossen, dem Gesetz nicht zuzustimmen,

1800); Protokoll der 124. Sitzung vom 28. September 1960 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 47 S. 7174–7227. – Vgl. auch Anm. 27 sowie Nr. 21 Anm. 19.

67 Entwurf eines Notdienstgesetzes vom 26. April 1960 (BT-Drs. 1806).

68 Entwurf zur Änderung des Bundesleistungsgesetzes vom 23. August 1960 (BT-Drs. 2045). Vgl. Nr. 21 Anm. 18.

jedenfalls ganz sicher bis zur Bundestagswahl sich nicht zu binden. Sie kämpfen eigentlich nur darum, vor der öffentlichen Meinung nicht dazustehen als diejenigen, die die notwendige staatliche Sicherheit verhindert hätten, also gewissermaßen ein Kampf gegen das Zuschieben des Schwarzen Peters.

Ich sage offen, wenn ich Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion wäre, würde ich die Überlegungen, die man dort anstellt, etwa wie folgt zusammenfassen: „Meine lieben sozialdemokratischen Freunde! Das ist eine sicherlich wichtige Gesetzgebungsaufgabe. Wir können das erst machen, wenn wir selbst die Macht ergriffen haben im Jahre 1961. Wenn wir dann nicht genügend Kraft dazu haben sollten, können wir immer noch auf die CDU als Partner zurückgreifen, die ja sehr staats-treu ist und diese Dinge als notwendig bezeichnet hat. Sollten wir aber 1961 nicht gewinnen, dann sind wir immer noch in der Lage, solche Bestimmungen zu machen, und wir können sehen, was wir aus einer solchen Situation herausholen!“

Deswegen kann man mit aller Sicherheit davon ausgehen, daß es verlorene Liebesmüh wäre, den Sozialdemokraten auf diesem Gebiet etwa durch Konzessionen, die das Ganze nachher untragbar machen würden, entgegenzukommen.

Nun werden Sie fragen, warum wird denn eine solche Sache bis zur Bundestagswahl durchgekämpft, für die keine Mehrheit einstweilen in Aussicht steht? Die Antwort darauf ist klar. Diese Sache dient sowohl einem internationalen wie einem nationalen Alibi. International brauchen wir dieses Alibi einfach – ich darf auf den Deutschlandvertrag verweisen, womit wir das Äußerste getan haben –, um uns solche Befugnisse zu verschaffen. National brauchen wir es auf jeden Fall, um darzutun, daß wir äußerste Anstrengungen gemacht haben. Jeder in Deutschland weiß, wie sich die Bundesregierung verhielte, käme es zu einem Notstand in absehbarer Zeit. Die Befugnisse dazu würden wir entweder herleiten aus den Bestimmungen der Alliierten, oder wir würden sie zusätzlich oder gleichzeitig herleiten aus einem übergesetzlichen Notstand. Insoweit dient die Sache, die wir durch den Bundesrat bereits erörtert haben, auf jeden Fall einem notwendigen Zweck.

Ich darf an dieser Stelle ein kurzes Wort über den Bundesrat einschalten, ohne in das Detail der Auseinandersetzung zu gehen. Der Bundesrat bejaht, jedenfalls in seiner Mehrheit, die grundsätzliche Notwendigkeit, er hat aber eine ganze Reihe von Wünschen, die auf der Linie „stärkere Länderbefugnisse“ auch in diesem Falle liegen. Aber das brauchen wir nicht im einzelnen zu diskutieren, weil ich jetzt – zurückgreifend auf das, was ich gesagt habe – eine Verständigungsmöglichkeit mit der Linken nicht sehe, so daß die Verständigungsmöglichkeit mit dem Bundesrat einstweilen außer Betracht bleiben kann.

Es richtet sich also das Augenmerk in erster Linie auf diese beiden Gesetze: Notdienstgesetz und Ergänzung des Bundesleistungsgesetzes. Ich habe gemerkt, daß es einige unter unseren Freunden gibt, die Zweifel haben, ob man diese Gesetze nun im Blick auf die Wahl verabschieden soll. Ich glaube nicht, daß es irgend etwas bei den Wahlen geben wird, was uns in der Entschlossenheit, die Grundlagen unserer Sicherheit zu verbessern, ein Hindernis anlegen kann. Die Wahlen werden nicht

dadurch entschieden, weil wir zuviel an Sicherheit erstreben, sondern es wird sich bei den Wahlen eher als ein schwächender Faktor auswirken, wenn wir nicht mehr in der Rolle derjenigen stehen, die um jeden Preis zuerst Sicherheit zu erreichen versuchen.

Das Hauptbedenken bei diesem Notdienstgesetz scheint aus den Kreisen der Frauen zu kommen, nämlich die Frage, in welchem Umfange im Ernstfalle die Frauen zur Notdienstleistung herangezogen werden.

Das Gesetz sieht vor, daß Frauen über 55 Jahre nicht mehr herangezogen werden. Auch für die Mütter sind gewisse Ausnahmebestimmungen vorgesehen. Aber darüber im einzelnen zu sprechen, wäre jetzt verfehlt. Ich möchte generell sagen, daß wir ganz bestimmt in der Lage sind, diese Bestimmungen entsprechend zu formulieren. Wenn z.B. der Bundesrat sagt, nicht 55, sondern 50 Jahre, dann sind das alles Dinge, über die man sprechen kann. Aber sie sind weitgehend theoretisch; denn im Ernstfalle bedeuten diese Jahresgrenzen wirklich nichts anderes als Theorie. Sie können sagen, warum schreiben Sie überhaupt die Altersgrenze hinein? Das hängt damit zusammen, daß in einem Rechtsstaat solche Dinge nicht den Durchführungsbestimmungen überlassen bleiben können, was vielleicht ganz praktisch wäre. Aber nach unserem sehr strikten Grundgesetz müssen wir das stärker fixieren. Wir werden im Ausschuß jene Fixierung finden, die die Bedenken auf diesem Gebiete weitgehend ausräumt.

Was wird praktisch geschehen auf der Basis der Notdienstgesetzgebung? Wird man die notwendigen Kräfte gewinnen können, die im Verteidigungsfalle gebraucht werden? Wird man vor allen Dingen dafür sorgen können, daß überhaupt ein ernsthafter Hintergrund hinter den militärischen Apparat gesetzt wird? Ein Beispiel darf ich geben, was sehr anschaulich ist: der Nord-Ostsee-Kanal im Kriegsfall! Der Nord-Ostsee-Kanal wird betrieben von einem mehr oder weniger zivilen Personal, und wir haben heute gar keine Möglichkeit, den Betreffenden zu sagen, daß sie auch in einem Kriegsfall dazubleiben haben. Es muß aber möglich sein, schon heute festzulegen, daß an den und den Stellen in einem Ernstfalle diese oder jene Dienstleistungen zu verrichten sind.

Ich glaube auch nicht, daß das unser Publikum besonders erschüttern würde in seiner moralischen Haltung; denn wenn man eine Gesamtpolitik betreibt, die darauf hinausgeht, wirklich einen Apparat der Sicherheit aufzubauen, dann überwiegt die Vorstellung von der Effektivität dieser Sicherheit gegenüber irgendwelchen Bedenken, dabei persönlich herangezogen werden zu können.

Und da diese ganzen Dinge auf den Ernstfall ausgerichtet sind und niemand den Ernstfall will, aber jeder eine Vorkehrung dagegen wünscht, glaube ich nicht, daß wir auf größeren öffentlichen Widerstand stoßen werden. Bei diesem Notdienstgesetz und Bundesleistungsgesetz liegen wir mit dem Bundesrat in der Bejahung der Notwendigkeit durchaus auf einer Linie. Hier gibt es nur noch ein spezielles Problem, was die hier Anwesenden kaum ernsthaft interessieren dürfte – d.h. höchstens Herrn Blumenfeld als einem Mitglied des Bundesrates –, nämlich die Frage: Wie wird ein solcher Spannungszustand festgestellt, und durch wen wird er festgestellt? Aber das

sind Dinge, die wir nicht erörtern sollten. Wir können uns nur dafür aussprechen, daß solche Bestimmungen so gemacht werden, daß sie nicht sozial anstößig sind, daß sie im übrigen aber effektiv werden.

Das Resümee ist folgendes: Wir sollten der Öffentlichkeit diese drei Gesetze so vorführen am nächsten Mittwoch, wie ich es gesagt habe. Wir sollten die Verantwortung für die Zweidrittelmehrheit lassen, wo sie ist. Die Opposition hat bisher ihre Vorstellungen auf diesem Gebiete noch nicht in der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Wir sollten alle Kraft darauf verwenden, die beiden genannten Gesetze, nämlich das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz, so schnell und so reibungslos wie möglich über die Bühne zu bringen. Ich glaube nicht, daß dies eine große gesetzgeberische Frage ist, sondern daß wir die Sache in einigen Monaten erledigen können.

Adenauer: Ich denke, wir stimmen zu. Wir brauchen nicht in die Einzelheiten einzugehen, denn das ist Sache der Fraktion.

Schwarzhaupt: Ich möchte etwas dazu sagen. Ich stimme allem zu, was Herr Schröder über das Notstandsgesetz gesagt hat, auch insofern, als er die Vorstellung hat, daß dieses Gesetz nicht durchkommt, daß man aber damit rechnen muß, daß die Befugnisse zur Außerkraftsetzung bestimmter Verfassungsgrundrechte wie Art. 12 usw. im Falle eines äußersten Notstandes auf andere Weise in Anspruch genommen werden können.

Nicht zustimmen kann ich dem, was er über das Notdienstgesetz gesagt hat. Es ist zu überlegen, wie das gegeneinander abzuwägen ist. Wenn wir das Gesetz, das sehr unpopulär ist, in erster Lesung vorlegen, geben wir damit der SPD eine wunderbare Propagandaplattform, vor allem in bezug auf die Frauen. Vermutlich werden wir es im Bundestag gar nicht fertigkriegen, weil die Zeit nicht reicht. Und wenn es verabschiedet werden soll, scheint mir in diesem letzten Jahr vor der Wahl der Nachteil größer zu sein als der Vorteil, den wir mit diesem Gesetz haben. Ich glaube nämlich nicht, daß es in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Frauen, von der Seite her ankommen wird: Die Regierung tut hier etwas Wunderbares zur Sicherheit unseres Landes, sondern nach allen Erfahrungen, die ich bisher in Frauenkreisen gemacht habe, kommt es ganz anders. Das Gesetz wird angegriffen, weil es die Frauen über eine Grundgesetzbestimmung hinaus dienstverpflichten will. Im Grundgesetz steht⁶⁹: „Die Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden.“ Dieses Gesetz macht es aber möglich. Es ist im Grunde genommen, wenn es so bleibt, eine Grundgesetzänderung nötig. Diese Grundgesetzänderung ist nicht vorgesehen; aber das läßt sich vielleicht bereinigen.

Das zweite ist, daß die Regierung – anders kann das Gesetz nicht aussehen – ziemlich weitgehende Befugnisse zur zwangsmäßigen Heranziehung von Frauen in Friedens- und Kriegszeiten in Anspruch nimmt; z.B. lesen die Frauen aus diesem Gesetz mit Recht heraus, daß eine Frau, die vier Kinder im Alter zwischen einem

69 GG Art. 12 (3).

Jahr und zwölf Jahren hat und bei der zu Hause eine Großmutter ist, die für die Kinder kochen kann, verpflichtet werden kann, den ganzen Tag in einer Munitionsfabrik oder sonstwie in der Verwaltung, weit weg von ihrem Wohnsitz, zu arbeiten.

Das sind Dinge, die die Frauen zunächst sehr erschrecken, ja die selbst im Zweiten Weltkrieg nicht verwirklicht worden sind! Die Befugnisse, die für die Regierung in Anspruch genommen werden, gehen über alles das hinaus, was jemals verwirklicht worden ist. Das ist denkbar unpopulär und gibt eine Basis für eine Propaganda gegen uns. Selbstverständlich wird ein solches Gesetz nicht wohlwollend ausgelegt und nicht mit dem Gefühl aufgenommen, es muß alles zur Sicherheit getan werden, sondern es wird gehetzt damit. Ich bin der Meinung, daß wir bei der ersten Lesung uns Nachteile verschaffen, denen die Vorteile auf der anderen Seite nicht entsprechen. Erstens ist es sehr unwahrscheinlich, ob dieses Gesetz im Rechts- und Innenausschuß überhaupt durchgezogen werden kann bei der Belastung dieser Ausschüsse, und zweitens bin ich der Meinung, daß es in diesem Jahr nicht nötig ist, jedenfalls nicht so nötig, daß wir uns die Schwierigkeiten machen, die es mit sich bringen wird.

Adenauer: Ich möchte ein politisches Wort sagen. Nach meinem Gefühl hat auf die breiten Wählerschichten, die zu keiner Partei gehören, nichts so eingewirkt als die Behauptung, daß die SPD jetzt für die Landesverteidigung und für die NATO ist. Und wir werden, Frau Schwarzhaupt, sowohl in der Wahlpropaganda wie im Bundestag diesen Schwindel der SPD entlarven müssen, und zwar das, was den Gebrauch der nuklearen Waffen angeht. Dieses ganze Thema der nuklearen Waffen kommt auch im Bundestag vor. (*Schwarzhaupt:* Das halte ich für richtig!) Hier kann sich die SPD entlarven. Aber sehen Sie, Frau Schwarzhaupt, wie sieht denn die Welt aus, und wer kann die Verantwortung tragen? Es ist bald so, glauben Sie mir, daß wir in der Bundesrepublik einfach die Verantwortung für die Sicherheit des deutschen Volkes nicht mehr tragen können. Aber hier geht es nur um Geld, Geld und nochmals Geld. Das hat Herr Schröder eben sehr richtig gesagt. Jedoch die Sicherheit, die steht auf einer ganz dünnen Eisdecke, Frau Schwarzhaupt! Und ich bitte Sie, einmal zu überlegen, ob man das verantworten kann.

Von Hassel: Ich glaube, daß niemand das, was Frau Schwarzhaupt gesagt hat, auf die leichte Schulter nimmt; denn jeder weiß, wie sehr sich emotionale Dinge innerhalb der Frauen auswirken. Aber ich darf Ihnen sagen, Frau Schwarzhaupt, daß wir in Schleswig-Holstein sehr scharf sehen, wo wir stehen. Wir haben 160 km Zonengrenzen und eine offene Ostsee. Bei den letzten Manövern der deutschen Bundesmarine erschienen mitten in dem Manöver ein moderner russischer Kreuzer und moderne russische Zerstörer, die die Übungen beobachteten; sie sind dazwischengefahren und haben das Ganze fotografiert, und zwar drei Meilen vor unserer Küste. Wir wissen also, was los ist.

Wir haben nördliche Nachbarn, die alle sozialdemokratische Regierungen haben. Bei den nördlichen Nachbarn ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich jeder bei der Heimwehr beteiligt. Die nördlichen Nachbarn können auch Frauen heranziehen. Obwohl sie sozialistische Regierungen haben, sind diese Dinge dort eine Selbst-

verständlichkeit geworden. Vor zwölf Tagen war ich auf Einladung der Norweger in Oslo. Wir sind von den Norwegern und vom Hauptquartier der NATO dort oben voller Sorge gefragt worden: Was geschieht eigentlich bei Ihnen? Wenn jetzt etwas passiert, können Sie überhaupt nichts machen.

Z.Z. sind dort oben die großen NATO-Manöver mit 50.000 Menschen und 10.000 Fahrzeugen. Wir haben uns überlegt, ob nicht wegen des starken Regens die Manöver abgesagt werden sollten, weil einfach alles im Wasser ertrinkt. Aber wir haben gesagt, wenn wir absagen, dann triumphiert Chruschtschow. Die Sendungen des Ostens berichten Tag und Nacht über diese Manöver. Herr Schröder hat den Ostsee-Kanal genannt. Sie können aber nicht einmal eine einzige Walzmühle mit ihrem Besitzer heranziehen, wenn dieser nicht will. Ich kann nur sagen – auch wenn es höchst unbequem ist –, wenn wir hier nicht zu einer Ordnung kommen, dann wissen wir als Ministerpräsidenten oder Innenminister einfach nicht, wie wir im Ernstfall agieren sollen.

Zu dem, was Frau Schwarzhaupt angeführt hat, darf ich folgendes erwähnen. Ich habe Erfahrungen aus über zwei Dutzend Versammlungen mit Frauen, die unter dem Motto standen „Frauen fragen den Ministerpräsidenten“. Die Frauen haben mich alle gefragt nach der atomaren Bewaffnung. Ich habe ihnen gesagt, was es bedeutet, und die Frauen haben mir darauf einen Vorwurf gemacht, daß ich das nicht schon eher erläutert habe. Ich meine also, wenn wir das in geschickter Weise über das Fernsehen den Frauen sagen, werden wir auch diese Dinge meistern.

Der Herr Bundeskanzler hat das Problem mit einem Satz richtig behandelt. Die Sozialdemokraten erklären dauernd, daß sie auch für die Landesverteidigung seien. Jetzt sollen sie sich einmal dazu bekennen. Wenn sie sich nicht dazu bekennen, dann haben wir für den Wahlkampf eine gehörige Portion Munition gegen sie. Wir können sagen: Das ist die neue SPD; wenn es sich um die konkrete Verteidigung handelt, ist sie nicht mehr dabei. Unter vier Augen sagen die Sozialdemokraten, das Notstandsgesetz muß kommen, aber vor ihren Funktionären wagen sie nicht, darüber zu sprechen.

Die Verabschiedung des Gesetzes setzt eines voraus. Wenn es zur Abstimmung kommt, muß die CDU geschlossen dafür stimmen, und unsere Frauen dürfen nicht sagen: Wir sind dagegen. Auch die Frauen müssen dafür sein. Wenn wir geschlossen dafür stimmen, dann wirkt sich eine solche Geschlossenheit der CDU seit langer Zeit wieder einmal außerordentlich stark aus.

Krone: Ich habe Wert darauf gelegt, daß dieses Thema im Bundesparteivorstand besprochen wird, weil ich nicht so zuverlässig die Dinge sehe, wie es die Herren Schröder und von Hassel hier ausgeführt haben. Die Forderung der atomaren Aufrüstung ist auch mit unseren Frauen durchgezogen worden. Da habe ich keine Bedenken, und darum geht es auch nicht. Aber es geht um die Heranziehung von Frauen! Ich hätte es viel lieber gesehen, wenn wir die Sache vor drei Jahren gemacht hätten, aber nicht jetzt erst; denn dann wäre doch vieles anders geworden. (*Adenauer:* Dann lassen Sie doch die Frauen heraus!) Ich kenne das Gesetz im einzelnen nicht. Ich frage, gibt es nicht andere Wege, um gewisse Dinge festzustellen und sicherzustellen,

z.B. bei den Autos usw. (*Von Hassel*: Sie können das Auto beschlagnahmen, aber nicht den Fahrer erfassen!) Ich wollte den Bundesvorstand fragen, ob wir nicht mehrere Milliarden für Bunkerbauten usw. geben sollen. Ich weise darauf hin, daß es so leicht nicht sein wird. Die verantwortlichen Herren, auch Herr Kollege Strauß, sollten sagen, ob es in dieser Form gemacht werden muß oder ob man nicht noch ein Jahr daranhängt.

Adenauer: Herr Krone! Wir können nicht einmal die Leute verpflichten, bei den großen Elektrizitätswerken zu bleiben, um diese in Gang zu halten. Wenn die Leute nach Hause gehen, dann ruht eben alles. Wir können niemanden verpflichten. Das geht doch einfach nicht. Lassen Sie mal wirklich einen Spannungszustand kommen, dann muß man doch dafür sorgen, daß die lebenswichtigen und lebensnotwendigen Betriebe in Gang bleiben. Aber wenn Sie glauben, daß es mit den Frauen Schwierigkeiten gibt – ich habe eben ein Wort mit dem Kollegen Schröder gewechselt –, dann lassen Sie doch die Frauen heraus. Dann machen wir es im Jahre 1961 nach der Wahl. (*Heiterkeit.*)

Dufhues: Ich verstehe es gut, wenn der Herr Kollege Krone die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt stellt. Aber meinen Sie nicht, daß die gegenwärtige Fluktuation in der Außenpolitik für die Beurteilung dieser Frage besonders günstig ist? Das Verhalten Chruschtschows auf der Pariser Konferenz wirkt nach.⁷⁰ Auch die Überläufer der Volksarmee wirken ebenso stark, wenn es ausgenutzt wird. In der deutschen Bevölkerung ist wirklich die Sorge sehr groß, daß wir einem Angriff gegenüberstehen, dem wir nicht genügend ausgerüstet entgentreten können.

Wenn wir propagandistisch die Situation vorbereiten, wird die deutsche Bevölkerung im gegenwärtigen Zeitpunkt auch die Sache akzeptieren. Dazu gehört allerdings, daß wir auch die Praxis des kontinental-europäischen Auslandes und der sozialistisch regierten Länder heranziehen. Schweden und andere Staaten haben ungewöhnlich viel zur Vorbereitung der zivilen Verteidigung und des zivilen Bevölkerungsschutzes getan. Das muß in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen der deutschen Bevölkerung mitgeteilt werden. Es muß sich daraus die Frage ergeben, warum die Bundesregierung und der Bundestag auf diesem Gebiet nicht mehr getan haben. Ich glaube, die psychologische Situation ist augenblicklich als günstig zu bezeichnen, um die Gesetze vertreten zu können.

Zur Frage des Notdienstgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes schließe ich mich dem an, was Herr von Hassel und auch andere Redner gesagt haben. Frau Schwarzhaupt! Ich bin der Meinung, daß auch die Frauen es akzeptieren werden. Die Frauen vermissen nur eine klare und konsequente Führung in dieser Frage. Wenn wir mit klarem Willen diese Dinge durchziehen, so nehmen uns gerade die Frauen das ab; denn es dient doch zu ihrem Schutz.

⁷⁰ Vgl. Nr. 16 Anm. 16.

Einige Bedenken habe ich zur Frage des Notstandsgesetzes selbst. Wenn ich an die Erfahrungen aus dem Planspiel „Seydlitz“⁷¹ denke, dann bleibt immer wieder die Frage, ob nicht die Verabschiedung eines Notstandsgesetzes die Voraussetzung für einen sinnvollen Verteidigungsplan auf der NATO-Grundlage ist. Das ist die Auffassung, die General Speidel⁷² mir gegenüber zweimal nachdrücklich vertreten hat. Ich verstehe Herrn Schröder, wenn er Bedenken äußert hinsichtlich der Realisierbarkeit.

Ich darf auf die Bedenken hinweisen, die bestehen, aus einem Jus eminens – aus einem übergesetzlichen Notstandsrecht – diese Befugnisse herzuleiten. Das ist eine ungewöhnlich schwierige Frage für ein Volk, das eine solche Erschütterung des Rechtsbewußtseins erlebt hat wie das deutsche Volk in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus. Ich möchte auch mit allem Ernst darauf hinweisen, daß möglicherweise der Bundespräsident, an dem die Bundesregierung bei der Auslösung eines Notstandes nicht vorbeigehen kann, bei der Inanspruchnahme eines übergesetzlichen Notstandsrechts vielleicht Bedenken anmelden wird.

Ich halte es aber für notwendig, ein positives Notstandsgesetz zu verabschieden. Wenn es an der Haltung der SPD scheitert, dann wird die deutsche Bevölkerung verstehen, daß die Bundesregierung zu jenen Möglichkeiten greift, die aus einem übergesetzlichen Notstandsrecht hergeleitet werden können. Aber dazu scheint mir Voraussetzung zu sein, daß die SPD in ihrer ganzen Breite mit allen politischen Mitteln vor der gesamten Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt wird. Es scheint mir auch notwendig zu sein, um die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Befugnisse zu schaffen, um die es geht.

Ich darf kurz eingehen auf die übrigen Notstandsgesetze und die besondere Situation der Innenminister in den Ländern, insbesondere von Nordrhein-Westfalen. Wir Innenminister stehen vor der Tatsache, den zivilen Bevölkerungsschutz und die zivile Verteidigung vorzubereiten. Wenn nicht die Gesetze, von denen Herr Schröder gesprochen hat, bald verabschiedet werden, bleibt alles Stückwerk; denn wir können nicht die einfachsten Voraussetzungen schaffen, die notwendig sind, um einen Schutz vorzubereiten. Es hieße verantwortungslos handeln, wenn man vor den Schwierigkeiten kapitulierte. Ich weise mit allem Ernst darauf hin, daß die Bundesregierung und die Länder in eine verzweifelte Situation geraten, wenn diese Gesetze nicht verabschiedet werden. Wir sollten das tun, was einfach unsere Pflicht ist. Das wird uns von der Bevölkerung immer noch abgenommen.

Hoogen: Zu dem Notstandsgesetz möchte ich sagen, es handelt sich [nicht] um den Art. 48 der Weimarer Verfassung. Herr Schröder hat darauf hingewiesen, daß es mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß. Welche Konzeption müssen wir nun

71 Vermutlich nach dem preußischen General Friedrich Wilhelm Frh. von Seydlitz (1721–1773), Reitergeneral Friedrichs des Großen, Siege bei Roßbach 1757 und Zorndorf 1758.

72 Dr. Hans Speidel (1897–1984), General; 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 114 Anm. 17.

unserer Beratung im Rechtsausschuß zugrunde legen? Im Rechtsausschuß und in den anderen Ausschüssen beschließen wir mit einfacher Mehrheit. Wir hätten durchaus die Möglichkeit, vom Rechtsausschuß her eine Vorlage an das Plenum zu bringen und die SPD vor die Verantwortung zu stellen.

Die Konzeption der Bundesregierung ist vom Bundesrat abgelehnt worden, und der Bundesrat hat eine eigene Konzeption entwickelt; dort sind die Anträge der Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen angenommen worden. Diese Vorlage liegt uns als Bundesratskonzeption vor. Für uns als CDU stellt sich die Frage, sollen wir nun dieser Konzeption nähertreten oder nicht. Wir wollen nicht in einen Streit wegen dieser Geschichte mit den CDU-Ländern kommen. Aber das ist die Frage, die wir im Bundesvorstand erörtern und entscheiden müssen.

Ich bin dem Herrn Kollegen Dr. Krone dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, das hier zu sagen. Die Konzeption kommt nicht von den SPD-Ländern, sondern aus unseren Freundeskreisen. Die Frage lautet: Sollen wir mit einfacher Mehrheit vom Rechtsausschuß aus die Sache dem Plenum unterbreiten, oder sollen wir die Sache dilatorisch behandeln?

Mir ist bekannt, daß der Konzeption des Bundesrates Teile der SPD nicht abweisend gegenüberstehen. Wenn ich mir die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ansehe, so haben wir z.Z. 280 Stimmberechtigte. Zur Zweidrittelmehrheit sind 332 Stimmen notwendig. Im Bundesrat ist es so, daß die von der CDU regierten Länder 26 Stimmen haben. 28 Stimmen sind aber für eine Verfassungsänderung erforderlich. Die Sache ist also durchaus ernst. Ich möchte Sie bitten, uns zu sagen, welchen Weg wir nun gehen sollen. Über die staatspolitische Notwendigkeit brauche ich kein Wort zu verlieren. Allein vom nationalen Standpunkt aus ist es nicht zu begrüßen, daß wir noch auf Jahre hinaus ein alliiertes Notstandsrecht haben, zumal wir nicht wissen, welche Regierungen in Frankreich, in England und in den USA dieses Notstandsrecht handhaben werden. Diese Frage ist von so großer staatspolitischer Bedeutung, daß wir ihr nicht ausweichen dürfen.

Strauß: Wenn ich eine Antwort auf die Frage geben soll, die Herr Hoogen gestellt hat, so liegt das außerhalb meiner Kompetenz, nämlich darauf zu antworten, welche der beiden rechtlichen Möglichkeiten ergriffen werden soll. Ich meine, daß der Bundesminister des Innern der Sache näher steht. Wenn ich aber Frau Schwarzhaupt richtig verstanden habe, war ihre Frage eigentlich eingeschränkter als die Antwort, die erteilt worden ist. (*Zuruf:* Ja!)

Es bedarf wohl keiner Erörterung, daß es für ein Notstandsrecht nicht nur einer Verfassungsänderung, sondern auch einiger Gesetze bedarf, wie das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz. Es kämen noch einige weitere hinzu. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß wir zwei große Aufgaben im Ernstfall zu erfüllen haben, und zwar einmal – abgesehen von der Frage der inneren Sicherheit –, die deutschen und die alliierten Streitkräfte bewegungsfrei zu halten und zum anderen, das Überleben der Bevölkerung, soweit das heute überhaupt durch solche Mittel erfolgen kann, sicherzustellen. Daß diese beiden Aufgaben angesichts unserer militär-geographischen

Lage, angesichts der politischen Situation und angesichts der Entwicklung der Waffentechnik unabweisbar sind, bedarf überhaupt keiner weiteren Erörterung.

Man kann sehr wohl aus Ihrem Munde entnommen haben, Frau Schwarzhaupt: Warum gerade jetzt? Selbstverständlich gehöre ich zu denen, die immer schon die Meinung vertreten haben, je früher desto lieber, aber es hat keinen Sinn, in der Vergangenheit zu forschen, warum das Gesetzeswerk nicht eher vorgelegt worden ist. Hier möchte ich allerdings mit allem Ernst sagen, daß wir in einer kritischen Situation stehen und daß sich die Lage jede Woche, jeden Tag ernster entwickeln kann, als sie z.Z. ist. Sie wissen, was damit gemeint ist.

Wir verlangen von unseren alliierten Verbündeten, insbesondere von den drei Garantiemächten für Berlin, die moralische und die materielle Bereitschaft, notfalls mit bewaffneten Maßnahmen die Freiheit Berlins zu erhalten. Bewaffnete Maßnahmen kann nur derjenige ernsthaft anwenden und die damit unter Umständen abschreckende Wirkung ausüben, der die moralische und materielle Bereitschaft dazu glaubhaft machen kann. Darüber gibt es keinen Zweifel. Und wenn wir selbst nicht die moralische und materielle Bereitschaft haben und sie auch nicht glaubhaft machen können, dann wäre es an sich besser, wir würden ehrlich zugeben, daß wir nicht bereit sind, für Berlin ernsthaft das Risiko einzugehen oder gar militärische Maßnahmen zuzulassen.

Wir bräuchten es offen nicht zuzugeben, wir könnten diesen Bluff noch fortführen, aber es hätte keinen Sinn, sich über das kurz oder lang kommende Ende dieser Illusion irgendwelchen Selbsttäuschungen hinzugeben. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun weiß der Herr Bundeskanzler und mit ihm der Innenminister und einige andere Persönlichkeiten, daß vor nicht langer Zeit die Alliierten – der Vertreter von Norstad⁷³, begleitet von drei Beobachtern – wieder einmal bei mir vorstellig geworden sind. Die Fragen, die sie mir gestellt haben, sind mir auch vor wenigen Wochen im State Department gestellt worden, und zwar beide Male weniger in Form einer Frage als vielmehr in Form eines Vorwurfes. Sie lautete: Nehmt Ihr es überhaupt ernst damit? Wir sehen bei Euch seit Jahren trotz unseres Drängens keinen ernsthaften Ansatz, Eure Verfassung in einen Zustand zu bringen, damit überhaupt militärische Maßnahmen in Betracht gezogen werden können. Wir können von den Alliierten nicht verlangen, mehr Bereitschaft zu zeigen, dieses Risiko einzugehen, als Ihr selbst durch klare und sichtbare Maßnahmen aufbringt!

Ich glaube, daß ich es noch nicht einmal so deutlich wiedergebe, wie es tatsächlich gesagt worden ist. Darum bin ich der Meinung, wenn wir es bisher nicht gemacht haben, so ist das kein Anlaß, in der gegenwärtigen Situation zu sagen, dann können wir auch noch ein Jahr oder zwei Jahre damit warten. Ich möchte die Meinung vertreten, ohne den außenpolitischen Experten oder Propheten vorgreifen zu wollen, wir alle haben das Gefühl und Anhaltspunkte dafür, daß die Berlin-Krise um die Zeit der

⁷³ Vermutlich General Sir Richard N. Gale, der allerdings als stv. Oberbefehlshaber für Europa von General Sir Hugh Stockwell im September 1960 abgelöst wurde (AdG 1960 S. 8473).

amerikanischen Präsidentschaftswahlen herum oder jedenfalls im Laufe des Winters 1960/61 einem neuen Höhepunkt zutreibt.

Herr Chruschtschow hat sich soweit vorgewagt, daß er nicht einfach die ganze Berlin-Sache, ohne sein mühsam erworbenes Prestige im Innern der Sowjetzone zu gefährden, sang- und klanglos abblasen kann. Es wird hoffentlich nicht militärischer Maßnahmen bedürfen, wohl aber gehören kalte Nerven und eine aufmerksame Vorbereitung und Beobachtung dazu, wenn wir hier mit einer vernünftigen Lösung auf lange Sicht und nicht nur wiederum für kurze Zeit aus der Krise herauskommen wollen.

Darum glaube ich, daß die Frage, warum gerade jetzt, sehr wohl mit hieb- und stichfesten Argumenten bejahend beantwortet werden kann. Nur muß Herr Schröder noch begründen, warum auch die Frauen einbezogen werden müssen. Sie sind für bestimmte Dienstleistungen vielleicht erforderlich. Vielleicht hätte Ihre Frage auch so verstanden werden können, ob man die Frauen herausnehmen könnte. Ohne das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz ist es nicht möglich, die alliierten und die deutschen Streitkräfte bewegungsfähig und kampffähig zu erhalten; es ist auch nicht möglich, die Maßnahmen für das Überleben der Bevölkerung gegen die Folgen eines möglichen militärischen Konflikts zu treffen.

Zur praktischen Seite! Es handelt sich einmal um die wahlpolitische Seite. Es handelt sich um das, was der Herr Bundeskanzler sagt, daß die SPD ihr Ja zur Landesverteidigung durch ein großes Betrugsmanöver gegenüber der Öffentlichkeit glaubhaft machen will, ohne aber die lästigen und leidigen Folgen des Bekenntnisses zur Landesverteidigung auf sich zu nehmen. Sie versucht damit, gewisse Wählergruppen anzusprechen, die sich bisher wegen der Lösung der Sicherheitsfrage mehr zur Regierungspolitik bekannt haben, ohne ihr ideologisch oder weltanschaulich unbedingt von vornherein nahezustehen.

Wir müssen es der SPD unmöglich machen, ihr Ja zur Landesverteidigung durch die allgemeine Phraseologie des Herrn Brandt glaubhaft zu machen. Sie soll durch konkrete Taten den Mut beweisen und – entschuldigen Sie das offene Wort – zur Kasse treten. Das allerschlimmste wäre, jetzt die Gesetze hängenzulassen und sie während des Wahlkampfes zum Gegenstand der Auseinandersetzung nicht erledigter Entscheidungen zu machen. Wir haben immer wieder erlebt, daß sich politische Entscheidungen zum Teil unangenehmer Art, die hängenbleiben und sich über Jahre hinaus in der Diskussion hinziehen, immer negativer auswirken, als wenn man einfach den Gordischen Knoten durchhaut und eine tragbare Lösung schafft; denn solange etwas in der Luft hängt, wird es negativ ausgedeutet, aber wenn man es durchsetzt, werden sich die positiven Seiten bemerkbar machen.

Daß wir leider die Presse gegen uns haben in allen Ländern, das steht außer Zweifel. Die SPD hat in dem Aufsatz von Merten⁷⁴ im „Vorwärts“ erklärt: Die Regierung tut alles für die militärische Verteidigung, aber für die zivile Verteidigung

⁷⁴ Hans Merten: Wehrpflicht und Notstand. Die neuen Gesetzesbestimmungen weisen einen

geschieht nichts. Wir Sozialdemokraten fordern die Parität von militärischer Verteidigung und von ziviler Verteidigung. – Nun wollen wir sie bei der Debatte im Bundestag festnageln, wie für sie konkret die Parität von ziviler und militärischer Verteidigung in Wirklichkeit aussieht. Wenn sie das nicht durch ein klares Ja honoriert und realisiert, dann ist es unsere Aufgabe, vor der Öffentlichkeit, angefangen vom Bundestag bis zur letzten Wahlversammlung, zu zeigen, daß das Ja zur Landesverteidigung nichts anderes ist als das, was sie seit Jahr und Tag treibt, nämlich ein aufgelegter Schwindel. (*Krone*: Dann werden sie sagen, wir verlangen fünf Milliarden für den zivilen Luftschutz!)

Jochmus: Ich möchte zu den Ausführungen von Frau Schwarzhaupt etwas sagen. Wir Frauen von der CDU sehen die Notwendigkeit durchaus ein, wir sehen aber mit Besorgnis, daß z.B. Frau Lüders eine Riesenkampagne entfacht. Sie hat einen großen Einfluß in allen Frauenorganisationen. Der DGB entfacht auch eine Kampagne, genau wie es bei der Krankenversicherung gewesen ist. Deshalb werden wir große Schwierigkeiten bei den Frauen für die Wahl haben. Frau Schwarzhaupt meinte, daß wir das Gesetz nicht mehr fertigkriegen. Und wenn es so ist, dann haben wir die Situation, wie sie Herr Strauß eben geschildert hat. Wer garantiert uns, daß wir es noch fertigbringen? Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, daß wir einen anderen Weg gehen können. Das wäre wohl richtiger.

Adenauer: Frau Jochmus! Die Sache ist doch schon durch den Bundesrat gegangen. Sie kommt also unweigerlich ins Plenum in der nächsten Woche. Es handelt sich darum, ob wir es hängenlassen oder verabschieden.

Jochmus: Es muß aber klar erläutert werden von der Regierung für die Frauen, damit sie wissen, was darunter zu verstehen ist; denn die Frauen haben falsche Meinungen darüber. Sie müssen wissen, daß sie nicht reine Militärarbeiten verrichten, daß sie nicht in Uniform kommen, nicht in Kasernen usw. Hier muß ein Aufklärungsfeldzug einsetzen.

Schröder: Es hat sich in der Diskussion herausgestellt, daß es zwei Probleme gibt. Das erste ist die Frage, ob und wie die Frauen in diesem Entwurf eines Notdienstgesetzes behandelt werden. Ich möchte sagen, daß hier von den Frauen nichts verlangt wird, was nicht auch für andere vergleichbare Länder gilt. In unserer Situation können wir der deutschen Frau das auch zumuten, was andere Länder im NATO-Verband – zunächst einmal auf dem Papier – den Frauen zumuten. Im Ernstfall halten die Jahresgrenzen, die wir einführen, ob 50 oder 55, nicht stand. Es gibt eine gewisse Differenz zwischen dem Verteidigungsministerium und uns in der Frage, im Verband der Streitkräfte oder nicht. Das Verteidigungsministerium wird im Ernstfall einen riesigen Bedarf an Telefonistinnen, Krankenschwestern usw. haben.

gefährlichen Weg. In: „Vorwärts“ vom 1. Juli 1960. – Hans Merten (1908–1967) Pfarrer; 1951–1967 MdB (SPD), 1953 Vizepräsident des Verbandes der Heimkehrer, Präsident des Deutschen Kameradenwerks, 1957–1963 stv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, 1965–1967 MdEP.

Das wird übrigens durch Freiwillige geschehen; aber man wird nicht darauf verzichten können. Deshalb besteht die Frage, wie man dieses Problem regeln soll. Darüber mag gesprochen werden.

Ich würde vorschlagen, daß wir in der nächsten Woche sagen, daß die Bundesregierung bereit ist, in Verbindung mit den Ausschüssen zu prüfen, ob die jetzt vorgesehene Regelung für die Frauen nicht stärker modifiziert werden kann. Ich kann auf den Bundesrat abheben, und man kann noch ein Stück weitergehen. Das würde alle berechtigten Ansprüche – wenn man sie so nennen will – so weit mildern, daß unsere Anhängerschaft keine Schwierigkeiten mehr machen dürfte.

Wenn wir uns über diese Dinge klar sind, will ich gern die Brücken schlagen zu dem, was die Kollegen Hoogen und Dufhues gesagt haben. Zu den Ausführungen von Herrn Hoogen muß ich etwas klarstellen. Es kommt nicht so sehr darauf an, welche – ich drücke mich grob aus – Befehlsbefugnisse wir für den Ernstfall haben. Im Ernstfall wird die Regierung jede Befugnis wahrnehmen, die überhaupt nur denkbar und möglich ist. Aber es nützt mir nichts, wenn ich mich im Ernstfalle hinstelle und Befehle gebe, aber kein Mensch reagiert darauf, weil eben die Voraussetzungen fehlen, die ich haben muß, um meine Befehle in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Deshalb ist es in mancher Beziehung viel wichtiger, diese Bestimmungen zu haben, von denen wir glauben, daß sie mit einfacher Mehrheit herbeigeführt werden können, mit denen wir aber das Ganze vorbereiten können. Und das ist viel wichtiger als die Befehle, die wir im Ernstfall etwa werden geben können. Deshalb sind die Vorbereitungsgesetze in Wirklichkeit die entscheidenden Gesetze.

Ich bin davon überzeugt, daß wir jetzt keine Chance haben, das Zustimmungsgesetz, das einer verfassungsändernden Mehrheit bedarf, in einer Form durchzubringen, von der wir sagen können, daß sie im Ernstfall wirklich geeignet ist. Das gilt auch für die Vorschläge, die der Bundesrat gemacht hat. Im Bundesrat ist es eigentlich Bayern gewesen, das den Vorschlag entwickelt hat, dem die Mehrheit der Länder beigetreten ist. Er sieht vor die Verkündung des Notstandes durch eine einfache Mehrheit des Bundestages. Diese einfache Mehrheit des Bundestages soll ihn genauso ausrufen wie auch aufheben können, so daß Anfang und Ende innerhalb der Befugnisse des Bundestages liegen. Kann der Bundestag nicht, dann muß es der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung tun.

Was sagt der Bundesrat? Er sagt 1. Bundestag, 2. Bundesrat. Klappt das nicht mehr, dann soll ein spezieller Notstandsausschuß, der aus Mitgliedern des Bundestages und der Länder zusammengesetzt ist, eintreten. Das ist aber für eine Situation, in der sehr schnell gehandelt werden muß, eine etwas schwierige Geschichte. Der Bundesrat schlägt vor – ich gebe es ganz grob wieder, aber in der Kontur ist es richtig –, daß bei Notverordnungen, die erlassen werden, der Notstandsausschuß eingesetzt werden kann, d.h., daß man an die Stelle eines größeren parlamentarischen Gremiums ein kleines setzt, das speziell zu den Dingen Stellung nimmt.

Wenn aber eine Sache sicher ist, dann ist es die, daß nach aller Erfahrung in der Geschichte jede Notstandssituation nicht mehr eine Parlamentssituation ist, auch

nicht mehr eine Ausschußsituation, sondern daß sie wirklich das Stehen und Fallen der Exekutive bedeutet. In einer solchen Situation kommt es darauf an, daß die Bundesregierung mit den in den Ländern noch aktionsfähigen Einheiten den besten Kontakt hat, ohne daß die Sache noch einmal einen parlamentarischen Charakter – so wertvoll er auch ist – haben kann, weil wirklich sofort gehandelt werden muß und leider nicht mehr debattiert werden kann.

Deswegen glaube ich, daß die Vorschläge, die der Bundesrat macht, unpraktisch sind und deshalb nicht durchgeführt werden können. Herr Hoogen hat angeregt, man solle festlegen, wieweit man von den Vorschlägen des Bundesrates Gebrauch macht. Ich glaube, wie ich die Situation der SPD einschätze und nach allem, was man von ihr hört, daß sie es einfach nicht tun wird. Das ist eine Aufgabe, die nach meiner Meinung über unsere parlamentarische Kraft geht. Es verbleiben nur noch neun Monate. Wir sollten daher das ganze Problem vorlegen, aber davon realisieren, was wir mit unseren eigenen Kräften machen können.

Blumenfeld: Es ist schwer, in Unkenntnis der Regierungsvorlage im einzelnen etwas dazu zu sagen. Das möchte ich auch nicht, sondern zur staatspolitischen Notwendigkeit einige Ausführungen machen. Ich gehöre zu denen, die die Worte von Frau Schwarzhaupt sehr ernst genommen haben. Ich habe viel Verständnis dafür, was sie hat sagen wollen, was ja Herr Strauß dann richtig charakterisiert hat.

Das Problem liegt eigentlich tiefer. Ich möchte es mit einem anderen Wort aussprechen. Es scheint doch so, als ob wir in unserem Vaterland, in der Bundesrepublik, unser nationales Bewußtsein nur noch bei Fußballendkämpfen und bei den Olympischen Spielen empfinden. Ich halte es daher für erforderlich, daß unsere Partei und dieser Staat – den sie im wesentlichen aufgebaut hat – der ganzen Öffentlichkeit dokumentieren, wie absolut notwendig diese Gesetze für die Verteidigung des Vaterlandes sind. Die Modifizierung, von der Herr Schröder gesprochen hat, erachte ich als zweckmäßig, und es ist notwendig, daß sie auch vorgetragen wird. Wir müssen uns dazu bekennen.

Dabei müssen wir das aufgreifen, was der Herr Bundeskanzler heute morgen sehr richtig gesagt hat, als er an das absolut fehlende Verantwortungsgefühl in den breiten Schichten der Bevölkerung appellierte. Das Volk wird nicht dazu aufgefordert, ein echtes Staatsbewußtsein und Nationalgefühl zu entwickeln.

Krone: Ich begrüße die Worte des Herrn Innenministers, daß er wegen der Frauen eine Nachprüfung vornehmen lassen will. Ich möchte aber bitten, mir nicht zu unterstellen, daß mir das nationale Bewußtsein ermangele. (*Zuruf:* Nein!) Gut! Darum geht es nicht. Ich habe nur die Frage gestellt, warum erst jetzt. Ich habe weiter gesagt, man soll überlegen, ob man nicht andere Wege gehen kann. Ich habe mich z.B. darüber gefreut, daß die Volkszählung durchgeführt wird. (*Schröder:* Ist noch nicht beschlossen, aber sie soll sein!)

Herr Bundeskanzler! Sie haben von einer Fernsehübertragung gesprochen; ich weiß den Namen nicht mehr. (*Zurufe:* Verwirrung im Quadrat!) Es war eine Sendung, die von sieben bis acht Millionen Menschen gesehen worden ist. Ich will damit nicht

die Debatte um das Fernsehen wieder eröffnen, aber ich habe die Befürchtung, wenn wir nicht auch ein Fernsehen machen, daß mit solchen und ähnlichen Sendungen alles kaputtgemacht wird für die Wahl. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun zu den Gesetzen! Zur Notstandsgesetzgebung würde ich auch sagen, was Herr Schröder ausgeführt hat, nämlich generell das zu machen, was gemacht werden muß. Darüber soll noch einmal in kleinerem Kreise sehr sorgfältig gesprochen werden; denn wir müssen die Wahl unbedingt gewinnen, damit wir es nachher auch noch machen können. Ich bin wohl richtig verstanden worden!

Adenauer: Sie sind richtig verstanden worden. Herr Schröder wird nächste Woche im Plenum des Bundestages die richtigen Worte finden, und zwar nach allen Richtungen hin, um zu beruhigen und um Verantwortung zu wecken, um das Verantwortungsgefühl zu stärken und auch um die Sozialdemokraten zu entlarven.

Dufhues: Herr Strauß hat vor dem Kabinett in Nordrhein-Westfalen die Auffassung vertreten, daß zur Ermöglichung der NATO-Verteidigungsbereitschaft die Verabschiedung eines deutschen Notstandsgesetzes notwendig sei. Ist das heute noch immer Ihre Meinung, und zwar sowohl von der NATO als auch Ihre?

Strauß: Dazu ein einziges Wort: Ja! Der Sinn meiner Ausführungen war nur ein Kommentar dazu. Ich habe nicht die geringste Einschränkung hinzuzufügen.

Adenauer: Ein klärendes Wort dazu! Wenn wir nichts tun, dann werden im Ernstfall die Besatzungsmächte handeln. Und dann müssen wir ihnen sagen: Das und das müßt ihr tun. Aber nun wollen wir doch, soweit wir es fertigkriegen, selber auch etwas tun. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Glauben Sie mir doch, wir verlieren draußen bei unseren Bündnispartnern – das ist eben mit Recht ausgeführt worden – immer mehr an Vertrauen darauf, ob wir wirklich bereit sind. Dabei stellen wir uns immer hin und sagen: Ihr müßt für Berlin sorgen, das ist eure Sache zuerst. Aber das versteht keiner mehr. Nun, ich will die Sache nicht weiter aufrühren, aber wir haben gestern im Kabinett sehr ernst darüber gesprochen. Ich hoffe, daß wir bei der nächsten Berlin-Krise gerüstet sind, daß wir etwas sagen und auch etwas tun. Wir sollten nicht immer wieder nur sagen: Hannemann, geh du voran! – Und nun können wir wohl zum Parteiengesetz übergehen.

PARTEIENGESETZ; WAHLGESETZ

Schröder: Zum Parteiengesetz kann ich mich sehr kurz fassen. Herr Burgbacher wird noch einige Details anführen. Das Parteiengesetz ist auch bereits durch den Bundesrat gegangen.⁷⁵ Es ist im Bundestag in erster Beratung behandelt worden und nun den Ausschüssen überwiesen. Bisher ist man nicht so recht an das Gesetz herangegangen, weil wir uns noch nicht darüber einig waren, in welcher Weise die finanziellen Fragen behandelt werden sollen.

⁷⁵ In der 210. Sitzung des Bundesrates am 23. Oktober 1959. Vgl. BR-Drs. 294/59 sowie BR Sten.Ber. 3. WP S. 164–178. – Vgl. auch Nr. 10 Anm. 65 und 85.

Das Parteiengesetz, wie es jetzt vorliegt, regelt im wesentlichen organisatorische Fragen, über die wir uns eingehend unterhalten und verständigt haben. Offen war die Frage, was finden wir für einen Aufhänger, um über dieses schädliche Karlsruher Urteil⁷⁶, das ich im übrigen auch für falsch halte, hinsichtlich der Spendenabzugsfähigkeit usw. hinwegzukommen, und zwar in dem Sinne, auf welche rechtliche Basis können wir die Finanzierungsfrage stellen.

Dafür war nun Herr Neuburger gebeten worden, der unter uns als derjenige angesehen wurde, der etwas Besonderes vom Finanzwesen versteht. Und nun ist Herr Professor Burgbacher in der Lage, die Gedanken zu entwickeln, denen ich zustimme und die wir auch im Ausschuß bei der Beratung des Parteiengesetzes durchsetzen wollen.

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, ehe ich zu meinem Antrag komme, einige kurze Vorbemerkungen. Sie erinnern sich, daß wir das Karlsruher Urteil bekommen haben und daß in diesem Urteil Spenden an politische Parteien als nicht mehr steuerlich abzugsfähig bezeichnet wurden. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts beruht im wesentlichen auf zwei tragenden Gedanken. Der eine Gedanke ist der, daß die Wirtschaftskraft der Wählerschaft so differenziert sei bei den Parteien, daß die Spenden als solche schlechthin den Ungleichheitscharakter in sich trügen. Der andere Gedanke ist der, daß durch die Progression in der Einkommensteuer die Vorteile für wirtschaftskräftige Spender ungleich höher seien, so daß der an sich gegebene Ungleichheitsfaktor dadurch noch besonders stark zum Ausdruck kommen werde.

Es ist müßig, hier etwa an diesem Tisch über das Urteil und seine Berechtigung zu debattieren. Es ist das Urteil des höchsten deutschen Gerichts, und es wird kein rechtsstaatliches Denken geben können, das sich kurzerhand über dieses Urteil hinwegsetzt. Dieses Urteil hat nun für die Parteifinancen, wenigstens für uns, aber auch für die FDP – ich will keinen Superlativ gebrauchen – schwer erträgliche Zustände geschaffen. Seit diesem Urteil ist die Finanzierung der Partei aus laufenden Zuschüssen nicht mehr gegeben.

Die Partei lebt finanziell z.Z. entweder von den angesammelten, eigentlich für die Bundestagswahl 1957 bestimmten Geldern oder von den Bundesmitteln dank des Antrages Stoltenberg⁷⁷, der zweifellos ein entscheidendes Verdienst, zum mindesten

⁷⁶ Vgl. Nr. 10 Anm. 65.

⁷⁷ Vermutlich im Haushaltsausschuß des Bundestages gestellt, vgl. dazu VON ARNIM, S. 56: „Vielmehr wurden die Mittel für die Subventionierung der im Bundestag vertretenen Parteien ohne gesetzliche Regelung schlicht in den Bundeshaushalt eingestellt, 1959 erstmals 5 Mio. DM jährlich. Dies geschah aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung im Haushaltsausschuß des Bundestages. Die Mittel waren als ‚Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien‘ deklariert. Ihre Verteilung war später zu erlassenden Richtlinien vorbehalten.“ (Sten.Ber. 3. WP Bd. 43 S. 3712 f.); TITZCK S. 27; vgl. auch Nr. 10 Anm. 127.

für die Überbrückungszeit, hat. Ich hoffe, daß er seinen 5-Millionen-Antrag⁷⁸ für die kommende Zeit noch erhöhen wird. Ohne diese Bundesmittel, denen jetzt einige Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen usw. durch gewisse Landesmittel gefolgt sind, wäre die Finanzierung des laufenden Apparates überhaupt nicht möglich gewesen.

Die Wirtschaft – ich will die Förderergesellschaft mit dem Wort „Wirtschaft“ zur Vereinfachung des Gesprächs bezeichnen – hat auf das Karlsruher Urteil natürlich völlig negativ reagiert. Ich muß hier ein Wort der Kritik sagen. Vorschläge wie beispielshalber: Wenn du bisher eine Spende von DM 50.000,- gemacht hast, mache jetzt eine von DM 25.000,- und zahle Steuer davon, kommen einfach nicht an, und zwar gegen jede Logik und gegen jede – ich bitte um Entschuldigung – politische Einsicht. Sie kommen eben nicht an!

Sie erinnern sich, daß aus dem Jahre 1954 noch ein Gutachten des Bundesfinanzhofes⁷⁹ – kein Urteil – vorliegt, wonach Berufsverbände 20 bis 25 % ihres Etats an Parteien geben können. Das wird nicht gehandhabt. Würde dieses Bundesfinanzhofgutachten von den Berufsverbänden gehandhabt, dann wäre – bei vorsichtiger Formulierung – die Finanzierung der Parteien wesentlich erleichtert. Man will aber – und besteht darauf – eine neue steuerrechtliche Regelung vornehmen.

Was ich jetzt sage, das ist bei der Wirtschaft Gutgläubigkeit. Wenn Sie einen Mann der Wirtschaft fragen, dann sagt er: Das Parteiengesetz liegt vor – er hat es natürlich nie gelesen –, und das steht doch wohl drin, und ihr habt die Mehrheit im Bundestag. Sollen wir uns etwa in die Gefahr begeben, daß in einem neuen Bundesverfassungsgerichtsurteil festgestellt wird, daß das Bundesfinanzhofgutachten von 1954 durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1958 überholt ist? Dann müssen wir die Steuern nachzahlen. Ihr wollt das Geld haben. Dann sorgt ihr für die gesetzliche Ordnung.

Welche gesetzliche Ordnung ist möglich? Ich muß Ihnen sagen, daß ich bis vor einem Jahr ein scharfer Gegner der Parteifinanzierung aus öffentlichen Mitteln war. Und nun muß ich erklären, daß ich das zur Hälfte nicht mehr bin! (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Nur zur Hälfte!) Meine Herren! Ich muß Ihnen sagen, daß ich der Auffassung bin, daß der laufende Bedarf der Partei, insbesondere der Besoldung der hauptamtlichen Mitarbeiter, einfach nicht mehr an der problematischen Finanzierung durch Spenden hängenbleiben kann, wenn wir nicht eine Korruption oder eine Minderung des Wertes unserer hauptamtlichen Mitarbeiter, die sich auf sehr unsicherem Boden fühlen, herbeiführen wollen.

Deshalb ist die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln mit den ersten fünf Millionen pro Jahr richtig. Aber ohne daß die Zahl vorliegt, kann ich sagen, ohne Verdoppelung dieses Betrages wird es nicht möglich sein. Auch werden die Länder pro Abgeordneten

⁷⁸ Vgl. VON ARNIM S. 56.

⁷⁹ Gutachten des BFH vom 17. Mai 1952 in: Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (BFHE) Bd. 56. Bonn 1953 S. 591–602.

und Jahr auf DM 5.000,- kommen müssen, wenn die laufenden administrativen Aufwendungen der Partei so gesichert sein sollen, daß unsere hauptamtlichen Mitarbeiter mit Vertrauen auf ihre Zukunft in die Dienste der Partei treten können.

Anders ist es mit Propaganda- und insbesondere mit Wahlmitteln. Hier bin ich heute noch der Auffassung, daß diese aus freiwilligen Spenden der Bürger finanziert werden sollen und daß wir eine Lösung anstreben müssen, die, wenn sie Ihre Billigung gefunden hat, auch in internen Verhandlungen die Billigung der zwei anderen Parteien finden sollte, damit eine Erweiterung des Parteiengesetzes möglichst ohne Diskussion durch den Bundestag gehen kann.

Zu diesem Zweck möchte ich konkret werden und folgende Ergänzungen zu dem vorliegenden Parteiengesetzentwurf⁸⁰ vorschlagen:

Im § 2 den Gemeinnützigkeitsfaktor noch zu definieren im Sinne des § 17 des Steueranpassungsgesetzes. Im § 5 Abs. 2 müßte dann allerdings eingefügt werden: Es handelt sich um die Geschäftsbetriebe als Teile der Partei. Denn für diese Geschäftsbetriebe gelten diese Gemeinnützigkeitsbestimmungen im § 2 nicht.

Im § 23 müßte in der Einnahmeliste noch aufgeführt werden: „öffentliche Zuwendungen“, die bisher in der Liste fehlen. Man würde vielleicht zur Ehre der SPD auch noch einfügen, daß Zahlungen aus dem Ausland besonders auszuweisen sind.

Im § 25 Abs. 1, wo von Parteibeiträgen die Rede ist – und jetzt kommen die Dinge, die unseren Freund Kessel⁸¹ besonders interessieren –, sollte eingefügt werden, daß 50 % des Parteibeitrages von der vom Mitglied zu zahlenden Einkommensteuer absetzbar sind.

Im § 25 Abs. 4 sollte eingefügt werden, daß Spenden mit einem einheitlichen Satz von 25 % des Spendenbetrages von der Ertragsteuer des Spenders abgesetzt werden. Herr Neuburger hält es für möglich, daß man für Spenden von juristischen Personen den Satz auf einheitlich 50 %, ohne gegen die Gedanken des Bundesverfassungsgerichts zu verstoßen, erreichen könnte. Ich selbst habe schwere Bedenken, ob wir dazu die SPD bekommen werden. Aber immerhin wird sich die SPD auch sagen lassen müssen, daß sie, wenn sie – im Gegensatz zu uns – ihr eigenes Godesberger Programm sehr ernst nimmt, dann nach diesem Programm näher an die Wirtschaft herangerückt ist, als sie zum Zeitpunkt des Bundesverfassungsgerichtsurteils herangerückt war. Was wir von diesem Programm halten, ist wieder eine ganz andere Angelegenheit.

⁸⁰ Vgl. Anm. 28.

⁸¹ Friedrich von Kessel (1896–1975), Mitgründer des BHE, 1951–1959 MdL Niedersachsen, 1951–1957 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident, 1955–1958 Bundesvorsitzender GB/BHE (1960 Parteiaustritt). – Der GB/BHE hatte am 15. Juni 1960 sowohl Organklage wie Verfassungsbeschwerde erhoben, weil der vom Haushaltsausschuß des Bundestages beschlossene Vertretungsschlüssel die nicht im Bundestag vertretenen Parteien nicht berücksichtige und somit gegen Art. 3 I GG verstoße (vgl. Hanns-Rudolf LIPPHARDT: Die Gleichheit der politischen Parteien vor der öffentlichen Gewalt. Berlin 1975 S. 457–465).

(Stoltenberg: Vielleicht hält sie selbst nicht viel davon!) Das müßte sie eigentlich erklären, wenn sie das widerlegt!

Diese Grundsätze sind besprochen mit dem Bundesfinanzausschuß unserer Partei, mit dem Kollegen Neuburger für den Steuerausschuß, mit dem Kollegen Wachter für die CSU, mit Bundesminister Schröder und mit Staatssekretär Hettlage⁸². (Adenauer: Und alle sind einverstanden? – Etzel: Nein!)

Herr Bundeskanzler! Was die Namen Neuburger und Wachter betrifft, so bin ich berechtigt, das Einverständnis zu erklären. Was Herrn Hettlage betrifft, so will ich im Geiste seines Chefs äußerst vorsichtig sagen, daß nach seiner Auffassung das zwar möglich sei, daß es aber ein Novum im Steuerrecht sei, einen Abzug von der Steuer ... (Etzel: Gesetzlich nicht einwandfrei sei!) Das hat er nicht gesagt, aber daß im Hause des Bundesfinanzministers die Neigung bestehe, (Adenauer: Vorsicht!) lieber das Ganze aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Ich weiß nicht, wie die Beurteilung meiner Vorschläge ist. (Adenauer: Äußern Sie sich mal dazu, wie es ist, wenn man der dankenswerten Anregung von Herrn Stoltenberg folgt, statt 5 Millionen nunmehr 15 Millionen zu sagen!) Wir müssen schon 20 Millionen sagen. (Adenauer: Dann sagen wir 20!)

Die Zweckbindung muß wegfallen. Die einzige Zweckbindung ist die Satzung der Partei. Ich habe das vergessen mit der Zweckbindung. Diese Zweckbindung, die wir jetzt bei den öffentlichen Mitteln haben – ich will mich hier vorsichtig äußern –, bedeutet eine Erschwerung der Verwaltung und bedeutet eine so phantasievolle Geschäftsgebarung ... (Adenauer: „Phantasievoll“ ist gut! – Heiterkeit.) – ich will ein charmantes Wort dafür wählen, es gibt auch andere –, daß diese im Ergebnis zu unwürdigen Verhältnissen führt. (Adenauer: Was heißt „unwürdig“?) „Unwürdig“ heißt, wenn man Dinge für parteipolitische Zwecke abhebt und denen eine Tarnkappe für andere Zwecke überzieht. (Adenauer: Das ist aber doch nichts Neues! – Heiterkeit.)

Ich erlaube mir, diese Anregung dem Bundesvorstand zu unterbreiten und außerdem folgendes zu sagen: Wenn wir eine gesetzliche Regelung der steuerlichen Behandlung der Spenden finden, ist die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes in ausreichender Höhe gesichert.

Mit der gleichen Klarheit muß ich aber sagen, wenn wir keine derartige Regelung finden, dann ist die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes ohne öffentliche Mittel nicht gesichert!

Adenauer: Ehe ich Herrn Etzel das Wort gebe, möchte ich ein Wort dazu sagen, und zwar zum Prinzip. Meine lieben Parteifreunde! Ich halte es für unwürdig für unsere Partei, daß wir leben sollen von der Wirtschaft. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!)

⁸² Prof. Dr. Karl-Maria Hettlage (geb. 1902), Jurist; 1953 o. Prof. für Öffentliches Recht, Politik und Finanzwissenschaften an der Universität Mainz, 1958 Eintritt ins Bundesfinanzministerium, 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär, 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg.

Das halte ich für uns einfach für nicht tragbar; denn es bringt uns, da mag einer sagen, was er will, in die Abhängigkeit, (*lebhafter Beifall*) und zwar in eine innere Abhängigkeit. Noch ein Weiteres! Wenn wir einmal nicht mehr die Regierung führen sollten, (*Zuruf*: Dann bekommen wir keinen Pfennig!) dann kriegen wir keinen Pfennig mehr von der Wirtschaft, und wir können niemals damit rechnen, wieder in die Höhe zu kommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Bei der Sozialdemokratie ist es so – das wissen Sie: Das Geld geht von der Gemeinschaftsbank⁸³ ins Ausland und wird vom Ausland dann verteilt und geht wieder zurück. Ich bin also für das Sauberste und Anständigste: Finanzierung aus öffentlichen Mitteln! (*Starker Beifall*.)

Etzel: Herr Burgbacher hat gesagt, daß er für dieses Prinzip zur Hälfte sei. Ich bin anderer Meinung. Ich habe immer den Standpunkt vertreten – früher als Politiker und heute als Bundesfinanzminister –, daß wir die Parteien über öffentliche Mittel finanzieren sollen. Das war immer meine Meinung.

Es ist viel sauberer – ich stimme dem Herrn Bundeskanzler hundertprozentig zu –, entsprechend der Aufgaben, die die Parteien nach der Verfassung haben, hier eine Finanzierung vorzunehmen, offen und sauber und klar. Der Weg, der von Herrn Burgbacher gelobt worden ist, nämlich der Weg des Antrages Stoltenberg, ist ja ein Weg gewesen, den wir damals besprochen haben. Mit diesem Weg sollte eine Tür aufgemacht werden, zunächst einmal fünf Millionen in den Haushalt einzusetzen für die Finanzierung der Parteien. Wir kriegen aus dieser Dotierung über drei Millionen. Wir haben damit eine erste Möglichkeit. Ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, Herr Professor Burgbacher, daß das nicht genügt. Meinetwegen mögen auch 20 Millionen nicht genügen. Ich will als Finanzminister nicht mehr sagen, aber das spielt bei der Größe unseres Haushalts keine Rolle.

Eine Rolle spielt der Weg, den wir gehen. Und wenn ich eben lachend den Kopf geschüttelt habe, daß es nicht gehe, dann bitte ich Sie, aus meinen Ausführungen nicht herleiten zu wollen, daß ich nicht bereit wäre, einen Weg mitzugehen. Ich bin nur nicht bereit, diesen Weg so mitzugehen, wie ihn Herr Burgbacher vorschlägt, nämlich das Gesetz, das die Regierung vorgelegt hat, hier gewissermaßen jetzt durch einen Beschluß des Bundesvorstandes in einer bestimmten Richtung oder Entwicklung zu ändern, sondern das muß noch abgesprochen werden. Ich bin von der Besprechung, von der Sie mir erzählt haben, erst heute mittag informiert worden. Ich habe mit Herrn Hettlage eben telefoniert. Die Darstellung, die er mir gibt, ist nicht ganz so, wie Sie sie wiedergegeben haben. (*Burgbacher*: Wieso?)

Ich will Ihnen ja Ihre Gutgläubigkeit nicht bestreiten. Das Prinzip, das der Antrag, der von der Regierung vorgelegt ist, beinhaltet, ist ein Ausweichen vor dem entscheidenden Problem. Diese Vorlage enthält im § 2 eine Formulierung, die uns

⁸³ Gemeint: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), größte Gemeinwirtschaftsbank in der Bundesrepublik Deutschland, gegr. 1958 durch Zusammenschluß der sechs westdt. Gemeinwirtschaftsbanken, die in der Regel von Gewerkschaften gegründet wurden.

für meinen Geschmack steuerpolitisch nicht weiterhilft. Es heißt dort: Die Parteien erfüllen bei ihrer Mitwirkung an der politischen Willensbildung eine öffentliche Aufgabe. Sie dienen gemeinnützigen Zwecken.

Diese Formulierung „sie dienen gemeinnützigen Zwecken“ geht nach der Meinung der Juristen, wie durch eine Umfrage festgestellt worden ist, dahin, daß sie das Karlsruher Urteil nicht aushält. Das ist die allgemeine Meinung. (*Burghacher*: Auch meine!)

Der andere Weg, für den ich bin, ist der, den Weg von Herrn Stoltenberg zu vervollständigen und zu sagen, wir geben den Parteien soundso viel. Dabei muß man die Formulierung so finden, daß die Parteien in ihrer Verantwortung über diese Beträge disponieren können. Hinsichtlich der Größenordnung ist das kein fiskalisches Problem. Der Vorschlag, den Sie im entscheidenden Punkt gemacht haben, nämlich den Spendern die Möglichkeit zu geben, von ihren Spenden 25 bzw. 50 % von der Steuer abzuziehen, eröffnet ein weites steuerpolitisches Feld. Immer wieder hat die SPD versucht, diesen Weg zu gehen. Das führt haushaltsrechtlich und steuerpolitisch in unmögliche Dinge.

Der Bundesvorstand ist nicht das geeignete Gremium, dieses schwierige Problem durch einen Entschluß zu entscheiden. Das einzige wäre, daß die zuständigen Abgeordneten – Sie haben schon mit ihnen gesprochen – noch einmal gebeten werden, die Sache mit uns zu besprechen. Ich schlage als Kollege vor, den Weg von Herrn Stoltenberg zu gehen. Die zweite Lösung, Herr Professor Burghacher, bietet keine Sicherheit, den Wahlkampf zu sichern. Bis ein Gesetz durchgeht, vergeht mindestens ein halbes Jahr, und ob die anderen Ihrem Vorschlag zustimmen, weiß ich nicht. Das ist eine zweifelhafte Angelegenheit.

Ich würde daher bitten, als Empfehlung zu geben, den Vorschlag von Herrn Stoltenberg zu komplettieren nach zwei Seiten hin, und zwar nach der Höhe und dem Inhalt und nach der Zweckbindung. Dann haben wir einen klaren Weg. Wir müssen eine Formulierung finden, die so sein muß, daß die Partei entscheiden kann. Das zweite würde ich ablehnen. Das bekommen wir nicht hin, und zwar aus vielen Gründen. Dazu brauchen Sie wieder die Länder. Das ist ganz sicher ein Zustimmungsgesetz, und daß Sie die Zustimmung der Länder hier bekommen, halte ich für ausgeschlossen.

Stoltenberg: Ich stimme dem zu, daß wir diesen Betrag erheblich erhöhen. Ich möchte im Hinblick auf die Gespräche von damals mit dem Innenminister auf ein Problem hinweisen, das mit der Zweckbindung verbunden ist. Das ist das, was mit der Klage des BHE⁸⁴ auf uns zukommt, eine Klage, die in den Ländern angestrengt wird, etwa von der Deutschen Reichspartei in Niedersachsen, und zwar hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes.

Wir haben uns damals mit dem Innenminister und seinen Verfassungsjuristen dahingehend verständigt, daß eine solche Zweckbindung, die sehr weit gefaßt ist und

84 Vgl. Anm. 81.

praktisch nur die Verwendung der Mittel für den Wahlkampf ausschließt, die einzige Chance für uns ist, eine solche Klage zu gewinnen.

Der Innenminister hat damals gesagt, wenn wir eine solche Klage verlieren – und wir können sie sowieso verlieren –, kommen wir in die Verlegenheit, daß der Deutschen Reichspartei DM 400.000,– angewiesen werden müssen, aber auch den anderen Parteien Beträge, die in die Hunderttausende gehen.

Dieser Gesichtspunkt muß diskutiert werden. Es ist weniger anstößig, einer solchen Partei die Möglichkeit der Steuerabzugsfähigkeit zu geben, als aus der Kasse des Bundes Steuergelder anzuweisen. Der Bundesvorstand muß diesen Gesichtspunkt kennen. Ich bin sicher der letzte, der nicht bereit ist, hier mitzugehen.

Adenauer: Ich muß noch einmal wiederholen, wie demütigend und entwürdigend der jetzige Zustand ist, wo man immer wieder betteln muß und jeder fühlt und weiß, daß derjenige, der etwas gibt, auch etwas erwartet; zumindest wird er sagen – und zwar gelinde ausgedrückt: Ich erwarte von dir, daß du keine Schwierigkeiten machst. Und das ist doch auf die Dauer für eine Partei unerträglich! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Aus allen diesen Gründen, die ich genannt habe, würde ich es, Herr Stoltenberg, viel lieber sehen, der DRP meinetwegen DM 300.000,– zu geben, wenn ich dafür zehn Millionen bekomme. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dufhues: Aus den Ausführungen von Herrn Etzel ist nicht ganz klar geworden, ob Sie von Haushalt zu Haushalt diesen Betrag dem Grunde und der Höhe nach festlegen oder ob Sie im Parteiengesetz eine Bestimmung machen wollen. Vor dem ersten Weg warne ich. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit kleinen Parteien Schwierigkeiten gehabt. Wenn Sie nämlich auf die Zustimmung der kleinen Parteien angewiesen sind, dann werden Sie jeweils der Höhe nach Konzessionen machen müssen, die in keiner Relation zum Stärkeverhältnis der Parteien stehen.

Ich bitte also zu überlegen, ob Sie den von Ihnen in Aussicht genommenen Weg, von Jahr zu Jahr dem Grunde und der Höhe nach die Beträge festzulegen, nicht aufgeben und im Parteiengesetz oder in einem anderen Gesetz die Verpflichtung vorsehen können, Zahlungen in bestimmter Höhe an die Parteien zu leisten.

Etzel: Es muß natürlich die Grundsatzkonzeption im Parteiengesetz festgelegt werden. Wir haben gesagt, pro Stimme gibt es den und den Betrag. Das würde schon das Primäre sein. Daß die formale Zuweisung über den Haushalt erfolgt, ist eine Angelegenheit für sich.

Scheufelen: Soweit es übersehbar ist, beträgt der Finanzbedarf der CDU in vier Jahren für Bund und Länder 60 Millionen, also ungefähr 15 Millionen im Jahr. Wenn wir unterstellen, daß die CDU die Hälfte der Wähler hat oder stellt, wäre das eine Belastung des Etats von 30 bis 35 Millionen. (*Burghacher:* Wenn die Länder nichts tun!) Dieser Betrag teilt sich auf in den laufenden Bedarf, in die Kosten für die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen. Wenn wir von 15 Millionen pro Jahr ausgehen, dann ist der Gedanke dabei, daß in jedem Jahr ein bestimmter Betrag angesammelt wird, damit wir diesen Betrag bei der Bundestagswahl zur Verfügung haben. Deswegen sind wir bis zur nächsten Bundestagswahl noch in einer gewissen

Zwangslage. Wir bekommen ja nicht plötzlich in dem einen Jahr über den Haushalt die ganzen Mittel.

Deswegen werden wir, so bedauerlich es ist, auch da noch auf Spenden angewiesen sein. Es geht bei den Spenden gar nicht um die steuerliche Behandlung. Es ist auch kein böser Wille, wenn Sie nach dem Karlsruher Urteil von den Kapitalgesellschaften keine Gelder mehr bekommen. Solange die Spenden voll abzugsfähig sind, können sie vom Vorstand gegeben werden. In dem Moment, indem sie einer kleinen steuerlichen Belastung unterliegen, müssen sie entweder vom Aufsichtsrat oder von der Generalversammlung genehmigt werden.

Infolgedessen hat es keinen Zweck, daß wir uns darüber unterhalten, ob man es zur Hälfte besteuert oder nicht. Dasselbe gilt für die Berufsverbände. Ich habe mich mit einer Reihe von Berufsverbänden unterhalten. Da gibt es eine Reihe von Leuten, die in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt sind.

Wir stehen also vor dem Problem, daß wir zur nächsten Bundestagswahl entweder eine Schuld aufnehmen müssen, die wir dann in den nächsten vier Jahren nach der Wahl abtragen aus den auf uns zukommenden Mitteln aus dem Haushalt, oder daß wir bis zur nächsten Bundestagswahl neben der Staatsfinanzierung auch noch einen Weg finden, die Gelder für die Wahl woanders her zu bekommen.

Adenauer: Herr Burgbacher hat das kurz anklingen lassen, was ich jetzt sage. Ich erlebe diese Sache seit all den Jahren. Wir können doch wahrhaftig einem jungen fähigen Menschen gar nicht klarmachen – verstehen Sie das bitte richtig –, in die Parteibürokratie zu gehen. Was will er denn machen? Er weiß ja gar nicht, ob die Sache noch hält in den nächsten zwei, drei oder zehn Jahren.

Deswegen müssen wir unbedingt auf ein festes Fundament kommen. Und da bleibt nur die Finanzierung durch den Staat übrig. (*Zustimmung.* – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich würde aber bitten, jetzt nicht zu erörtern, wie das im einzelnen geschehen soll, welche Methoden in Frage kommen usw. Das hält uns uferlos lange auf. Wir sollten einen kleinen Ausschuß einsetzen, der das einmal überlegt.

Burgbacher: Wenn ich die Gefühle des Bundesschatzmeisters aufgrund des Verlaufs der Debatte schildern sollte, dann gäbe das für Sie ein sehr befriedigendes Bild. Ich sage ganz offen, ich habe nicht den Mut gehabt, mein Debüt damit anzufangen, die volle öffentliche Finanzierung zu beantragen, (*Bewegung und Zurufe:* Warum nicht?) weil mir das zu bequem erschien. Ich habe deshalb mit der Hälfte angefangen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Warum nicht ganz? – *Adenauer:* Sie müssen noch dazu sammeln!)

Ich möchte auf die Dringlichkeit der Sache aufmerksam machen und darum bitten, im Parteiengesetz einen festen Schlüssel vorzusehen. Ich werfe die Frage auf, ob wir nicht diese Regelung intern mit der SPD und der FDP vorher abstimmen sollen. (*Adenauer:* Erst müssen wir uns klar sein!)

Lieber Freund Scheufelen! Sie haben völlig recht, aber Sie verstehen, wenn ich folgendes sage: Einen Bundesschatzmeister, der ein Parteiengesetz zur Verfügung hat, in dem steht, daß er Anspruch jedes Jahr auf soundso viele Gelder hat, den

sollten Sie zum Teufel jagen, wenn er es nicht fertigbringt, auch ohne Spenden die Bundestagswahl 1961 zu finanzieren. Das ist eine Sache, die dann eine gesetzlich fundierte Regelung bedeutet, wenn sie keine andere Zweckbindung als die hat, an die politischen Parteien gebunden zu sein. – Ich würde mich freuen, wenn im Sinne des Herrn Vorsitzenden gehandelt würde.

Adenauer: Herr Burgbacher soll sich nicht einbilden, daß er nur da ist, um Gelder zu verteilen. Selbstverständlich brauchen wir immer mehr. Und dafür müssen Sie sorgen! Sie müssen auch betteln gehen! Aber wir müssen anständig dastehen. Wir müssen so dastehen, daß wir, auch wenn wir keine Spenden bekommen, selbständig bleiben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ich schlage vor, wir wählen Sie (Scheufelen?) und die Herren Stoltenberg, Burgbacher, Etzel und Schröder in eine Kommission, um das Ganze zu formulieren. – Damit sind Sie einverstanden.

VERSCHIEDENES

Adenauer: Dann haben wir noch den Punkt Verschiedenes. (*Albers:* Wir wollten noch den Lücke-Plan erörtern!) Wo ist Herr Lücke? (*Albers:* Wir haben in der letzten Bundesvorstandssitzung über den Lücke-Plan gesprochen. Wir haben uns inzwischen weitere Gedanken darüber gemacht. Wir könnten heute konkret darüber sprechen.) Herr Albers! Ich stehe gern zur Verfügung; denn der Lücke-Plan macht mir auch Sorgen. Wir werden mit Herrn Lücke und Ihnen die Sache besprechen.

Dann ist noch verteilt worden die Geschäftsordnung des Bundespartei-Ehrengerichts der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.⁸⁵ Das ist aber sehr schlecht zu lesen! Wir haben eine sehr schlechte Schreibmaschine, die an Farbbändern spart, so daß es kaum zu lesen ist. Im übrigen steht nur einiges darin. (*Albers:* Den ersten Passus habe ich gelesen.)

Ich stoße mich nur an einem, dieses Ehrengericht soll berechtigt sein, wenn es Zeugen vernommen hat, Parteimitglieder zu verpflichten, die Richtigkeit ihrer Aussage ehrenwörtlich zu versichern.⁸⁶ Mit Ehrenwörtern geht man nicht so um. Ich bin der Auffassung, wenn ein Parteimitglied vor dem Partei-Ehrengericht lügt, dann gebe ich auch auf sein Ehrenwort nicht viel.

Ich würde also empfehlen, das Wort „ehrenwörtlich“ zu streichen. Im übrigen steht in dem Ganzen nicht viel drin. Wir können, wenn Sie wollen, das noch einmal

⁸⁵ Geschäftsordnung des Bundesparteiengerichts der Christlich-Demokratischen Union Deutschland, o.D. (ACDP I-070-009/1).

⁸⁶ § 10, der die Zeugenvernehmung regelt, besagte u.a.: „Das Gericht kann, wenn es dies mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache und zur Klarstellung des Sachverhalts für erforderlich erachtet, verlangen, daß ein Parteimitglied die Richtigkeit seiner Aussagen ehrenwörtlich versichert.“ (ebd. S. 3).

vornehmen. (*Krone*: Wir müssen zur Arbeit kommen!) Dann wollen wir es wenigstens vorläufig genehmigen. Aber ich bitte, das Wort „ehrenwörtlich“ zu streichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute ein gutes Stück Arbeit schon für den Wahlkampf geleistet. Ich bin Ihnen allen besonders dankbar dafür, daß Sie sich für das Krankenkassengesetz in dieser Weise ausgesprochen haben. Ich habe mit Herrn Stingl gesprochen, der mir gesagt hat, selbstverständlich werde er seine geäußerten Bedenken zurückstellen und ebenfalls dafür stimmen. Ich hoffe sehr, daß die einmütige Stellungnahme des Parteivorstandes auch auf die Fraktion den Eindruck machen wird, daß nun die ganze Geschichte so schnell wie möglich, und zwar positiv, erledigt wird.

Ein weiterer dringender Wunsch von mir ist der, daß wir endlich auch diese elende Finanzierungsfrage in anständiger Weise in Ordnung bringen. Das gibt einen Aufschwung für die ganze Partei. Glauben Sie mir das! Es wäre ein großer Fortschritt für uns.

Nun bleibt noch die Frage, was teilen wir der Presse über die heutige Sitzung mit. Ich würde für das Communiqué vorschlagen, zunächst etwas von dem Bericht zu sagen, und dann zum Ausdruck bringen, daß der Bundesvorstand, verstärkt durch eine Anzahl von Mitgliedern der Bundestagsfraktion, Stellung genommen hat zu dem Krankenversicherungsgesetz und er der Fraktion empfiehlt, den Entwurf, wie er sich jetzt darstellt, möglichst schnell zur Annahme zu bringen. (*Albers*: In dem Entwurf steht nichts von der Lohnfortzahlung!) Das ist schon besprochen worden. Einen Fortschritt in der Lohnfortzahlung! Wollen Sie das hineinbringen? (*Zurufe*: Jawohl!)

Dann sollten wir etwas über die Notstandsgesetze sagen und auch ein Wort über die Parteienfinanzierung. (*Etzel*: Auch etwas über den Bericht und die allgemeine Lage!) Das habe ich bereits gesagt! Damit sind Sie einverstanden? – (*Zustimmung*.)

Dann darf ich Ihnen noch einmal danken und die Sitzung schließen.